

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: sechs Monate 1.10 Mk., ein Jahr 2.00 Mk., monatlich 1.10 Mk. Einzelne Nummern 5 Pfg. Sonntagsblätter 10 Pfg. Die Preise sind für den Posttransport zu erhöhen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Dänemark, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Besprechungsaussagen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellungsanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 29. August 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Schulze-Delitzsch.

Der Freisinn feiert heute den hundertjährigen Geburtstag des Mannes, der einst von einer Schutztruppe des Kapitalismus als „König im sozialen Reich“ gefeiert wurde. Heute denkt selbst kein freisinniger Harmoniepolitiker mehr daran, den typischen Kleinbürger Schulze aus Delitzsch derartig zu verherrlichen. Was heute noch an dem Gefeierten gerühmt wird, worauf sich heute immer noch der Freisinn, obwohl er längst großkapitalistischen Interessen dienlich geworden ist, in ihm verherrlicht, das ist sein Eintreten für jenes Genossenschaftswesen, von dem Schulze selbst sich einbildete, daß es als Bollwerk gegen den sich entwickelnden Kapitalismus, gegen die Akkumulierungs- und Proletarisierungstendenzen des Kapitalismus wirken könne: für jene Handwerker-Genossenschaften, die immerhin gewissen Kreisen des Kleinbürgertums günstigere Kredit- und damit Existenzverhältnisse geschaffen haben, deren Bedeutung für die Gesellschaft überhaupt, namentlich für die arbeitende Klasse aber maßlos überschätzt wurde.

Schulze-Delitzsch war typischer Kleinbürger. Als Sprößling einer alten Juristenfamilie, deren Generationen seit langem mit einer kleinen Ackerbürger- und Handwerkerstadt verwachsen waren, hatte Schulze-Delitzsch von Jugend auf die Luft des spießbürgerlichen Kleinbürgertums geatmet. Auch nach seinem Tode veröffentlichte literarische Versuche, zum Beispiel ein Romanmanuskript, das er in jungen Jahren niedergeschrieben, verraten, daß er, obwohl ein Kämpfer gegen die Philisterei, doch nichts anderes als der Urtyp des spießbürgerlichen Kleinbürgers war. So hatte Schulze auch kein Verständnis für die Tendenzen des sich entwickelnden Kapitalismus, zumal seine theoretischen Kenntnisse auf national-ökonomischem Gebiete, speziell seine Kenntnisse der Werke der Theoretiker vorgeschrittener kapitalistischer Länder eine äußerst geringe war. So bildete sich Schulze-Delitzsch ein, daß durch seine Genossenschaftspropaganda sowohl das Vordringen des Kapitalismus, die Schaffung einer Plutokratie verhindert, wie die Entstehung eines Klassenbewußtseins der Proletariate paralytisch werden könne.

Bereits im Jahre 1848 hatte ein in Berlin abgehaltener Arbeiterkongreß die Gründung von Arbeiterfachvereinen und ihre Zusammenfassung in eine große nationale Verbindung beschlossen, die unter anderem auch Mittel zur Begründung von Produktivgenossenschaften, Vorschusskassen usw. aufbringen sollte, um auf diese Weise für das Proletariat bessere soziale Existenzbedingungen zu erringen. Diese Gedanken nahm der kleinbürgerliche Demokrat Hermann Schulze aus Delitzsch auf. Allerdings unter Zustimmung auf die Bedürfnisse der kleinen Handwerksmeister, die für ihn ja die eigentliche Zelle der ökonomischen Struktur des Staates bildeten. Als Schulze sich bemühte, diese Genossenschaftsidee auch als soziale Heilsbotschaft für die Arbeiterklasse zu verkünden, und zwar in Gestalt seiner Schrift „Kapitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus“ rief er keinen Eringeren als Ferdinand Lassalle gegen sich in die Schranken.

Es kann gern zugegeben werden, daß Lassalle in seiner Gegenchrift, seinem berühmten „Vasiat-Schulze“, hier und da Herrn Schulze Unrecht getan hat. Was aber Lassalle mit Recht an Schulze-Delitzsch vernichtend kritisierte, war der kurzfristige, kleinbürgerlich-liberale Standpunkt, der der Entwicklung des Kapitalismus in England und Frankreich gegenüber dem Vogel Strauß gleich den Kopf in den Sand steckte und lediglich vom Standpunkte des Herrn Schulze aus Delitzsch die ökonomische und Klassenentwicklung der modernen Gesellschaft beurteilte. Freilich: Wenn man heute die Schriften des zum noch größeren Nationalheilgen aufgebauschten Herrn Eugen Richter liest, wird man finden, daß die Theoretiker des Freisinn in zwischen wirklich keine Fortschritte gemacht haben und Schulze-Delitzsch in ihren Reihen noch immer als eine Größe ersten Ranges gelten kann. Wie weit auch Lassalle Herrn Schulze-Delitzsch in seiner genialen Abrechnung im einzelnen Unrecht getan haben mag: Seine Polemik galt ja weniger dem Herrn Schulze selbst als der durch ihn vertretenen Richtung. Und alle die Hiebe, die Lassalle gegen die unsäglichen spießbürgerlichen, aller tieferen theoretischen Erkenntnis des kapitalistischen Wirtschaftslebens baren Ergüsse Schulzes führte, waren durchaus berechtigt. So, wenn er weidlich darüber spottete, daß Schulze den famosen Satz aufstellte: der Zweck der Arbeit wäre erreicht „durch vernünftigen Gebrauch der von der Natur in den Menschen gelegten Kräfte“. Ein Satz, der zwar von Moral trief, aber von ökonomischer Einsicht in das durch wirtschaftliche Kräfte bedingte soziale Leben keine Spur verrät! Oder wenn Schulze über die Entstehung des Kapitals die abgrundtiefe Weisheit verkündete: „Hassen wir die Entstehung des Kapitals in das Auge, so haben wir schon von dem Erübrigen und Aufsameln desselben gesprochen und so den Weg angedeutet, auf welchem es sich zu Ächz bilden. Kapital ist in allen Fällen das unmittelbare Ergebnis eines Sparens. Es entsteht nur, wenn jemand nicht seinen ganzen Arbeitsertrag, sein ganzes Einkommen zu

unproduktiven Ausgaben, zur Befriedigung seiner augenblicklichen Bedürfnisse verwendet, sondern einen Teil davon zurücklegt. Anders können Kapitalien überhaupt nicht zustande kommen.“

Die Nichtigkeit, die Lassalle für diese unglaublichen Salbdereien Schulze zuteil werden ließ, waren nur zu wohl begründet. Mit Recht schreibt Mehring in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“: „Im „Vasiat-Schulze“ geriet Lassalle alle Schleier, die das Manchestertum und in anderer Weise auch die historische Schule über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft verbreitet hatte: die beschränkte Vorstellung, als ob die Zustände dieser Gesellschaft die ewigen Naturzustände der Menschheit seien, die trügerische Vorspiegelung von der Selbsthilfe, die den einzelnen auf sich selbst angewiesenen Menschen zu seines Glükdes Schmied machte, die systematische Fälschung der ökonomischen Kategorien zur höheren Ehre der Bourgeoisie, die Behauptung, daß Kapitalien nur durch Sparen entstehen könnten, daß der Unternehmergewinn ein Lohn für geistige Arbeit oder moralischer Entfagung sei, und ein Duzend ähnlicher Tendenzmären, die damals als reinste Früchte der Wissenschaft auf Markt und Gassen feilgeboten wurden.“

Aber selbst auf seinem engsten und eigensten Gebiete blieb Schulze-Delitzsch ein Kleinbürger. Er hielt, wie Reinhold Niehn, ein neuerer Historiker der deutschen Konsumvereinsbewegung, sagt, die Konsumgenossenschaften nicht etwa für ein Mittel, das möglichst vielen Konsumenten zugänglich gemacht werden sollte, er hielt im Gegenteil die Ausschaltung des Krämers nicht einmal für wünschenswert, „nur wo derselbe das Publikum betrog und zu sehr überborteilte und überhaupt fehlte, da sollte der Konsumverein zu einer wohltätigen Einrichtung werden“. Kein Wunder, daß die Konsumvereine ein kümmerliches Dasein fristeten, bis sich ihrer im Anfang der neunziger Jahre die deutschen Arbeiter annahmen und im großen Stil zu organisieren begannen. Aber diese Entwicklung der Konsumvereine war den freisinnigen Epigonen Schulzes keineswegs angenehm. Sofern sie in den Konsumvereinen ein Mittel erblickten, die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise zwar nicht aufzuheben, aber für größere Volksmassen bis zu einem gewissen Grade zu lindern, erregten sie je länger je mehr den Zorn der freisinnigen Epigonen Schulzes. Ihre Krönung fand diese freisinnige Politik darin, daß auf dem Verbandstage in Kreuznach im Jahre 1902 auf Verlangen des Anwaltes des Genossenschaftsverbandes, des Herrn Krüger, des Nachfolgers Schulzes, circa 100 Arbeiterkonsumvereine aus dem Verband herausgeworfen wurden!

Inwieweit der jetzige Freisinn der vollwertige Genossenschaftsgegner des Herrn Schulze, wollen wir nicht des weiteren untersuchen. Nur das sei bemerkt, daß Schulze auch auf politischem Gebiete ganz jenen engherzigen freisinnigen Standpunkt vertrat, der auch sein ökonomisches System charakterisierte. Im Jahre 1848 hatte ihn seine Vaterstadt in die Berliner Vereinbarungsversammlung entsandt, wo Schulze sich zum linken Zentrum hielt, dem auch Bucher, Rodbertus und Ziegler angehörten. Hier nun gefiel sich Schulze genügend in einer Einerseits-Andererseits-Politik. Als die Berliner Versammlung über die grundsätzliche Frage beriet, ob sie aus revolutionärem Rechte tagen, oder das Prinzip der Vereinbarung mit der Reaktion anerkennen sollte, meinte Schulze: Hier handelt es sich gar nicht um ein Entweder — Oder, sondern um ein Sowohl — Auch. Man sei den Barrikadenkämpfern Dank schuldig, aber man könne sie auch glücklich preisen, daß sie den Thron nicht angetastet hätten!

So blieb bei alledem Schulze-Delitzsch zwar in seiner Art ein tüchtiger, fleißiger, und, was ihm gern zugestanden werden soll, ehrlicher Mann; aber wenn ihn unser jetziger Freisinn als einen Großen feiert, so mag er damit in Anbetracht der gegenwärtigen Größenverhältnisse freisinniger Politiker nicht unrecht haben; aber dieser liberale Heroismus bleibt im besten Falle doch nichts als der Prototyp des kleinlichen Philisterrreisinn, der unwälzende weltgeschichtliche wirtschaftliche und politische Kräfte nicht nur nicht erkannte, sondern ihnen sogar mit Quacksalbereien, Tränklein und allerlei kleinlichen Pfäffchen beizukommen glaubte.

Die Christlichen und die Bischöfe.

In Köln fand am Mittwoch eine vom Vorstande des Kartells der christlichen Gewerkschaften einberufene Versammlung statt, worin Generalsekretär Stegerwald über die Züricher internationale Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer berichtete. In Zürich sind bekanntlich von deutschen christlichen Gewerkschaftlern recht entschiedene Worte gegen die Einmischung der Bischöfe in die wirtschaftlichen Organisationsbestrebungen der katholischen Arbeiter gefallen — Worte, von denen Erzbischof Fischer auf dem Düsseldorf Katholikentage bedauernd bekannt hat, daß sie seinem für die Arbeiter so warm schlagenden Herzen sehr wehe getan hätten. Es scheint mir, daß der Mut der Christlichen um so größer ist, je weiter sie sich vom Kampfplatze befinden und daß sie, aus den fernen Alpen in ihre deutsche Heimat zurückgekehrt, Wert darauf legen, die Sache als nicht so schlimm hinzustellen. Generalsekretär Stegerwald bemühte sich denn sofort mit sichtlichem Eifer, die Ausführungen der christ-

lichen Gewerkschaftsführer in Zürich abzuschwächen. In den Berichten der Presse kamen die einzelnen Sätze scharfer zum Ausdruck, als in der Wirklichkeit, und in der kurzen Wiedergabe und außer dem Zusammenhange ersah manches scharfer, als es in den Reden gelautet habe. Herr Stegerwald bestritt die Nichtigkeit der von der Presse überlieferten Sätze nicht und er hütete sich auch wohl anzugeben, worin und wie weit die Fehberichte — die nebenbei von der halb parteiamtlichen Zentrums-Parlaments-Korrespondenz stammten — von den wirklichen Ausführungen abwichen; was er sagte trifft schließlich auf jeden nicht wörtlich und ausführlich wiedergegebenen Bericht zu.

Herr Stegerwald war weiter bemüht, die Aufmerksamkeit von den Bischöfen abzulenken und die Berliner Fachabteiler, die Herren von Sabigny, Fleischer usw. als diejenigen hinzustellen, die nicht nur zu der Züricher Debatte, sondern überhaupt zu den Streitereien im christlichen Lager Anlaß gegeben haben. Er warf den genannten Herren vor, daß sie um jedes bischöfliche Palais schlichen, um die Oberhirten gegen die christlichen Gewerkschaften scharf zu machen. Dr. Fleischer (Zentrumsabgeordneter), der aus der Englistika Kerum novorum herauslese, daß nur katholische Gewerkschaften zulässig seien, habe zur Zeit des Erscheinens dieser Englistika noch die Wänke einer evangelischen Schule gedrückt; vier Jahre nach seinem Uebertritt zum Katholizismus habe er sich schon für befähigt gehalten, katholischen Geistlichen Vorklesungen über katholische Moral zu halten. Die Gewerkschaftsbestrebungen der christlichen Arbeiter seien zu ernst, als daß man gestatten dürfe, daß sie von Phantasten wie Fleischer, Sabigny u. a. mißbraucht werden. Die katholische Fachabteilungsbestrebungen sei bankrott; von den 120 000 Mitgliedern der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) zahlten nur 70 000 ihre Beiträge und von diesen gehöre nur die Hälfte dem Arbeiterstande an; in ihrer Berzeugung benutzten die Berliner jetzt die Züricher Konferenz, um von sich reden zu machen und die christlichen Gewerkschaften zu verächtlich zu machen, aber diese seien nicht gewillt, für die Berliner die Prügelknaben abzugeben.

Herr Stegerwald schließt seinerseits die Herren Fleischer, Sabigny usw. als Prügelknaben vor die Bischöfe. Die Berliner tun nur, was die Bischöfe sie durch das Fuldaer Pastorale, das bekanntlich die christlichen Gewerkschaften verurteilt, und die katholischen Fachabteilungen empfiehlt, zu tun heißen. In Zürich, außerhalb der Landesgrenzen, schloßen die deutschen christlichen Gewerkschaftsführer auf die Bischöfe los, dabei aber, unter den Augen der hochwürdigsten Herren, da holen sie sich die Herren Fleischer und Sabigny als die Sündenböcke herbor — wobei sie in ihrer Bestissenheit gar nicht zu merken scheinen, welchen schlechten Dienst sie den hohen Herren der Kirche leisten, wenn sie sie als die Humpelmänner der Berliner „Phantasten“ hinstellen, nach deren Pfeife sie tanzen müssen.

Wenn es Herr Stegerwald noch nicht weiß, dann wollen wir es ihm verraten, daß auch noch andere Leute als die Berliner die Gewohnheit haben, um die bischöflichen Palais zu schlichen. Als das Fuldaer Pastorale erschienen war, da wurde den Kölner Zentrumsgrößen um die „Kölnische Volkszeitung“ herum gar ängstlich zu Mute und ihre Sorge war, den Erzbischof Fischer, der das Pastorale mit unterschrieben und damit die christlichen Gewerkschaften verurteilt hatte, umzustimmen und für ein paar freundliche oder wenigstens einlenkende Worte für die christlichen Gewerkschaften, das Schoßkind gewisser Zentrumsleute, die es als Niesen im Kampfe wider die Sozialdemokratie großzuziehen gedachten, zu gewinnen. Damals ist mancher Kölner Zentrumsmann ins erzbischöfliche Palais „geschlichen“ und Kardinal Fischer fand sich denn auch bereit, bald darauf den christlichen Gewerkschaften einige wohlwollend klingende Worte zu sagen. Im Grunde seines Herzens ist Kardinal Fischer ein überzeugter und entschiedener Gegner der interkonfessionellen Organisationen, wie es auch seine oberhirtlichen Amtsgenossen sind, wenn einige von ihnen — dem Zentrum zu Liebe — auch die christlichen Gewerkschaften tolerieren.

Wenn Herr Stegerwald, der Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, offen sein wollte, hätte er nicht auf die Herren Fleischer und Sabigny als die Zerplitterer herumhauen müssen, sondern diejenigen, in deren Sinne und in deren Auftrage jene ihr Werk üben, festnageln sollen: die deutschen Bischöfe. Aber dazu finden die christlichen Führer höchstens jenseits der Landesgrenzen den Mut, am Sitz der Eminenzen aber schelten sie das Werkzeug, schonen aber die hohe Hand, die es führt.

Das Ergebnis der Kölner Versammlung war die Annahme einer Resolution, worin die christlichen Gewerkschaften als „unabhängige selbständige Organisation“ erklärt werden, durch die zum Ausdruck gebracht werden solle, daß die christlichen Arbeiter ihre Berufs- und Handelsinteressen nicht vertreten wissen wollen unter Weisheitsbegabung und Befähigung ihrer religiösen Ueberzeugung. Bezüglich der Vorkommnisse auf der Züricher Konferenz heißt es, daß die „scharfen Ausführungen einzelner Redner, die teilweise nicht ganz korrekt und verhärtet in der Presse wiedergegeben wurden und daher in Deutschland verschiedentlich eine mißverständliche Auffassung erfahren haben, hauptsächlich hervorgerufen wurden durch die stete Verleherung der christlichen Gewerkschaften durch Vertreter der Berliner Fachabteilungen bei den kirchlichen Behörden.“

Aus einem kleinen Muckerländchen.

Das Herzogtum Sachsen-Altenburg ist eines jener gottseligen sächsisch-thüringischen Ländchen, in denen Ordnung, Zucht und Sitte ganz besonders gepflegt werden. Hier ist

alles fromm, was irgendwie Rang, Namen und Titel hat. Alles ist verpöfft. Der pfäffliche Geist beherrscht die Schule im höheren Grade als im katholischen Bayernlande.

Die Lehrer müssen jährlich ein paarmal gemeinsam zum Abendmahl in die Kirche gehen. Ihre sirdliche Frömmigkeit muß über jeden Zweifel erhaben sein. Kein Wunder daher, daß eine Lehrerkonferenz mit dem Gesang eines Kirchenliedes und dem Vorlesen eines Bibelabschnittes eingeleitet werden kann und daß man hier ohne Widerspruch „feststellte“, daß „ein Gegensatz zwischen Glauben und Wissenschaft nicht besteht“. Selbstverständlich gehört es sich in diesem Ländchen auch, daß man dem Lehrer „in streng vertraulicher Weise“ gute Ratsschläge gibt, wie er sich zu verhalten hat. Zum Beispiel: „Jeder Lehrer gehört, auch wenn er keinen Kirchendienst hat, allsonntäglich in der Regel in die Kirche seines Ortes“. Genau so behandelt man, nebenbei bemerkt, auch die Wächter des Gesetzes. Das Kommando der Altenburger Gendarmenrie hat vor Jahresfrist verfügt, daß jeder Gendarm mindestens monatlich einmal zur Kirche und zweimal im Jahre zum Abendmahl zu gehen haben. Angesichts all dieser und noch einiger anderen Dinge ist es nicht mehr als recht und billig, daß die Unversität Jena dem Leiter der Polizei dieser Bismarckstadt, einem ehemaligen preussischen Landrat namens Borries — Wirklichen Geheimen herzoglich sachsen-altenburgischen Staatsrat, Staatsminister, Leiter der Abteilung für Schule und Kirche — aus Anlaß ihres 350jährigen Bestehens den Titel eines Ehrendoktor der Theologie verliehen hat. Die Verleihung des Ehrendoktor erfolgte, weil Friedrich Artur v. Borries, altenburgischer Staatsminister sich in hervorragender Weise um die altenburgische Landeskirche verdient gemacht hat, insbesondere auch die finanzielle Lage der Geistlichen verbesserte.“ Stimmt auffallend.

Altenburg ist aber nicht bloß das Land „tiefster“ Frömmigkeit, sondern auch das Land einer Unjustiz, die oft recht absonderliche Urteile fällt, ein Land mit einer um 50 Proz. über dem Reichsdurchschnitt stehenden Selbstmordziffer, im Lande mit fast der höchsten Ziffer der Kindersterblichkeit und zu allem Ueberflus auch noch ein Land der Ständele erster Güte.

In allerjüngster Zeit haben sich in diesem Ländchen wieder zwei charakteristische Fälle zugetragen, die beide großes Aufsehen erregten. In der Stadt Altenburg wurde vor einigen drei Wochen der Hofschuhmacher Laubert, ein Sozialistenfresser erster Güte, Vorstandsmitglied des Militärvereins „In Treue fest“, erhängt aufgefunden. Der über 60 Jahre alte Mann sollte, nach Meldungen der bürgerlichen Presse, aus Kummer über den Verlust seiner Frau, die er vor einem halben Jahre durch den Tod verloren hatte, sich selbst den Tod gegeben haben. Die „Altenburger Volkszeitung“ war aber in der Lage, die Geschichte anders zu erklären. Der Herr „Kamerad“ und Hofschuhmacher war nicht wegen Untröstlichkeit über den Verlust seiner Frau in den Tod gegangen, sondern aus Angst vor einer Strafanzeige wegen Notzucht, begangen an einem noch nicht 15 Jahre alten halb schwachsinnigen Mädchen, der Tochter eines armen Fabrikarbeiters, das Dienstmädchen in der Familie seines Sohnes war. Um dem Zuchtweise zu entgehen, griff der hochpatriotische Schächer bürgerlicher Sittlichkeit, der seinen Sozialdemokraten in seinem Hause duldet, der sozialdemokratische Flugblattverleiher, wenn er sie in seinem Hause betraf, unter Hinweis auf den Hausfriedensbruchparagraphen hinaus, — zum Strich.

Der zweite Fall liegt anders, aber für gewisse Gesellschaftskreise noch schlimmer.

Am 17. August wurde der Bürgermeister des Städtchens Roda, Diederici, der erst seit zwei Jahren sein Amt verwaltete, im Walde tot, erschossen durch eigene Hand, aufgefunden. Der Selbstmord des Bürgermeisters, für den kein äußerlich sichtbarer Grund erkennbar zutage lag, erregte in weiten Kreisen Aufsehen. Der Mann war sehr vermögand, sehr beliebt bei der Bevölkerung wegen seiner uneigennütigen Hilfsbereitschaft, sein Amt war vortrefflich verwaltet, er lebte in glücklicher Ehe: was sollte ihn also in den Tod getrieben haben! Man stand vor einem Rätsel. Schließlich erfuhr man, daß er aus verletztem Ehrgefühl Hand an sich gelegt.

Der Bürgermeister war Hauptmann a. D. und war durch den Spruch eines Ehrengerichts genötigt worden, die Uniform abzuziehen. Der Grund hierzu war ein persönlicher Zusammenstoß, den er am 27. Januar d. J. mit dem Bezirksoffizier vom Bezirkskommando Roda, einem Major v. Monteton, bei der Feier zu Ehren des Geburtstages Wilhelms II. gehabt hatte. Der Streit wurde zwar auf der Stelle geschlichtet, kam aber zur Kenntnis des Bezirkskommandeurs. Ein Hauptmann der Landwehr, im Zivilverhältnis Direktor der Volksschule in Roda und enragiertes Mitglied des Reichsverbandes, namens Körner, brachte den geschlichteten Streitfall zur Kenntnis des Bezirkskommandos. Es folgte die Einsetzung eines Ehrengerichts, und dieses soll dem Bürgermeister Diederici auferlegt haben, den Major v. Monteton zu fordern, was dieser ablehnte. Daraufhin folgte der Spruch, der Diederici für unwürdig zum Tragen der Uniform erklärte! Sein Gegner, v. Monteton, wurde mit Pension verabschiedet. Gegen diesen Spruch haben Diederici und der Stadtgemeinderat Roda sich mit einem Gesuch an den Herzog in Altenburg gewendet mit der Bitte, sich bei Wilhelm II. um Wiederrücknahme des Spruches zu verwenden. Ob und welche Schritte von dieser Seite aus unternommen worden sind, darüber verläutet nichts.

Ernst II., Herzog von Altenburg, hatte die Absicht kundgegeben, am 21. August der Stadt Roda einen offiziellen Besuch abzustatten. Wie üblich sollte dieser Besuch mit einem Essen abgeschlossen werden und wie wiederum üblich, ergingen an die Spitzen der Behörden Einladungen zu diesem Essen. Alles wurde geladen, nur der Bürgermeister der Stadt Roda, der obengenannte ehemalige Hauptmann Diederici wurde übergangen.

Noch mehr! Dem Manne wurde nahegelegt, in Urlaub zu gehen, um während des Besuchs des Herzogs nicht die Honneurs zu machen.

Das war dem Manne, der in selbstloser Weise für die Kollektiven seiner Gemeinde eintrat, der sich nichts vorzuwerfen hatte, des Guten zuviel. Er ging hin und schoß sich eine Kugel durch den Kopf.

Das sind so ein paar Kleinigkeiten aus einem Lande frommer Furcht und Eitelkeit, in dem die Geistlichen herrschen und die Sozialdemokraten, genau wie in Preußen, als Bürger zweiter Güte behandelt werden.

Liberaler Agrar-„Politik“ in Rumänien.

Aus Bukarest wird uns geschrieben:

Es ist noch nicht ein Jahr vorbei, seitdem die vielgepriesenen „Agrarreformen“ der liberalen Regierung zustande gekommen sind, und schon haben die Tatsachen ihre völlige Wirkungslosigkeit bewiesen. — Wir haben schon, zur Zeit als diese Reformen noch die Gestalt von Gesetzentwürfen hatten, an dieser Stelle hervorgehoben, daß sie die Lage der Bauern nicht erleichtern, sondern womöglich noch verschlechtern werden. Kaum ist ein halbes Jahr verflossen, seit das wichtigste Gesetz, das über die landwirtschaftlichen Verträge, in Kraft getreten ist, und schon haben selbst mehrere Regierungsbeamte aus dem „oberen landwirtschaftlichen Rat“ zur Durchführung der Reformen das betreffende Gesetz als praktisch undurchführbar bezeichnet. Es vermochte nur die Unzufriedenheit der Bauern noch mehr zu steigern. — In letzter Zeit werden aus verschiedenen Dörfern — bezeichnenderweise meistens aus denselben Gegenden, wo die Revolutionen einen heftigeren Charakter hatten und wo die Niederwerfung am brutalsten war — Vorkommnisse, wie Verdröbnungen von Gütern durch die Bauern, Mißhandlungen von Pächtern, die Ermordung eines Gutsverwalters, Arbeitsverweigerung von Bauern auf Kronländereien usw. gemeldet. Alle diese Ereignisse sind die Folgen von Streitigkeiten, denen dieselben ökonomischen Ursachen zugrunde liegen wie den Bauernaufständen vom März 1907, nämlich der Mangel an Ackerboden und an Weiden und der Bucharakter der landwirtschaftlichen Verträge. In diese Mißstände haben die „Agrarreformen“ der liberalen Regierung ebenso wenig geführt, wie ihre wahnwitzige Verfolgungspolitik gegen die zum Klassenbewußtsein erwachende Arbeiterklasse die Verbreitung der „roten Gefahr“ zu hindern vermocht hat. Die sogenannten Agrarreformen haben weder den Bauern Boden gegeben noch haben sie den Pachtzins herabgedrückt.

Was kümmern aber unsere Regierung diese Anzeichen der noch nicht beseitigten Gefahr? Für sie ist ja die Bauernfrage durch das Blutbad vom März 1907 und durch die paar Scheinreformen ein für allemal gelöst worden, — und sie glaubt, daß sie jetzt nichts Besseres zu tun hat, als die Polizeibeamten zu beauftragen, den Protestierenden, die sich nach 11 Uhr abends auf den Hauptstraßen Bukarests aufhalten, das Haar abzuschneiden! . . . In der Tat, eine schöne Illustration zur angeblichen „zivilisatorischen Mission“ unserer Regierung an der Sparte des Orients!

Unsere herrschende Oligarchie scheint sich, gestützt auf die militärische Macht, so im Sattel zu fühlen, daß sie geradezu provokatorisch verfährt. Es verlaute, daß die Regierung vom Parlament, in der nächsten Session zur Entschädigung der durch die Aufstände „geschädigten“ Güterbesitzer die Bewilligung eines neuen Kredits von 15 Millionen Franks verlangen wird, da die schon bewilligten 15 000 000 „nicht ausreichten“ seien.

Bei der großen Verelendung der Bauernmassen, gibt es keine andere wirkliche Reform als Liquidation des Großgrundbesitzes. Daß aber die Regierung und das Parlament der Großgrundbesitzer die Einsicht und die moralische Kraft haben werden, diese Reform durchzuführen, das ist ausgeschlossen. Auf friedlichem Wege ist diese Reform nur zu ermöglichen durch ein Parlament des allgemeinen gleichen Wahlrechts. So ist die Lösung der Agrarfrage innig verbunden mit der Lösung der politischen Frage in Rumänien.

So wenig unsere habfüchtige Oligarchie gewillt ist, ihre ökonomische Herrschaft aus der Hand zu geben, eben so wenig ist sie natürlich bereit, auf ihre politische Alleinherrschaft zu verzichten. — Deshalb ist ihr jeder Vorfall willkommen, der ihr ermüdet, die Aufmerksamkeit und den Unwillen des Volkes von der Agrar- und von der politischen Reform abzulenken, um diese Fragen, wenn möglich, auf ein paar Jahre hinauszuschieben. „Nach uns die Sintflut!“ ist von jeher die Devise auch unserer bornierten politischen Cliquen. — So war es denn jetzt die mazedonische Frage, die der Regierung die gewünschte Möglichkeit zur Verschiebung der Bauernfrage bieten sollte. — So soll einige Wochen vor dem Ausbruch der jungtürkischen Revolution, bei der Entree des rumänischen Premierministers D. A. Sturdza mit dem Baron v. Kerenthal in Semmering ein Militärabkommen zwischen der rumänischen und der österreichischen Regierung zustande gekommen sein, wonach Rumänien, „Deserteurs“ Woche am Orient“, wie es die österreichischen Regierungsbeamten schmeichelehaft und pompös nennen, sich verpflichtet haben soll, im Falle eines mazedonischen Krieges, seine 400 000 Bauern in Soldatenuniform Österreich zur Verfügung zu stellen. Unsere Vojaren und Pächter hofften schon die Bauernfrage auf den Feldern Mazedoniens in derselben Weise zu lösen, wie sie sie bereits 1907 im eigenen Lande zu lösen geglaubt haben.

Fast die gesamte bürgerliche Presse war schon fest daran, die nötige patriotische Stimmungsmache zu fabrizieren. Und der nötige patriotische Vorwand war schon auch da: die „gefährdeten“ Interessen der rumänischen Einwohner Mazedoniens. Als „Schützer“ der rumänischen Bauern in . . . Mazedonien wollten die Vojaren sich hinstellen, während sie das „freie“ rumänische Volk im unabhängigen Rumänien aushungern, einkertern, entrechten, soltern und massakrieren lassen. . . . Meiner der Erfolg der jungtürkischen Bewegung und die Wiederherstellung der türkischen Konstitution haben durch die Rechnungen unserer Oligarchie einen Strich gemacht, und haben somit die Agrarfrage und die Frage der politischen Reform mit unzweideutiger Klarheit wieder in den Vordergrund der politischen Bühne gehoben. Sie werden nicht eher davon verschwinden, bis sie im Interesse und zum Wohle des Volkes gelöst sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. August 1908.

Neue Militärvorlagen.

Mehrfach tauchte in den letzten Tagen die angeblich verbürgte Kadenz auf, daß dem Reichstage noch in diesem Herbst eine größere Militärvorlage zugehen werde. Die „Post“ versichert auf Grund von Erkundigungen an „zuständiger Stelle“, daß diese Meldung unrichtig ist, da man bei ungünstigen Lage im Reich Rechnung tragen müsse. Anherdem laufe das gegenwärtige Quinquennat noch bis zum Jahre 1910:

In dieser Zeit Änderungen an dem militärischen Status quo vorzunehmen, wäre nur möglich, wenn ganz besondere äußere Umstände eine solche Maßnahme unumgänglich notwendig machen würden. Die augenblickliche Lage läßt eine derartige Notwendigkeit aber nirgends erkennen. Die Sachlage hat sich gegen früher

absolut nicht verändert und deshalb gehören, wie uns nochmals an zuständiger Stelle mit aller Bestimmtheit versichert wird, alle Meldungen von einer neuen Militärvorlage, die in diesem Herbst dem Reichstage unterbreitet werden sollten, in das Gebiet der Erscheinungen.“

Daß eine neue Militärvorlage kommt und zwar eine „größeren Umfangs“, bestreitet auch die „Post“ nicht; aber nicht jetzt, wo die Regierung noch nicht weiß, was aus der Reichsfinanz wird. Ist aber durch diese das große Loch im Reichsfaßel etwas gestiftet, dann soll sofort das Draußenwirtschaften seinen Fortgang nehmen. —

Der Freisinn unter der Fuchtel des Vereinsgesetzes.

Es ist eine bittere Ironie des Schicksals, daß von allen bürgerlichen Parteien der Freisinn zuerst die Schönheiten des Vereinsgesetzes zu fühlen bekommt. Die Polizei in Jodrze (Oberschlesien) hatte sich herausgenommen, die Vereinsverammlung eines liberalen Arbeitervereins zu überwachern. Auf seinen Protest erhielt der freisinnige Parteisekretär von dem Polizeiführer zur Antwort: „Ich halte diese Versammlung einfach für eine öffentliche Versammlung und das genügt.“ Die Versammlung wurde aufgelöst.

In Oberschlesien macht man dies nun mal so! Der freisinnige Sekretär erbat sich über diesen Fall ein Gutachten des Abgeordneten Müller-Weinigen und Kompromiss-Müller schrieb, wie wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen:

„Es ist im allgemeinen, vom konkreten Fall ganz abgesehen, ein wahrer Jammer, daß eine beschränkte Bureaucratie das Vereinsgesetz wie alle anderen Gesetze in einer Weise anzuwenden versucht, daß die gesetzgebenden Faktoren immer von neuem die Kurzsichtigkeit und Verständnislosigkeit beweisen müssen. Es ist die höchste Zeit, daß, wie in Süddeutschland, auch in Preußen dafür gesorgt wird, daß die bündige Zusage des Staatssekretärs des Innern durch entsprechende Ausführungsbestimmungen vollzogen werde. Den Kampf gegen die Bureaucratie aufzunehmen haben heute der leitende Staatsmann und seine Kollegen (soweit sie nicht dem Erlernen ein Bein zu stellen suchen) ebenso alle Verantwortlichen wie die Volksvertreter; denn jene Bureaucratie weist auf die Minister und ihre Politik. Ich will offen einräumen, daß wir von Anfang an wußten, daß dieser Kampf um eine liberale Ausführung des liberalen Gesetzes uns nicht erspart bleiben würde; denn die Beschränktheit und die Korrektheit gewöhnt man diesem alten System über Nacht nicht ab. Dazu gehört Geduld und Ausdauer! Siehe, die Landrats- und Volkswirtschaft wie die Kaplanokatie! Trotz „Blod“ noch keine Lust in Deutschland zu leben!“

Wir Sozialdemokraten wußten von Anfang an, daß die preussische Polizei aus dem Vereinsgesetz ein böses Gesetz machen würde. Daß sie das kann, daran ist nicht zum mindesten Herr Dr. Müller-Weinigen schuld, der alle sozialdemokratischen Anträge, die den Zweck hatten, dem Polizeigewalt das Handwerk zu legen, bekämpfte und niederstimmte.

Die Retusche der Drohnote.

Wie es scheint, ist man sowohl auf der äußersten Rechten, bei den Erzgarvern, wie bei den Nationalliberalen mit dem Inhalt der gestern von uns mitgeteilten Drohnote der konservativen Parteileitung nicht einverstanden, da man dort in Anbetracht der heutigen Finanzlage weder den Wok ausliefern, noch den Fürsten Wälow in eine Art Oppositon zu den Konservativen treiben möchte. Man sucht es also von beiden Seiten so hinzustellen, als sei die Erregung der konservativen Parteileitung nicht recht begründet und als richte sich die Note gar nicht gegen Wälow. Die „Allin. Ztg.“ schreibt z. B., indem sie auf die konservativen Drohnote Bezug nimmt:

„Wir unsererseits wollen jedenfalls nichts von dieser Verschärfung beitragen und in den nachfolgenden Betrachtungen streng sachlich bleiben. Es ist eine ganz eigenartige Erscheinung, daß sich der konservativen Partei sofort eine nervöse Erregung bemächtigt, wenn ein Minister, der doch eigentlich Vorgesetzter der Regierungsbeamten ist, die Handlungsweise eines solchen Herrn nicht billigt oder gar das ihm gegenüber zum Ausdruck bringt. Im Falle des Regierungspräsidenten von Schleswig ist weiter nichts geschehen, als daß dieser Herr auf Urlaub gegangen ist, und zwar, wie man aus der ganzen Gesamtlage und aus den im Falle Schilling veröffentlichten Erklärungen des Ministers des Innern ohne jede Ueberflüchtigkeit entnehmen kann, auf Veranlassung dieses Ministers. Wenn das zutreffend ist, so hat der Minister nichts anderes getan, als von einer Machtvollkommenheit Gebrauch gemacht, die ihm sein Amt gibt.“

Nun soll gar die Verantwortlichkeit auch noch dem Freisinn zum Opfer gebracht werden sein! Auch hierfür fehlt uns das Verständnis, und wir würden im Gegenteil viel eher eine Verlegung der Disziplin darin erblicken, daß ein Minister des Innern Mißgriffe eines Regierungspräsidenten ruhig über sich ergehen ließe. In den preussischen Konservativen redet so viel militärische Schulung, daß sie eigentlich für den Begriff der Disziplin ein richtiges Verständnis haben sollten, als es sich aus jener Ausführung ergibt.“

Und andererseits meint in einem „Nubig Blut“ überschriebenen Artikel das Blatt des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tagesztg.“:

„Die „Germania“ meint, die „Kreuz-Zeitung“ habe auf den Fürsten Wälow als denjenigen hingewiesen, der die öffentliche Wochstellung des Regierungspräsidenten lediglich zu Zwecken der Wochpolitik veranlaßt habe. Diesen Hinweis haben wir in den Worten der „Kreuz-Ztg.“ nicht gefunden. Wo ist denn eine öffentliche Wochstellung des Regierungspräsidenten erfolgt? Man könnte sie in den verschiedenen offiziellen Erklärungen sehen, die in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht wurden. Aber diese Erklärungen, über deren Zweckmäßigkeit man verschiedener Meinung sein kann, stammten gewiß nicht vom Fürsten Wälow, sondern vom Minister des Innern. Dasselbe gilt insbesondere von der Erklärung, daß das Frankfurter Amtsgericht ersucht worden sei, das Zeugniszwangsverfahren gegen die Redaktionen der „Frankfurter Zeitung“ einzustellen. Man wünte weiter eine öffentliche Wochstellung darin finden, daß der Regierungspräsident beurlaubt worden ist und daß die Beurlaubung in der Presse bekanntgegeben wurde. Der Urlaub ist aber tatsächlich dem Regierungspräsidenten auf sein Ansuchen erteilt worden, und die Mitteilung davon ist uns und verschiedenen anderen Blättern zugegangen, nicht offiziell publiziert worden. Also auch mit dieser vermeintlichen Wochstellung hat Fürst Wälow nichts zu tun.“

Die „Kreuz-Zeitung“ dagegen schweigt vorläufig und beschränkt sich auf einen neuen Angriff auf Dr. Schilling. Allem Anscheine nach will man in der konservativen Parteileitung zunächst abwarten, wie die Drohnote bei denen wirkt, an die sie gerichtet ist. —

Belohnte Zentrumstugend.

Bei dem großen badischen Beamtenklub, welcher auf Grund des verbesserten Gehaltsvertrages vorgenommen worden ist, erfuhr auch der Zentrumsgewählte Wittemann seine Belohnung vom Oberamtsrichter zum Landgerichtsrat. Herr Wittemann ist in die Meinheitsaffäre des Herrers Casfert verwickelt gewesen und den schwersten Anschuldigungen, insbesondere hinsichtlich ehrenwärtlicher Versicherungen, nur mit Mühe entronnen. Die badische Regierung bewies mit der Beförderung des, was sehr feil bemerkt ist, dem Vorwurfe des Zentrumstugend, das sich über die mangelhafte Berücksichtigung katholicischer Beamten beschwerte.

Gegen die Biersteuer

wenden sich die Berliner Brauereien mit der Darlegung, daß der Wohlgeheim aus dem Bierverkauf keinen Schaden auf die Lage des Gastwirtsgewerbes überhaupt. Die Biers steuern lediglich auf diese Einnahmen angewiesen, aus denen sie dann alle Spesen, die im Norden höher sind als im Süden, bestreiten müssen. Auf alle Fälle müßte eine Erhöhung der Biersteuer zu einer wesentlichen Erhöhung der Bierpreise führen.

Die Politik — ein Geschäft.

Dieses Glaubensbekenntnis legt heute das „Berliner Tageblatt“ ab. Natürlich nicht direkt und mit klaren Worten. Das wäre zu gewöhnlich und kompromittierend. Aber indirekt, gewissermaßen verhehlt und deshalb um so bewirksamer für den wahren Charakter des Liberalismus. In einem Leitartikel vergleicht es nämlich die Bestrebungen nach Einigung des Liberalismus mit der Vererbung wirtschaftlicher Interessen und Interessengruppen und plaudert bei dieser Gelegenheit aus, daß nach seiner Meinung der Zweck einer politischen Partei kein anderer ist, als Wähler zu fangen! Es schreibt:

„Es ist zur Dinge- oder Erntebildung kommt, fuchen die wirtschaftlichen Konkurrenten sich gegenseitig die Kunden abzugeben, durch alle Mittel, die im Konkurrenzampfe erlaubt oder manchmal auch nicht erlaubt sind, durch Klischee und verlockende Verheißungen, Ueberbietung der Verheißungen der anderen durch lauteren und unläuterer Wettbewerb, auch durch Schwindelmanöver und allerlei Kniffe und Wisse, — geschieht nicht ebendasselbe auch bei den Parteien, nur daß hier die Kunden den Namen „Wähler“ führen? Wirtschaftliche Unternehmungen pflegen einen gewissen Stamm von Kunden zu besitzen, den sie als wertvolles Aktivum in den Truhesten mit einbringen, — ist es nicht ebenso bei den politischen Parteien und Gruppen mit ihrem festen Anhang von Wählern? Und wie schon summieren sich diese Kunden- beziehungsweise Wählerziffern, und um wieviel sicherer kann man sie als Aktivum zählen, wenn die feindliche Konkurrenz wegfällt, und wieviel Spesen und Geschäftskosten für Propaganda, Organisation und Betrieb können alsdann im einen wie im anderen Falle erspart werden?“

Das „V. L.“ bestreitet dann — in längeren Ausführungen, die uns nicht interessieren — daß auf diesem Wege der „Vererbung“ verschiedener Parteien es gelingen werde, die Wählerzahl zu vergrößern. Wir geben ihm darin vollkommen recht. Nur ist nach unserer Meinung diese ganze Spekulation auf den Wählerfang eine der Ursachen des liberalen Niederganges in Deutschland. Eine Partei muß bestimmten Zielen nachstreben und es der Werbekraft dieser Ziele überlassen, für Anhänger und Wähler zu sorgen. Die Sucht nach Wählern — d. h. nach Mandaten — verführt dazu, daß man es jedem recht zu machen sucht, um seine Stimme zu erhalten und dann wird eben aus der Politik ein Geschäft.

Vier Militärgerichtsurteile.

In unheimlicher Weise häufen sich in letzter Zeit die militärischen Schreckensurteile. Vor dem Kriegsgericht in Reife hatte sich der Mann der Meierei, jetzige Landwirt Joseph Kopp zu verantworten. Im Juli d. J. war er zu einer Lebung eingezogen worden. Da er am Tage vorher einer Hochzeit beigewohnt hatte, kam er zu der Einlieferung in trunkenem Zustande. Bei derselben warf er eine Tischplatte, die ihm nicht paßte, zur Erde. Dem Sergeanten, welcher ihn deshalb zur Rede stellte, erwiderte er: „Herr Sergeant, wenn ich meine 58 Tage herunter habe, breche ich Ihnen die Knochen“. Der Sergeant brachte ihn darauf mit Gewalt aus der Kammer, wobei ihm Kopp ins Gesicht griff und ihm eine kleine unbedeutende Verletzung an der Nase beibrachte. Der Referent wurde nun zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Vor demselben Gericht hatte sich der Musikant Johann Pasternal vom 23. Inf.-Reg. zu verantworten. Pasternal war eines Sonntags im August zur Tanzmusik gewesen und hatte dabei seine Urlaubszeit überschritten. Er versuchte nun einen Unteroffizier dazu zu bewegen, die Urlaubserweiterung zu unterdrücken. Auf die wiederholte Aufforderung des Unteroffiziers, nach der Kaserne zu gehen, antwortete der Musikant: „Sie haben mir gar nichts zu sagen“. Zugleich verseyte er dem Unteroffizier einen Schlag ins Gesicht. Urteil: Zwei Jahre acht Monate Gefängnis.

Das Kriegsgericht der 9. Division verhandelte am letzten Sonntag gegen den Musikant W. vom 140. Infanterie-Regiment in Hohenfels wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, in trunkenem Zustande einem Gefreiten seiner Stube mit dem Handbesen und der Faust ins Gesicht geschlagen zu haben. Aus diesem in der Trunkenheit verübten kameradschaftlichen Exzeß konstruierte das Kriegsgericht einen tätlichen Angriff gegen einen Vorgesetzten! Urteil: Zwei Jahre Gefängnis.

Doch die Kriegsgerichte können auch anders. Wegen Soldatenmishandlung in zwei Fällen hatte sich der Unteroffizier Paul Mertens vom Breslauer Infanterieregiment 151 vor dem Oberkriegsgericht in Königsberg zu verantworten. Der Musiker Albert war am 12. Juni dieses Jahres von dem Mertens wiederholt schikaniert worden. Zuletzt mußte er an dem Unteroffizier vorbei durch einen schmalen Gang gehen. Er machte sich nun möglichst dünn, doch der Unteroffizier stieß ihm mit den Worten: „Wißt Du nicht schmeckst vorbei“, den Säbel in den Leib. Albert hat an der betreffenden Stelle beim Atemholen heute noch Schmerzen. Bei einer anderen Gelegenheit schlug er ihm mit dem Helm auf den Kopf und stieß ihm mit dem Fuß in die Seite. In der ersten Instanz hatte der Unteroffizier angegeben, daß ihm Albert versehentlich (11) in das Seitengewebe gerannt sei, und deshalb — acht Tage Mittelkurse erhalten. Der Gerichtsherr legte Verurteilung ein und nun stellte sich das Oberkriegsgericht auf den Standpunkt, daß der Musikant keineswegs versehentlich in den Säbel hineingerannt sei, sondern daß dieses der Unteroffizier mit Absicht getan habe. Es verurteilte den Mord zu — drei Wochen Mittelarrest.

Ein Menschenleben mit vier Wochen gelinden Arrest geföhnt!

Vor dem Kriegsgericht in Bromberg hatten sich der Sergeant Jytur, der Feldwebel Ohm, der Unteroffizier Krüger und der Gefreite Rosenmeyer zu verantworten. Im Juni d. J. war der Musikant Krüger als Leiche aus der Brahe gezogen worden, nachdem er sich vorher mehrfach in Briefen an seinen Vater über Mishandlungen von seiten seiner Vorgesetzten beklagt und die Absicht zu desertieren ausgesprochen hatte. Der Vater hatte dem Sohn zu trösten und zu ermutigen gesucht, aber dieser war schließlich doch von der Verzweiflung erfaßt worden, so daß er seinen Tod suchte und fand. Jetzt wurde ein Verfahren eingeleitet. Aber der Leiche war ja stumm und so wurde vor Gericht nur eine Ohrfeige erwiesen, die der Sergeant Jytur ihm verabreicht hatte. Dafür bekam er vier Wochen gelinden Arrest, während die übrigen Angeklagten freigesprochen wurden.

Die Miße der Militärjustiz

gegenüber Soldatenheimern wurde wieder einmal offenbar in einer Verhandlung vor dem Kommandantengericht in Koblenz. Der Sergeant Müller von der 8. Kompanie des 8. Pionierbataillons war angeklagt, den Gefreiten Wesel in schwerer Weise beleidigt, ihn ferner mehrmals mit dem Fuße gestoßen und gegen eine Tür geworfen zu haben. Die Beschimpfungen waren derart saturn, daß der Soldat vor Erregung krank wurde und in ärztliche Behandlung kam. Dadurch erst wurde die Sache den Vorgesetzten bekannt, ferner, daß der Sergeant versucht hatte, den Mishandelten von der Erstattung der Anzeige abzuhalten. Trotzdem und obwohl der Sergeant bereits mehrfach vorbestraft war, erkannte das Gericht wegen der Beleidigungen, der Mishandlungen und der Abhaltung von der Wehrwehr nur auf 16 Tage Mittelarrest.

Ein besonders roher Soldatenchinder

stand in der Person des Hilfskuboffisten und Unteroffiziers Hugo Vogel vom 148. Infanterieregiment vor dem Kriegsgericht in Bromberg. Schon lange hatte er dem Musikler Kluge das Leben auf alle Arten sauer gemacht. Insbesondere pflegte er ihn in Arme und Weine zu zwicken und wenn der Gepeinigete hat, dies doch zu unterlassen, bekam er hierfür Ohrfeigen. Am 28. April mußte der Musikler aus der Kantine Kaffee für den Schinderknecht kochen. Um nun zu prüfen, ob der Kaffee auch heiß genug sei, mußte der Musikler seine Hand hinhalten und der Unteroffizier goß ihm die heiße Brühe darauf. Als er die Hand zurückzog, wurde er vom Unteroffizier gezwickt und gestreten. Dann mußte er stramm stehen und dem Unteroffizier ins Gesicht sehen. Der Musikler tat dies, doch fiel er bald in eine tiefe Ohnmacht, die etwa eine Stunde lang andauerte. Der Unteroffizier legte nun sein Opfer aufs Bett und kümmerte sich nicht weiter darum, bis ein Sanitätsgeselle in die Stube kam, der den Musikler in ohnmäßigem Zustande vorfand. Vor Gericht suchte der Unteroffizier die ganze Sache als harmlos hinzustellen; doch ergab die Zeugenvernehmung das Nötige. Das Urteil lautete wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt und Mishandlung eines Untergebenen auf drei Monate und 14 Tage Gefängnis.

Militärboykott über Barbieren.

das ist das Neueste, wozu sich die Militärbehörde jetzt aufgeschwungen hat. Bisher galt der militärische Boykott meist den Gastwirten, und zwar dann, wenn sie ihre Stube den Sozialdemokraten zur Verfügung stellten. Nun war einem Barbier in Guben zu Ohren gekommen, daß sein Geschäft boykottiert sei, und da ihm das unglaublich und unbedeutend schien, wandte er sich an das Generalkommando des III. Armeekorps in Berlin mit der Bitte um Auskunft und wohl auch Abänderung. Darauf erhielt er folgendes Schreiben:

III. Armeekorps, Berlin W. 35, den 24. August 1908. Generalkommando, Genthiner Str. 2. Sekt. No. Nr. 23370. An Herrn Wilhelm M. Guben N.O.

Auf Ihr Gesuch vom 18. d. M. teilt Ihnen das Generalkommando mit, daß das Verbot Ihres Geschäftes seitens des Bezirkskommandos Guben deshalb erfolgt ist, weil Sie in der „Märkischen Volksstimme“ die sozialdemokratische Kundgebung unter der Überschrift „Genossen“ eingeladen und sich somit öffentlich als Sozialdemokrat bekannt haben.

Das Generalkommando hat keine Veranlassung, die Aufhebung des Verbotes zu bewirken.

Der kommandierende General von Salton.

Ein Gutes hat der militärische Boykott: er erspart uns die Rechtfertigung, wenn wir Sozialdemokraten gezwungen sind, zur Erlangung politischer oder wirtschaftlicher Rechte von dem Mittel des Boykotts Gebrauch zu machen.

Frankreich.

Meuterei auf einem deutschen Schiffe im Brester Hafen.

Paris, 28. August. Das „Journal“ meldet aus Brest: Die Besatzung des deutschen Dampfers „Tom Corpih“ hat abermals gemeutert. Der erste Offizier, welcher griechischer Abkunft ist, machte gestern nacht gemeinschaftliche Sache mit den Meuturern und versuchte mit ihnen den Kapitän zu töten; es kam dabei zu einem Kampfe zwischen den Meuturern und einigen Anhängern des Kapitän. Dieser verließ angehts der Gefahr, in der er schwebte, das Schiff und ersuchte die französischen Hafenbehörden um Schutz. Im Laufe des Abends hatte er eine Unterredung mit dem Marinepräsidenten und dem Hafenkommissar. Eine Abteilung Marinegendarmen wurde dem Kapitän zur Verfügung gestellt. Dieser begab sich mit den Gendarmen an Bord des Dampfers. Der zufällig zum Besuche der hiesigen Schiffsverft anwesende deutsche Marineattaché Kapitän Starke wurde von dem Vorfalle gleichfalls benachrichtigt. Der Kapitän sandte ihm einen längeren Bericht über die Angelegenheit.

Portugal.

Russisch-portugiesische Handelskonvention.

Die Deputiertenkammer hat folgende Gesetzentwürfe angenommen: erstens einen Gegengewurfs, welcher die Regierung ermächtigt, eine Veränderung in der Handelskonvention mit Russland eintreten zu lassen, durch welche die portugiesische Regierung auf das Recht verzichtet, den Zoll auf russisches Petroleum zu erhöhen, wogegen es die Kompensation von Ausland erhält, daß dieses auf eine Reduzierung des portugiesischen Zolles auf Cablana verzichtet. Des ferneren einen Gegengewurfs, welcher die Regierung ermächtigt, bedeutende Vorteile denjenigen Personen oder Gesellschaften zu gewähren, welche in der Hauptstadt oder auf den benachbarten Inseln Häuser zu Hotelzwecken bauen. Drittens einen Gegengewurf, in dem eine Konvention zwischen Portugal und den Vereinigten Staaten zur Auslieferung von Verbrechern gutgeheißen wird. Diese Konvention legt 22 Fälle fest, in denen die Auslieferung möglich sein soll, läßt aber die Auslieferung von politischen Verbrechern nicht zu, und scheidet Attentate gegen Souveräne oder Häupter fremder Staaten nicht als politische Verbrechen an.

Marokko.

Paris, 27. August. (Meldung der „Agence Havas“.) Nach einer Meldung des Generals Vallouard sollen die den Franzosen bei Ou Denid und Colomb Vohar gegenüberstehenden Dattas beabsichtigen, nach Ankunft eines Truppenkontingents von der oberen Wajaja her auszugreifen. Dieses Kontingent steht unter dem Befehl von Ali ma Aueh, der kürzlich mit Mulai Hafid in Res einzog. Zwischen den beiderseitigen Vorposten werden seit dem 25. d. M. ab und zu Schüsse gewechselt. Auf französischer Seite sind alle Vorbereitungen gegen einen Angriff getroffen worden.

Paris, 28. August. Nach einer Meldung aus Tanger hat Abdul Ahs einen Brief dem Statthalter der Schraginas erhalten, worin diese ihn auffordern, zurückzuführen und gegen Marakoch vorzugehen. Abdul Ahs ist noch unentschieden. Infolge scharfer Mittel, welchen Abdul Ahs auf seiner Flucht machte, ist er erkrankt, ebenso viele seiner Mannschaften. Auch die meisten Pferde sind infolge Ueberanstrengung eingegangen. Abdul Ahs hat selbst wenig Hoffnung, sein verlorenes Ansehen wieder zu gewinnen.

Afien.

Persische Anleiheverfuche.

Mehreren Londoner Blättern wird übereinstimmend aus Teheran berichtet, daß der Plan, eine englisch-russische Anleihe aufzunehmen, zur Freude der liberalen Partei vorläufig gescheitert ist, weil die Finanzleute darauf bestanden, daß der französische Finanzbeirat Rigot die Ausgaben übernehme. Man nimmt aber an, daß die Regierung in ihrer Bedrängnis die Bedingung schließlich doch werde annehmen müssen. Infolge der Geldnot herrsche große Unzufriedenheit unter den Truppen des Schahs, zwischen denen bereits blutige Zusammenstöße stattgefunden haben. Der revolutionäre Ausschuf in Täbris beschloß die Fortsetzung des bewaffneten Widerstandes gegen die jetzige Regierung bis zum Zusammentritt des zweiten Parlaments.

Amerika.

Zur Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten.

London, 28. August. Wie die „Morning Post“ aus New York erfährt, hat sich die amerikanische Arbeitervereingung endgültig dahin entschieden, zu der Präsidentschafts-Kandidatur Laftis in Gegensatz zu treten wegen seiner Verbindung mit den republikanischen Politikern.

12. Parteitag der Sozialdemokratie Pommerns.

Böslin, 25. August 1908.

Dritter Verhandlungstag.

Zum 4. Punkt: „Landarbeiter und Klassenkampf“ erhält das Wort Genosse Fern. Er legt folgende Resolution vor:

„Die reaktionäre Gesetzgebung und das nimmermüde Unternehmertum haben das ländliche Proletariat in tiefes Elend gebracht, und ist dasselbe gegenüber der Industriearbeiterschaft in rechtlicher, sozialer, ökonomischer und, dadurch bedingt, auch in intellektueller Hinsicht außerordentlich benachteiligt. Dieses soziale Elend ist die Ursache der Landflucht. Außer dem ist die Ursache der Landflucht und damit diese selbst zu beseitigen, schmiedet das agrarische Unternehmertum neue Fesseln für die Bauarbeiter, und zwar sucht es deren ökonomische Abhängigkeit durch die innere Kolonisation noch zu vergrößern.

Der Parteitag fordert alle Landarbeiter auf, nicht durch Uebernahme von Rentenstellen die herrschende Gesellschaft in ihrer Machtposition zu stärken. Die ganze innere Kolonisation ist darauf gerichtet, die ländliche Bevölkerung der Ausbeutung und Unterdrückung durch die Machthaber weiter preiszugeben.

Der Parteitag erkennt an, daß auf Grund der politischen wie wirtschaftlichen Rechtslosigkeit und ihrer historischen Vergangenheit das ländliche Proletariat nicht in dem Maße wie das Proletariat in den Industriezentren am Emanzipationskampfe teilnehmen kann; der politische Einfluß und die Eroberung der politischen Macht auf Grund der ökonomischen Entwicklung muß in erster Linie seitens des industriellen Proletariats erfolgen, so daß dem ländlichen Proletariat größere Bewegungsfreiheit verschafft wird.

Aber unbedünnter darum, hält der Parteitag es für notwendig, die Landbevölkerung durch Wort und Schrift aufzuwecken, damit auch sie sich in erhöhtem Maße dem Klassenkampfe zuwenden und in den wirtschaftlichen und politischen Organisationen sich einen festen Stützpunkt schafft. Der Parteitag fordert die deutsche Gesamtarbeiterbewegung auf, auf geeignetem Wege die traurigen Verhältnisse der Landarbeiter zu erforschen und diese Ergebnisse zur Agitation um eine Besserstellung des ländlichen Proletariats zu benutzen.

Von der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften fordert der Parteitag die rechtliche Gleichstellung der ländlichen Arbeiter und des Gesindes mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen; Arbeiterschutz durch Reiseausweise für die ländlichen Arbeiter und Gesinde und ein volles, gesichertes Koalitionsrecht.

Zur Begründung führte er unter anderem folgendes aus: Die Frage habe zwar schon des öfteren die deutsche Arbeiterschaft beschäftigt; sie sei aber jetzt besonders dadurch in den Vordergrund gerückt, daß eine Aenderung in der Organisation der Landarbeiter beschlossen ist. Redner geht dann auf die Agrarverhältnisse der Provinz Pommern ein, welche letztere nur von Ostpreußen übertroffen werde. Neben 73 Städten, von denen nur 13 mehr als 10 000 Einwohner haben, zählte Pommern 1905 2087 Landgemeinden und 2419 Gutsbezirke. Von den 1 684 000 Einwohnern sind über eine Million in der Landwirtschaft tätig. In der geringen Bevölkerungsdichtigkeit liege das Geheimnis mancher sich und darbietenden Schwierigkeiten. In der ländlichen Produktion liege der Rufel obenan, 1903 produzierten 478 Brennereien 402 216 Hektoliter Schnaps. Von einer Konzentration zum Großbetrieb sei nichts zu spüren; die Kleinbetriebe mehrten sich von Jahr zu Jahr und sind zunächst gegenüber den Großbetrieben dadurch konkurrenzfähig. Daraus zu schließen, daß die Marx'sche Konzentrationstheorie für unsere Landwirtschaft nicht zuträffe, halte er für voreilig. Es handele sich hier offenbar um eine vorübergehende Erscheinung. Infolge der niedrigen Arbeitslöhne sehen die Agrarier von der Einführung von Maschinen vielfach ab. Das werden sie aber zweifellos tun, sobald sowohl die Löhne als auch die sonstigen Aufwendungen für die Arbeiter steigen, und dann dürfe die Entwicklung sich in anderen Bahnen als heute bewegen. Redner rollt dann die trüben Verhältnisse der Landarbeiter Pommerns auf, deren Rechtslosigkeit, Wohnungs- und Schullehre er an verschiedenen Beispielen darlegt. Er kommt dabei auf die Ursachen der Landflucht zu sprechen, welche letztere zu einer Invasion kulturell tieferer Ausländer führe. Im Jahre 1905 waren in Pommern 18 605 russische und galizische Arbeiter beschäftigt. Zwar kommen diese als Lohnbrüder ins Land, aber vielfach sei zu beobachten, daß ihr Lohn höher als der der einheimischen Arbeiter sei. Die innere Kolonisation, mit der man die Landflucht zu bekämpfen suche, sei für die Agrarier lediglich ein Mittel, die Landarbeiter in noch größere wirtschaftliche Unfreiheit als bisher zu bringen. Doch nicht nur an die Landarbeiter, auch an die Kleinbauern müsse sich die Sozialdemokratie wenden. Rufen wir diesen immer und immer wieder ins Gedächtnis, daß die Junker jahrhundertlang aus ihrer Haut Riemen gesämten haben. Ein vergeblicher Versuch darf nicht abscheuen. Nach der Begründung der in der Resolution enthaltenen Forderungen schließt Redner: Unsere ganze Arbeit wird auch in Zukunft zunächst Aufklärungsarbeit sein. Die Landarbeiter sind viel zu zufrieden. Wir müssen sie unzufriedener machen, sie aufheben gegen Verhältnisse, die als menschenwürdig nicht zu bezeichnen sind. Unbedünnter aller Schwierigkeiten müssen alle agitatorischen Kräfte entfaltet werden, auch die Landarbeiter dem siegreichen Heere der Sozialdemokratie einzureihen!

An den 24. Augustigen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion. Genosse Herbert glaubt nicht, daß es je gelingen werde, die Kleinbauern für uns zu gewinnen. Ihnen sei der Eigentumsstempel viel zu tief im Fleisch. Durch Gründung von Rechtschutzbereinen sollte man die Landarbeiter beraten. Redner stellt einen entsprechenden Zusatzantrag zur Resolution, der später auch angenommen wird.

Genosse Rehlisch hält die Möglichkeit, die Kleinbauern zu gewinnen, nicht für absolut ausgeschlossen und macht darauf aufmerksam, daß die innere Kolonisation vielfach mit dem hauptsächlich von den Industriearbeitern aufgenommenen Gelde der Verschönerungsanstalten betrieben werde. Genosse Reich-Stolz schildert aus eigener Erfahrung die elende Lage der Landarbeiter, während Genosse Hanisch auf die Versprechungen der Liberalen für die Arbeiter und die liberalen Faten hinweist, die in ständigem Widerspruch zueinander stehen. An der Rechtslosigkeit der Landarbeiter seien nicht nur die Junker, sondern auch die Liberalen Schuld.

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Neber „Unsere Aufgaben im Reichspolitisch“ spricht Genosse Herbert in einstündiger Rede. Die von ihm vorgelegte nachfolgende Resolution wurde debattelos einstimmig angenommen:

„Der Parteitag empfiehlt den Genossen, in allen Orten sich an den Kommunalwahlen zu beteiligen, auch wenn keine Aussicht auf unmittelbaren Erfolg ist, um dadurch die Anhaltbarkeit des jetzigen Wahlrechts in den Städten sowohl wie auf dem Lande zu beweisen. Gleichzeitig ist für Befreiung des jetzigen Wahlrechts, namentlich des Bürgerrechtsgeldes und des Hausbesitzerprivilegs, zu agitieren.“

Der Parteitag fordert auch für die Kommunen allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen.“

Der Resolution des Parteivorstandes und der Generalkommission über die Jugendziehung wurde debattelos zugestimmt, ebenso einer Resolution, welche geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholismus im Sinne des Essener Beschlusses verlangt.

In bezug auf die letzten Vorwände in Süddeutschland bringt Genosse Hanisch folgende Resolution ein:

„Der zwölfte Bayerische Parteitag erblickt in den Budgetabstimmungen der bayerischen und bayerischen Landtagsfraktionen einen groben Verstoß gegen die Lübeder Resolution; er erwartet deshalb, daß der Parteitag diese Abstimmungen scharfstens mißbilligt und Vorlage trifft, daß sich solche Fälle nicht wiederholen.“

In dem Verhalten des bayerischen Landesvorstandes gegenüber dem Parteivorstand erblickt der Parteitag einen groben Verstoß gegen den Geist des Organisationsstatuts der Partei, einen Verstoß, der geeignet ist, die einseitliche Organisation der Partei auf das schwerste zu gefährden.“

Hieran schloß sich eine kurze, aber lebhaft Debatte. Genosse Herbert erklärte, daß er das Streiktreiben gegen die Süddeutschen nicht mitmache. Man solle doch nicht diese Genossen, deren Intelligenz dafür bürgt, daß die Sache nicht so schlimm sei, wie sie gemacht werde, verurteilen, ohne sie gehört zu haben. Die Genossen Runke, Hanisch, Hertzog, Gollnow und Wengels-Verlinton traten dem Genossen Herbert entgegen, worauf die Resolution gegen 6 Stimmen angenommen wurde.

Nachdem die Agitations- und die Kontrollkommissionen neu gewählt und als Ort des nächsten Parteitages Stettin bestimmt worden war, wurde der Parteitag nach einem feurigen Schlusswort des Genossen Storch mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

Die Haltung der badischen Genossen zur Budgetbewilligung.

In Kleinsteinach nahm eine gut besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Vereins folgende Resolution an:

„Die... Mitgliederversammlung spricht unseren Parteigenossen im Landtage über ihre besorgliche Haltung betreffs der Budgetabstimmung ihre volle Zustimmung aus. Sie kann jedoch betreffs des Schweigegebots gegenüber dem Parteivorstand in Berlin keinen Grund finden, da ein solches Verbot gegenüber höheren Parteinstanzen nicht angebracht ist.“

Versammlungen in Lörzsch und Freiberg resolvierten: „Die Versammlung erklärt sich mit der Haltung der Fraktion einverstanden und billigt die Budgetbewilligung, weil dieselbe im Interesse der Partei geboten war.“

Auch eine Auslegung.

Die Genossen zu Darmstadt haben gegen eine Stimme folgende Resolution angenommen:

„Die in Gewerkschaftshäusern tagende Parteiversammlung stellt sich in der Frage der Budgetbewilligung streng auf den Standpunkt der Lübeder Resolution, worunter sie versteht, daß, wo immer es ohne größere Nachteile für die Gesamtheit angängig ist, gegen das Budget gestimmt werden soll, um den heutigen Klassenregierungen unser Mißtrauen auszudrücken.“

Nur in ausnahmeweisen Fällen kann dafür gestimmt werden. Dabei ist aber ausdrücklich hervorzuheben, daß die Zustimmung kein Vertrauensvotum für die Regierung sein soll.“

Die Versammlung fordert deshalb den Delegierten des Wahlkreises Darmstadt-Groß-Gerau, Genossen Raab, auf, entschieden für die Aufrechterhaltung der Lübeder Resolution und für die dementsprechende Selbständigkeit der Landesorganisation und ihres Vorstandes gegenüber dem Parteivorstand einzutreten.“

Aus der Rede des Referenten Sparr und des Diskussionsredners Dr. Duesel geht hervor, daß die Darmstädter Genossen die Aufrechterhaltung der Lübeder Resolution wegen des dritten Abzuges fordern, weil sie der Ansicht sind, daß er die Budgetbewilligung der Wadenser und Bayern rechtfertigt. Was den letzten Absatz der Darmstädter Resolution anbelangt, so illustrieren folgende Worte, die Genosse Dr. Duesel in der Diskussion sprach, die Absichten, die damit verbunden sind:

„Nicht Disziplin und Subordination, sondern Solidarität und Brüderlichkeit ist es, was wir im Verkehr mit Parteigenossen verlangen müssen. Heberall da, wo die gemeinsamen Interessen des deutschen Proletariats es erfordern — z. B. in der Reichspolitik und im Kampfe der Gewerkschaften gegen das Kapital — muß die Einheit der Aktion gesichert sein; auf den Gebieten aber, wo die bundesstaatliche Verfassung des Deutschen Reiches, wo die „Vaterländer“ eine einseitliche Aktion unmöglich machen, muß die Selbständigkeit der Landesorganisationen im Rahmen des Parteiprogramms und der Parteitagsschlüsse gewahrt bleiben.“

Das heißt also, daß den Landtagsfraktionen und Landesvorständen freie Hand gegeben wird in der Budgetbewilligungs- und allen Fragen der Landespolitik und daß die Gesamtpartei in diese Fragen nicht hineinzureden habe.

Keine Meinung.

Auf der Landtagskonferenz für Anhalt wurde eine Resolution der Genossen Theurer, Peil und Seel, die die Budgetbewilligung der Süddeutschen verurteilen wollte, zurückgezogen. Eine Resolution, die den Parteitag auffordert, die Frage der Budgetbewilligung erneut zu prüfen und die Lübeder Resolution ungewandter zu fassen, wurde abgelehnt, weil es solcher Aufforderung nicht bedürfte und mit ihr nichts Positives gesagt werde. Die Entscheidung könne ruhig der Nürnberger Parteitag selber treffen.

Provinzialparteitag der Provinz Posen.

Am Sonntag, den 23. August, fand im Lokale „Schwierzertal“ zu Posen der diesjährige Provinzialparteitag statt, zu welchem 28 Delegierte aus zwölf Wahlkreisen erschienen waren. Außerdem nahmen daran teil Genosse Ebert als Vertreter des Parteivorstandes und Genosse Schütz-Vreslau als Vertreter der „Volkswehr“. Die Provinz Posen umfaßt fünfzehn Reichstagswahlkreise, ein äußerst schwierig zu bearbeitendes Terrain, da einmal für die Provinz noch kein Parteisekretär angestellt ist und andererseits auch die Presseverhältnisse sehr unvollkommen sind. Jedoch konnte der Vertreter des Parteivorstandes konstatieren, daß trotzdem im letzten Jahre sehr erfreuliche Fortschritte gemacht worden sind. Ohne direkte Verbindung mit der Partei sind nur noch drei Kreise in der Provinz und auch in diesen besteht die Aussicht auf baldige Gewinnung einer geeigneten Verbindung. Der Erfolg welcher im letzten Jahre erlangt ist, stützt sich vorwiegend auf die, sich hier als äußerst lohnend erwiesene Hausagitation.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt

Ein Antrag, welcher die Schaffung eines eigenen Kopfblattes fordert und vom Genossen Klische begründet wurde, wurde nachdem sich die Genossen Ebert (Parteivorstand) und Schütz („Volkswehr“) entschieden dagegen ausgesprochen hatten, mit Mehrheit abgelehnt, weil die Genossen an die Aufbringung der Mittel zur Zeit noch nicht denken können. Dagegen wurde ein Antrag, einstimmig angenommen, welcher den Parteivorstand ersucht, im kommenden Winter in den Orten der Provinz, wo die lokalen Verhältnisse es gestatten, besondere Vorträge über das sozialdemokratische Parteiprogramm zu arrangieren.

Erwidrerung.

Unter der Überschrift E. N. gegen E. N. finde ich in Nr. 200 des „Vorwärts“ einen Artikel, worin mitgeteilt wird, daß ich in meinem 1903 erschienenen Handbuche „Sächsischer Parteitag“ geschrieben habe, die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Sachsens hätten stets gegen das Budget gestimmt und damit Protest gegen das herrschende Regierungssystem eingelegt. Ihre Bestimmung ist richtig. Aber ich habe bereits in der letzten Dresdener Parteiversammlung selbst auf diese Stelle des genannten Handbuchs aufmerksam gemacht und betont, daß ich dabei einem Irrtum verfallen sei, auf den ich erst später von einem Landtagsabgeordneten aufmerksam gemacht worden bin, als sich in dem Buche selbst nichts mehr ändern und berichtigten ließ. Ich bin bei Abfassung des Handbuchs leider der allgemeinen Annahme zum Opfer gefallen, die sächsischen Landtagsabgeordneten unserer Partei hätten immer gegen das Budget gestimmt. In diesem Irrtum bin ich, soweit mir das jetzt noch in Erinnerung ist, durch zufällige Einsichtnahme in die Landtagsakten eines der Jahre 1904 oder 1905 befreit worden, in welchen Jahren tatsächlich gegen das Budget von unserer Seite gestimmt worden ist.

Der Irrtum von 1903 kann natürlich an meinen Feststellungen von 1908 nicht das geringste ändern. Wenn man schon von Leichtfertigkeit reden will, könnte ich eine solche nur 1903 begangen haben.

Mit Parteigenuß
Emil Rigische
Wie steht es denn nun aber mit der Kenntnis, die Genosse Rigische als Landtagsberichterstatter haben mußte? Im übrigen bleibt die Hauptsache bei der Affäre immer die falsche Deutung der Handlung der sächsischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, die Genosse Rigische vorgenommen hat.

Aus dem russischen Parteileben.

Die russische sozialdemokratische Partei durchlebt jetzt ihre trübsten Tage. Die Organisationen weisen nicht nur keinen Fortschritt, sondern einen starken Rückgang in der Mitgliederzahl auf und zwar fast überall. Manche Organisationen lösten sich auf, ein großer Teil der anderen fristet ein kümmerliches Dasein. Und das nicht nur in der Provinz, sondern auch in den Hauptstädten und in anderen industriellen Zentren, die als Hochburgen der Sozialdemokratie galten.

Nach den Berichten der örtlichen sozialdemokratischen Komitees und den Korrespondenzen in der illegalen Parteipresse läßt sich folgendes Bild von der Lage der Organisationen entwerfen. In Moskau ist sie, wie man dem „Proletarij“ berichtet, schlecht. Die Agitation ist sehr schwach. Eine Massenagitation fehlt ganz. Versammlungen von einzelnen Genossen und von ganzen Versammlungen sind eine tägliche Erscheinung. Größter Mangel herrscht an Lokalen und Agitatoren. Die Intelligenz verläßt die Organisation massenweise. In der ganzen Petersburger Organisation sind zwölf Intellektuelle geblieben. Dem „Sowjet Socialdemokrata“ Nr. 6-7 schreibt man aus Kiew: „Die Stimmung der Arbeiter hat sich sehr geändert. Das Interesse an allem, was die Gewässer früher so sehr erregte, an der Organisation, an der Gewerkschaft, ist gestorben. Viele lassen sich aus Angst, die Arbeit zu verlieren, in den Verein der Schuttruffen aufnehmen. In den Parteiorganisationen sind nur kleine Gruppen der aufklärtesten Arbeiter geblieben. Den ersten Mai feierten eine minimale Zahl von Arbeitern... Wir haben keine Propagandisten, sogar keine Organisatoren. Aus Mangel an Mitteln kann man keine Zeitung herausgeben.“ In Odeja ist die Lage der Organisation eine traurige.“ Aus Sibirien wird berichtet, daß dort die Organisationen sich im Zustande völliger Auflösung befinden. In Libau, schreibt die sozialdemokratische „Jihna“, hat sich die Zahl der Mitglieder der Partei um das dreifache vermindert. Die Flucht aus den Reihen der Organisation ist eine gewöhnliche Erscheinung geworden. Das Warschauer Komitee der P. S. D. schreibt in seinem letzten Bericht, daß die agitatorische Arbeit sich wegen der politischen Repressalien und der schlechten ökonomischen Situation stark vermindert hat. Das Komitee von Lodz hat einen starken Rückgang in der Mitgliederzahl zu verzeichnen. In Jwanowo-Wosnessensk hat sich die Zahl der Mitglieder von 2000 im Jahre 1907 auf 800 vermindert. Aus Kasan schreibt man, daß es dort sehr schwer ist, ein Lokal für eine Versammlung von 4-5 Menschen zu bekommen. Aus fast allen Organisationen berichtet man von einer allgemeinen Flucht der Intelligenz.“

Soziales.

Seuchen in einer Großstadt.

Mancher Leser des „Vorwärts“ wird sich darüber gewundert haben, als in Nr. 198 eine größere Zahl von Erkrankungsfällen an den schwarzen Blattern aus Duisburg gemeldet wurde. Wie ist es möglich, daß sich in einer Stadt, die in den letzten Jahren eine ungeheure Bevölkerungszunahme hatte, mithin die Zahl der neuen Straßen und Wohnhäuser eine verhältnismäßig hohe ist, sich ausstreckende Krankheiten so leicht verbreiten können, wird sich mancher fragen.

Wie in anderen Städten Preußens, wird die Verwaltung der Stadt auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählt. Politische Interessenlosigkeit der werklätigen Bevölkerung hat es ermöglicht, daß die Verwaltung der Stadt nur in den Händen der Baupfandanten und ähnlicher Unternehmer liegt. Die großen Kaufmanns-Gebäude Riese, Guillaume und Wegmann und andere haben Dank ihrer guten und direkten Verbindung mit der Stadtverwaltung Vermögen erworben wie es wohl kaum in anderen Städten möglich gewesen wäre.

Wohl besteht dort eine Bauordnung, die denselben anderer Städte ähnlich ist, ja, es sind im allgemeinen die Häuser bedeutend kleiner und niedriger, so daß man sogar auf einen Vorteil für die Gesundheit der Bewohner schließen könnte. Leider hat der Bau kleiner Häuser nicht den Bau von ungesunden Wohnungen verhindert. Die gewöhnlichen Häuser werden dort nicht oder nur mangelhaft isoliert, und zu einer Zeit, wo man in anderen Städten noch nicht daran denkt, von außen und innen verputzt und tapeziert. Unter diesen Umständen ist es klar, daß Jahre vergehen, ehe diese Gebäude austrocknen. Außerdem werden in Folge der Wohnungsnot, die dort seit Jahren herrscht, die Neubauten alle vor dem in der Polizeiverordnung vorgesehenen Termin bezogen. Diesen Zustand wird man aber erst recht zu würdigen wissen, wenn man weiß, daß die Niederschläge dort ziemlich hoch sind und auch bei trockenen Tagen die Luft immer noch feucht genug ist, weil die großen Wasserschäch der Hofanlagen und des Rheins einen ganz beträchtlichen Teil des Stadtgebietes einnehmen.

Nach der dortigen Baupolizeiordnung muß für jede Wohnung ein Abort vorhanden sein, aber bei dem weitaus größten Teil der Neubauten wird das nicht beachtet. In der Regel wird in neuen Häusern der Abort von 2-3 Familien, in älteren von fünf und noch mehr Familien benutzt. Während in anderen Städten im allgemeinen erst die Straßen und

dann die Häuser gebaut werden, so ist dort, abgesehen von den „besseren Vierteln“, das Umgekehrte Regel. In Arbeitervierteln werden auf den sogenannten Straßen die Wassertrichter mit Asche zugesättigt, damit ist die Sache erledigt. Im Sommer wird dadurch die Staubplage für die Bevölkerung zur wahren Qual und im Winter und Frühjahr benötigt der Fußgänger Schafstiefel, um die Schlammfluten durchqueren zu können. Für Radfahrer sind in der nassen Jahreszeit die „Straßen“ nicht passierbar. Hierzu kommt noch, daß die Bevölkerung gewohnheitsmäßig einen beträchtlichen Teil der Abwässer auf die nicht kanalisierten Straßen schüttet. Für Personen mit guten Geruchsnerven sind diese Straßen fast unpassierbar.

Noch schlimmer sieht es mit den Mitteln aus, durch die Krankheiten direkt bekämpft werden sollen. Über die Krankenhäuser, die Eigentum von religiösen Gemeinschaften sind, oft besucht hat, wird seine Zweifel nicht unterdrücken können, wenn der Polizeibericht aller Welt verkündet „umfassende Maßregeln zur Bekämpfung der Seuche sind getroffen.“ Als im März dieses Jahres in einem neuen feuchten Hause in der D i s t r a h e eine Frau an Diphtheritis erkrankte und, um Anfechtungen zu verhüten, nach einem Krankenhause gebracht war, vergingen fünf Tage, bis man sich um die notwendige Desinfektion der Wohnung bekümmerte. Dem Familienhaupte wurde noch Bestrafung in Aussicht gestellt, weil er in Rücksicht auf drei kleine Kinder schon am Tage der Ueberführung der Kranken ins Hospital die Desinfektion mit den vorgeschriebenen Mitteln selbst vorgenommen hatte. In der Parade des Dialonen-Krankenhauses, die für die mit ansteckenden Krankheiten Befallenen bestimmt ist, liegen an Diphtherie, Scharlach, Genickstarre, Poden usw. Erkrankte in einem Räume zusammen, so daß die Krankheitskeime durch dort untergebrachte Personen leicht weiterverbreitet werden können. In demselben Krankenhause werden in finsternen Mansardenzimmern die Kranken mehr zusammengepfercht, als die Gläubigen in einem Wallfahrts-Hotel. Im Vinzenz-Hospital kommt es oft vor, daß in den für Lungen- und andere Schwerekrankheiten bestimmten finsternen Räumen die Bettwäsche bei Neueinlieferungen nicht gewechselt wird. Diese Mißstände können der Sanitätspolizei nicht unbekannt sein, und trotzdem wird keine Abhilfe geschaffen.

Man wird sich wundern, daß die Arbeiterschaft, die doch am meisten durch diese ungünstigen Verhältnisse betroffen wird, sich nicht mehr gegen solche Mißstände wehrt. Die Gründe liegen hier in der Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft, die sie den Organisationen entgegenbringt. Außerdem ist aber auch die Behandlung, die die Behörden dem einzelnen Arbeiter, wenn er Schutz sucht, angedeihen lassen, nicht dazu angetan, besonderes Vertrauen zu erwecken. Die Verhältnisse werden auch durch die jetzige Epidemie nicht andere werden, man wird gleichgültig an den Opfern vorübergehen wie bisher und das Dreiklassenwahlrecht in Staat und Gemeinde bürgt dafür, daß die Stimme der Arbeiter bei den Sitzungen nicht die Ruhe der Satten stört. Die Opfer sind doch nur Arbeiter.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Töpfer!

Die Sperre über die Firma Runge ist hiermit aufgehoben. Die ursprünglichen Differenzen, welche zur Sperre führten, sind beglichen. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Eine allgemeine Glasarbeiterausperrung.

Der Arbeitgeberverband deutscher Glasfabriken beschloß u. a. in seiner am 26. d. M. im Handelskammerhause zu Görlich tagenden außerordentlichen Generalversammlung, die Angelegenheit des Streiks in Brodowitz bei Meißen zu der ihrigen zu machen, der Glasfabrik Aktiengesellschaft in Brodowitz für den durch den vierzehntägigen Streik erlittenen Schaden Ersatz zu leisten und die zur endgültigen Durchführung des Streiks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, den Zeitpunkt zu bestimmen, zu dem eine allgemeine Ausperrung der organisierten Glasarbeiter der Verbandsstaaten zu erfolgen hat, wenn bis zu dem vorgesehenen Termin der Brodowitzer Streik nicht wunschgemäß erledigt ist.

Ein Streik der Tabakarbeiter ist bei der Firma Aug. Chr. Stenmeberg in Varnrup infolge der nach und nach den Arbeitern aufgedrungenen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen am Sonntag bzw. Montag zum Ausbruch gekommen. Stenmeberg konnte die Niederlage, die er gelegentlich eines Streiks im Herbst 1907 erlitten, nicht verschmerzen. Immer wieder erforderte neue Anlässe, um die Arbeiter zu schädigen. Schließlich legten die Arbeiter die Arbeit nieder. Verhandlungen der Fabrikkommission und des Gauleiters blieben erfolglos. Stenmeberg erklärte, daß in seinem Betriebe er allein bestimme. Daraus erklärten sich am Montag auch die Arbeiter der Filialbetriebe in Sonneborn und Dogen solidarisch. Die Forderungen der Arbeiter lauten:

1. Genügend ausgeglichtes Deckblatt oder eine Entschädigung von 15 Pf. für das Pfund.
 2. Lieferung von genügend Bidel.
 3. Die Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen machen keine Zurechnung an den Maschinen.
- Alles Forderungen, die sich eigentlich von selbst verstehen. Es streiken insgesamt 78 Arbeiter.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Klumpe u. Reng in Lünen bei Dortmund haben am Mittwoch sämtliche Former und Hilfsarbeiter wegen einer Prozentigen Reduzierung der Arbeitslöhne die Kündigung eingereicht. Die Arbeiter machten einen Vermittlungsversuch, indem sie die Unternehmer ersuchten, nur 10 Prozent abzuziehen. Doch wiesen die Unternehmer den Vorschlag zurück. Wahrscheinlich kommt es zum Streik.

Die Dachdeckerorganisation in Dortmund hat einen Auktionserfolg erlangt. Am Dienstagabend ist ein neuer Tarif unterzeichnet worden. Die Unternehmer glaubten anfangs, den Arbeitern Verschlechterungen anbieten zu können. An der strammen Organisation der Gesellen ist diese Absicht indes gescheitert worden. Trotz des wirtschaftlichen Niederganges arbeiten die Dachdecker zu den bisherigen Bedingungen weiter.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schwere Schiffskatastrophe.

Tokio, 28. August. (B. L. Z.) Nach einer hier eingetroffenen Nachricht ist der englische Dampfer „Dunearn“ während eines Taifuns bei der Insel Kjusiu untergegangen. Von der auf 53 Köpfe bestehenden Besatzung sollen nur zwei gerettet sein.

Das Ende vom Lied.

Eisenach, 28. August. (B. L. Z.) Der sächsische Hauptkassierer Simon hat Selbstmord begangen. Der Grund zu dieser Tat, welche hier großes Aufsehen erregt, ist bisher noch völlig unbekannt.

Die Nordöstliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft und der Bauarbeiterschutz?

Die die Nordöstliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft die Förderung der baugewerblichen Arbeiter bezüglich des Schutzes für Leben und Gesundheit derselben zu erfüllen gedenkt, das läßt recht deutlich die vor einigen Wochen in Kolberg abgehaltene Genossenschaftsversammlung erkennen.

In zwei wichtigen Fragen, welche für die Arbeiter von eminentem Interesse sind, wurde eine Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Beratung der Anträge gewählt.

Zur Frage des „Ueberdiehandmauern“ hatten die Arbeitervertreter folgenden Antrag eingebracht: „Wenn keine äußeren Gerüste zur Anwendung kommen (beim sogenannten Ueberdiehandmauern), so muß an der Außenseite in der ganzen Länge der Mauer ein Fanggerüst angebracht sein.“

Zur Frage „Dacharbeiten“ lautet der Antrag der Arbeitervertreter: „Bei Arbeiten an und auf Dächern muß das vorhandene Baugerüst und zwar dicht unter dem Hauptgesims in einer Breite von 1,50 Meter mit Brettern dicht schließend abgedeckt und an der Außenseite mit einer 1 Meter hohen Brüstung versehen sein.“

Der Herr Geh. R. P. machte, um eine Verständigung herbeizuführen, einen Vermittlungsvorschlag; die Arbeitervertreter zogen darauf ihren Antrag zugunsten des Vermittlungsvorschlages zurück und stimmten für den geheimrätlichen Antrag; die Arbeitgeber stimmten indes auch gegen diesen Vermittlungsantrag.

Ueber die gesamten Unfallverhütungsvorschriften hatte nun die Genossenschaftsversammlung zu entscheiden. Auch diese erlesene Versammlung lehnte den ersten Antrag der Arbeitervertreter einstimmig ab.

Der Herr Geh. R. P. machte, um eine Verständigung herbeizuführen, einen Vermittlungsvorschlag; die Arbeitervertreter zogen darauf ihren Antrag zugunsten des Vermittlungsvorschlages zurück und stimmten für den geheimrätlichen Antrag; die Arbeitgeber stimmten indes auch gegen diesen Vermittlungsantrag.

Ueber die gesamten Unfallverhütungsvorschriften hatte nun die Genossenschaftsversammlung zu entscheiden. Auch diese erlesene Versammlung lehnte den ersten Antrag der Arbeitervertreter einstimmig ab.

Ueber die gesamten Unfallverhütungsvorschriften hatte nun die Genossenschaftsversammlung zu entscheiden. Auch diese erlesene Versammlung lehnte den ersten Antrag der Arbeitervertreter einstimmig ab.

Dadurch verringerte. Ebenjowenig Verständnis zeigte die Genossenschaftsversammlung für die Forderung der Arbeitervertreter bezüglich der offen brennenden Koksforde. Die Arbeiter hatten völliges Verbot der offen brennenden Koksforde verlangt.

Die Versammlung autorisierte schließlich den Genossenschaftsvorstand, etwaige redaktionelle und sachliche Änderungen, die auf Veranlassung des Reichsversicherungsamts in dem bei diesem schwebenden Genehmigungsverfahren notwendig werden sollten, vorzunehmen.

Die Genossenschaftsversammlung hat indessen für die baugewerblichen Arbeiter noch eine weitere Bedeutung. Die Hauptforderung der baugewerblichen Arbeiter zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter ist die Ueberwachung der Betriebe bezüglich der Aus- und Durchführung der Schutzbestimmungen, soweit dieselben in Ministerialverfügungen bzw. „Polizeiverordnungen“ und Unfallverhütungsvorschriften enthalten sind.

Die sächsischen Staaten sind dieser Frage mehr oder weniger näher getreten. Die Stadt Wüdnich hat sogar Baukontrolloren, aus den Arbeiterkreisen entnommen, ange stellt. In Preußen ist in dieser Hinsicht, obwohl hier allein 800 000 baugewerbliche Arbeiter in Frage kommen, nichts geschehen.

Der hauptächlichste Grund, warum die Baugewerks-Vereinsgenossenschaften Arbeiter als Baukontrolloren nicht wollen, besteht darin, daß sie von der Uebertragung der Baukontrollen eines Teiles derselben an die Arbeiter mit Recht eine Beeinträchtigung des Arbeiterschutzes, für welchen sie bisher soviel getan (?) haben, befürchten.

Es ist also unfinnig, den „Meister“ von Polieren, Gesellen oder Arbeitern beaufichtigen zu lassen. Es ist indessen nicht „unfinnig“, den Polier usw. strafrechtlich für alles haftbar zu machen, d. h. demselben die gesamte Verantwortung aufzuladen.

Es ist also unfinnig, den „Meister“ von Polieren, Gesellen oder Arbeitern beaufichtigen zu lassen. Es ist indessen nicht „unfinnig“, den Polier usw. strafrechtlich für alles haftbar zu machen, d. h. demselben die gesamte Verantwortung aufzuladen.

Es ist also unfinnig, den „Meister“ von Polieren, Gesellen oder Arbeitern beaufichtigen zu lassen. Es ist indessen nicht „unfinnig“, den Polier usw. strafrechtlich für alles haftbar zu machen, d. h. demselben die gesamte Verantwortung aufzuladen.

Es ist also unfinnig, den „Meister“ von Polieren, Gesellen oder Arbeitern beaufichtigen zu lassen. Es ist indessen nicht „unfinnig“, den Polier usw. strafrechtlich für alles haftbar zu machen, d. h. demselben die gesamte Verantwortung aufzuladen.

Wenn die Regierung die Baukontrolle durch Baurepoliere ausüben lassen will (?), so ist das ein Zeichen, daß sie von dem allein richtigen Standpunkt ausgeht, daß nur praktisch vorgebildete Leute eine wirksame Baukontrolle ausüben können und nicht Leute, die einen Bau und dessen Zubehör meistens nur auf der Zeichnung kennen, von den praktischen Bedürfnissen eines in der Ausführung begriffenen Baues aber lange nicht die Kenntnisse besitzen, die ein Polier in der Praxis besitzt.

Wir wissen 90 Proz. der Meister verlangen von den Polieren, daß sie die Verantwortung für alles, was auf dem Bau passiert, übernehmen und müssen sie einen diesbezüglichen Revers unterschreiben. Weiter beweisen auch die Urteile in verschiedenen Prozessen, daß der Polier als der für alles Verantwortliche betrachtet und dementsprechend beurteilt wurde.

Diese Abfuhr dürfte der Hochmütigkeit der Herren „Meister“ wohl einen kleinen Dämpfer aufsetzen.

Herr Felisch hatte durch sein — „der Steuer der Wahrheit“ dienendes — Zirkular auch die Genossenschaftsversammlung 1907 mobil gemacht; dieselbe protestierte gegen die Arbeiterforderung der Heranziehung von Polieren und Gesellen zur Baukontrolle. Dieser Protest der Unternehmer, so berichtet Herr Felisch auf der heutigen Genossenschaftsversammlung, sei dem Reichsamt des Innern, dem Reichsversicherungsamt und dem preussischen Ministerien zugegangen.

Es findet eine Konferenz auf Veranlassung eben dieser obersten Aufsichtsinanz statt. Zu dieser Konferenz ist der interessierte Teil — die Vertreter der Arbeiter — nicht hinzugezogen.

Man erteilt ohne weiteres die „Zusicherung“ von der Heranziehung der Poliere und Gesellen zur Ueberwachung der Betriebe abzulehnen, wenn die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten vermehrt werde.

Die Nordöstliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft beschäftigt zurzeit 24 technische Aufsichtsbeamte, d. h. sie hat dem Wunsch des Reichsversicherungsamtes Rechnung getragen und eine Vermehrung des technischen Aufsichtspersonals um — drei Beamte vorgenommen.

Das heißt, die Nordöstliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft mit ihren 23 088 Betrieben und — rund gerechnet — 228 800 beschäftigten Arbeitern hat ganze 24 technische Aufsichtsbeamte ange stellt. Wie es unter solchen Umständen mit der Ueberwachung der Betriebe bestellt ist, darüber brauchen wir kein Wort weiter zu sagen.

Die Nordöstliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft ist unzulänglich; dann ist das eine unbestreitbare Tatsache. Um so mehr muß der Bauarbeiterschutz als unzulänglich bezeichnet werden, als wir es im Baugewerbe nicht nur mit Betrieben, sondern mit Arbeitsstellen zu tun haben.

Die Nordöstliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft ist unzulänglich; dann ist das eine unbestreitbare Tatsache. Um so mehr muß der Bauarbeiterschutz als unzulänglich bezeichnet werden, als wir es im Baugewerbe nicht nur mit Betrieben, sondern mit Arbeitsstellen zu tun haben.

Kleines feuilleton.

Ueber die Bergnamen „Jungfrau“ und „Mönch“ macht Herr S. Hartmann in Interlaken, der Sekretär des oberländischen Verkehrsvereins, in den „Blättern für bernische Geschichtskunde“ Mitteilungen, die von allgemeinem Interesse sind, weil dadurch die so nahe liegende Frage nach der Entstehung und Bedeutung dieser Namen endgültig gelöst wird.

Woher kommt der Ausdruck „Schwarze Hundert“? Man schreibt der „Frankfurter Zeitung“: Ebenso wie die französische Revolution haben die russischen Vorgänge der letzten Jahre zur Prägung gewisser Ausdrücke geführt, die, sei es im Original, sei es überlezt, in den Sprachschatz anderer Völker übergegangen sind.

in Russland — der Konterrevolution. Dort sprach man von „Jakobinern“ und „Sankulotten“, hier spricht man von „Bogroms“ und den Taten des „Schwarzen Hundert“.

Die Moskauer Handelsleute, heißt es bei Kotosichin, einem literarischen Zeitgenossen und Landsmann des Jaren Alexis Michailowitsch, sind entweder als „Sotnik“ („Sotnja“ — Hundert; der Ausdruck „Kosakenfotnie“ für Kosakenschwadron ist in die deutsche Sprache übergegangen) organisiert oder als „Sloboden“ d. h. verschiedene Ränge bewohnen verschiedene Stadtteile im alten Moskau, die „Sloboda“ genannt werden.

Die Moskauer Handelsleute, heißt es bei Kotosichin, einem literarischen Zeitgenossen und Landsmann des Jaren Alexis Michailowitsch, sind entweder als „Sotnik“ („Sotnja“ — Hundert; der Ausdruck „Kosakenfotnie“ für Kosakenschwadron ist in die deutsche Sprache übergegangen) organisiert oder als „Sloboden“ d. h. verschiedene Ränge bewohnen verschiedene Stadtteile im alten Moskau, die „Sloboda“ genannt werden.

Die Moskauer Handelsleute, heißt es bei Kotosichin, einem literarischen Zeitgenossen und Landsmann des Jaren Alexis Michailowitsch, sind entweder als „Sotnik“ („Sotnja“ — Hundert; der Ausdruck „Kosakenfotnie“ für Kosakenschwadron ist in die deutsche Sprache übergegangen) organisiert oder als „Sloboden“ d. h. verschiedene Ränge bewohnen verschiedene Stadtteile im alten Moskau, die „Sloboda“ genannt werden.

Die Moskauer Handelsleute, heißt es bei Kotosichin, einem literarischen Zeitgenossen und Landsmann des Jaren Alexis Michailowitsch, sind entweder als „Sotnik“ („Sotnja“ — Hundert; der Ausdruck „Kosakenfotnie“ für Kosakenschwadron ist in die deutsche Sprache übergegangen) organisiert oder als „Sloboden“ d. h. verschiedene Ränge bewohnen verschiedene Stadtteile im alten Moskau, die „Sloboda“ genannt werden.

Die Moskauer Handelsleute, heißt es bei Kotosichin, einem literarischen Zeitgenossen und Landsmann des Jaren Alexis Michailowitsch, sind entweder als „Sotnik“ („Sotnja“ — Hundert; der Ausdruck „Kosakenfotnie“ für Kosakenschwadron ist in die deutsche Sprache übergegangen) organisiert oder als „Sloboden“ d. h. verschiedene Ränge bewohnen verschiedene Stadtteile im alten Moskau, die „Sloboda“ genannt werden.

Uebrigens war der Forscher bei seinem Aufbruch nach dem Norden so festhaft von seiner glücklichen Rückkehr überzeugt, daß er es nicht einmal für nötig hielt, einen letzten Willen aufzusetzen; nur ein paar Briefe an seine Frau und seinen alten Vater haben sich vorgefunden.

Uebrigens war der Forscher bei seinem Aufbruch nach dem Norden so festhaft von seiner glücklichen Rückkehr überzeugt, daß er es nicht einmal für nötig hielt, einen letzten Willen aufzusetzen; nur ein paar Briefe an seine Frau und seinen alten Vater haben sich vorgefunden.

Uebrigens war der Forscher bei seinem Aufbruch nach dem Norden so festhaft von seiner glücklichen Rückkehr überzeugt, daß er es nicht einmal für nötig hielt, einen letzten Willen aufzusetzen; nur ein paar Briefe an seine Frau und seinen alten Vater haben sich vorgefunden.

Uebrigens war der Forscher bei seinem Aufbruch nach dem Norden so festhaft von seiner glücklichen Rückkehr überzeugt, daß er es nicht einmal für nötig hielt, einen letzten Willen aufzusetzen; nur ein paar Briefe an seine Frau und seinen alten Vater haben sich vorgefunden.

Uebrigens war der Forscher bei seinem Aufbruch nach dem Norden so festhaft von seiner glücklichen Rückkehr überzeugt, daß er es nicht einmal für nötig hielt, einen letzten Willen aufzusetzen; nur ein paar Briefe an seine Frau und seinen alten Vater haben sich vorgefunden.

Uebrigens war der Forscher bei seinem Aufbruch nach dem Norden so festhaft von seiner glücklichen Rückkehr überzeugt, daß er es nicht einmal für nötig hielt, einen letzten Willen aufzusetzen; nur ein paar Briefe an seine Frau und seinen alten Vater haben sich vorgefunden.

Humor und Satire.

— Kleiner Unterschied. „... Nun, wie unterscheidet sich Ihre zweite Gattin von der ersten?“ — Nicht sonderlich; meine Selige sagte immer: „Du, ich brauche Geld“, und die jetzige sagt: „Du, ich muß Geld haben!“

— Er kennt sie. Mann: „Welche Tochter, jetzt noch an Deine Freundin zu telefonieren; das Gespräch darf ja nur drei Minuten dauern!“ Frau: „Ich will ihr auch nur „Guten Morgen“ sagen!“ Mann: „Nun, das kannst Du doch unmöglich in drei Minuten!“

— Tragische Metamorphose. Philosoph (vor einem Schweinemetzgerladen): „Tragisch, sehr tragisch! Gestern noch fanden sich die Gedärme im Schweine und heute schon befindet sich das Schwein in den Gedärmen!“

— Auch eine Beschäftigung. „Was machen denn die jungen Eheleute?“ — Die zählten sich den ganzen Tag, wer von ihnen beiden das größte Schaf gewesen, als sie sich heirateten!“ (Fliegende Blätter.)

Notizen.

— Die Petersburger Klammnachrichten über das Befinden Leo Tolstois, werden demontiert: das Befinden Tolstois gibt keinen Anlaß zu Besorgungen.

— Der Berliner Komponist und Musiktheoretiker Heinrich van Cullen ist im Alter von 47 Jahren plötzlich gestorben.

— Mit drahlloser Telephonie sind zwischen dem Pariser Marsfeld und einigen Städten Frankreichs Verträge ange stellt worden; dabei hat sich der „Amikan“ zufolge gezeigt, daß über 18 Kilometer hinaus keine Erfolge zu erzielen sind.

niedrig ist — dann tritt die Ungenügsamkeit der Ueberwachung und der Kontrolle in greifbarem Lichte in die Erscheinung.

Herr Felisch versteht es indes vorzüglich, nicht nur der erleuchteten Genossenschaftsversammlung, sondern auch der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Der Rückgang in den Unfällen ist „Dank der guten Baukontrolle eingetreten“. O, nein, Herr Felisch! Der Rückgang der Unfälle, so erfreulich diese Tatsache an sich ist, liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen und der damit verminderten Bautätigkeit. Nach dem Bericht der Sektion I der Nordöstlichen Baugewerkschafts-Vereinsgenossenschaft wurden im Jahre 1907 beschäftigt 99 966 Arbeiter gegen 118 655 im Jahre 1906. Demnach wurden im Jahre 1907 allein bei der Sektion I rund gerechnet 17 000 Arbeiter weniger beschäftigt. Und man darf mit vollem Recht behaupten, in dem Rückgang der Arbeiterzahl ist auch die Ursache des Rückganges der Unfälle zu suchen.

Diese Annahme ist um so mehr berechtigt, wenn man zum Vergleich das Jahr 1904 heranzieht. In diesem Jahre wurden 100 198 Arbeiter beschäftigt; gemeldet wurden 6768, einschlägt 830 Unfälle, darunter 64 Todesfälle. Im Jahre 1907 wurden gemeldet 6152, einschlägt 581 Unfälle, darunter 65 Todesfälle. Demnach ist die Zahl der schweren Unfälle sogar, wenn auch nur gering — gestiegen. So sieht es mit der „guten Baukontrolle“ aus.

Diese Tatsachen und die in letzter Zeit sich in erschreckender Weise mehrenden Häufereinfälle und schweren Bauunfälle beweisen die Ungenügsamkeit der Ueberwachung der Bauten durch die technischen Aufsichtsbeamten; teilweise indes auch deren Unfähigkeit. Auch hierfür sind von den baugewerblichen Arbeiterorganisationen Beweise erbracht. Erinnert sei nur an die Berliner Fälle „Ede Woyowstraße“ und den Neubau der „Volkshochschule“ in der Gerichtstraße.

Indessen typisch für die Auffassung der technischen Aufsichtsbeamten über ihre Aufgabe als „Ueberwachungsorgan“ ist der nachfolgende Fall: in einem Vorort (Wuch) bei Berlin, Park, Ede Schönower Straße, arbeiten auf einem Neubau einige Dachbeder ohne jegliche Schutzausrüstung oder Leibgurt. Der Nordöstlichen Baugewerkschafts-Vereinsgenossenschaft wird eine Beschwerde eingereicht und ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auf dem Bau weder Leime noch Sicherheitsgurt für die Dachbeder vorhanden wäre; die obere Balkenlage wäre nicht ausgefüllt und nur ungenügend abgedeckt. Es sei denn auch bereits ein Bauarbeiter von einem von oben herabfallenden Stein, infolge der schlechten Abdeckung, am Kopfe verletzt worden. Darauf erscheint ein Beauftragter der Vereinsgenossenschaft und zufällig erscheint just zur selben Zeit der Dachbedermeister A. Der technische Aufsichtsbeamte glaubt nun zunächst Ermittlungen darüber anstellen zu sollen, wer die Anzeige erstattet hat. Dann wird die Frage an die Dachbeder gerichtet, ob sie denn Grund hätten, irgendwie unzufrieden zu sein. Dann erklärt der technische Aufsichtsbeamte: Eine Schutzausrüstung wäre nicht nötig, überdies tritt diese Bestimmung erst mit dem 1. April 1909 in Kraft. Auf die Frage nach Gurt und Leime erklärten die Arbeiter, daß diese Sicherheitsmaßnahmen für Sie keinen Wert habe, denn bei Umlegung derselben können sie nicht arbeiten.

Und der technische Aufsichtsbeamte — ist ruhig seiner Wege gegangen. — Das ist die „gute Baukontrolle“ durch die technischen Aufsichtsbeamten der Nordöstlichen Baugewerkschafts-Vereinsgenossenschaft!

Den Vereinsgenossenschaften kann und darf die Beaufsichtigung und die Kontrolle der Unfallverhütung und der Bauten nicht allein überlassen werden. Die Vereinsgenossenschaften werden ausschließlich von den Unternehmern verwaltet. Sie sind in der Frage Partei, fernermaßen die Vereinsgenossenschaften die Organisation derjenigen sind, gegen welche sich die Ministerialbefehle und Polizeiverordnungen richten. Daher ist es erklärlich, wenn die Vereinsgenossenschaft keine Maßnahmen ergreift, welche die Unternehmer in das „eigene Fleisch“ schneiden.

Aus dieser Erkenntnis und weil die baugewerblichen Arbeiter in diesem Dingen um Schutz für ihr Leben und ihre Gesundheit das „Objekt“ sind, werden sie alles einsetzen, um die Behörden zu veranlassen, ihren Forderungen Rechnung zu tragen. Wir wissen sehr wohl, daß die Tätigkeit der Baukontrolleure nur eine begrenzte sein kann. Die Tätigkeit der von den Arbeitern geforderten Kontrolleure kann nur darin bestehen, daß sie den höheren technischen Beamten der Bauwerksinspektion unterstellt sind.

die Bauten in betreff der Durchführung der berufsgenossenschaftlichen und behördlichen Unfallverhütungsvorschriften und des Gesundheitsschutzes beaufsichtigen und dementsprechende Befugnisse haben.

Indessen wird diesen Kontrolleuren das Recht zugestanden werden müssen, gefahrdrohende Vorgänge und Zustände beim Bau eventuell dadurch zu inhibieren, daß bis zur Meldung bzw. bis zum Eintreffen des höheren technischen Beamten der weitere Fortgang der einzelnen Arbeiten oder des Baues überhaupt sofort verboten werden kann.

Das ist der springende Punkt in der Frage des Bauarbeiterrechtes.

Die schönsten Unfallverhütungsvorschriften haben für die Arbeiter keinen Wert. Sie sind bedeutungslos ohne die nötige Unterwerfung. Die Vorschriften und die gesetzlichen Bestimmungen erhalten erst Leben und haben praktischen Nutzen für die Arbeiter, wenn die baugewerblichen Arbeiter — da sie nun einmal „Objekt“ in dieser Frage sind — selbst mitwirken.

Der gesunde Menschenverstand und die Logik sprechen dafür. Und die Durchführbarkeit wird durch die Münchener Baukontrolleure bewiesen. Will die Nordöstliche Baugewerkschafts-Vereinsgenossenschaft diesen Recht der Arbeiter nicht freiwillig Folge leisten, dann — dessen mag sie sicher sein — werden sich die baugewerblichen Arbeiterorganisationen, trotz der Hege und der Verbädigungen der Unternehmerorgane, mit Ruhe und gestützt auf ihre Kraft dieses Recht erzwingen!

Verbandstag Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Jena, 27. August 1908.

Bei außerordentlich starker Beteiligung nahm heute hier im „Volkshaus“ der diesjährige Verbandstag der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte unter Leitung der Herren Magistratsrat v. Schulz, Berlin und Oberbürgermeister Cuno, Jagen seine Verhandlungen auf. Zunächst gab Herr v. Schulz einen Rückblick auf die Entstehung des Verbandes, der aus kleinen Anfängen sich heute dahin entwickelt hat, daß ihm über 300 Gewerbe- und Kaufmannsgerichte angehören. In Anbetracht seiner sozialpolitischen Erfolge sei es bedeutungslos, wenn sich neuerdings wieder Bestrebungen gegen die Institution der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte bemerkbar machen. Statt solcher Fälle, mit denen man die Erfolge nicht wegzuspulieren könne, möge man sich lieber an Ort und Stelle informieren. — Im Namen der Weimarer Regierung begrüßte Herr Regierungsrat v. Rositz, Wallwitz die Erschienenen, darauf hinweisend, daß die Betätigung des Laienelementes an der Rechtsprechung und dem öffentlichen Leben überhaupt heute zu einem dringenden Erfordernis geworden sei, zumal alle nationale Kraft letzten Endes ihre Richtung doch aus dem Volke giesse. Ohne Optimismus zu sein, müsse die segensreiche Einwirkung der Beteiligung des Laienelementes an der Rechtsprechung auf die Massen anerkannt werden. Die Zusammenarbeit fördere das gegenseitige Verständnis und diene dem sozialen Frieden. — Seitens der Handelskammer zu Jena weist Herr Fischer darauf in seinen Begrüßungsworten hin, obwohl die Handelskammer die Unternehmerrückstände vertritt, sie in sozialpolitischer Hinsicht mit den Arbeitern zusammengehen müsse.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen sodann mit der Rechnungsablage durch Magistratsrat v. Schulz, Berlin. Der Bericht schließt mit einem Beschlusse von 1908 ab. — Das erste Referat über:

Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage

hat Gerichtsrat Dr. Brenner-München übernommen. Redner betont, daß das Schiffs-„Sozialpolitik“, obwohl es zu den neuesten Typen gehöre, noch nie in die Klasse der Schnellsegler eingereicht worden sei, daß es aber insbesondere in den letzten drei Jahren seinen Kurs nahezu eingestellt habe. Bei dem großen Interessenkreise im wirtschaftlichen Leben könne zwar kein Automobiltempo für Sozialpolitik gefordert werden, denn die Erfahrungen von heute hätten den Weg für morgen zu bestimmen, doch der jetzige Zustand sei in Anbetracht der dringenden Bedürfnisse auf sozialpolitischem Gebiete ein außerordentlich besorgniserregendes. Das einzige Produkt der letzten drei Jahre auf sozialem Gebiete sei die kleine Verordnung, die mit der Einführung des sogenannten kleinen Befähigungsnachweises (Gesetz vom 30. Mai 1908) gebracht sei. Neben der Reichsgesetzgebung hätten auch die Landesgesetzgebungen auf diesem Gebiete verfügt. Wohl lägen zurzeit einige Entwürfe vor, doch zeige sich bei ihnen auch wohl nur mehr der gute Wille als die Tat. Redner geht mit einigen Worten der Kritik auf einige dieser Entwürfe ein und fordert vom Verbandsrat der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte die Befolgung des Rats: „Nun erst recht Sozialpolitik!“

Alsdann sprach Rechtsanwalt Dr. Baum-Berlin über:

„Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage“.

Er führt hierzu aus, daß die Wissenschaft des Arbeitsvertrages zwar noch neu sei, sich aber so außerordentlich schnell entwickelt habe, wie kein anderer Zweig der Jurisprudenz. Circa 800 Werke sind bereits erschienen, so daß es fast den Anschein habe, als ob des Guten etwas zu viel getan werde. Selbsthaft zu bedauern sei es, daß die akademischen Lehrer sich so spät mit der Materie befaßt hätten. Lange Zeit sei Professor Lotmar der einzige gewesen, in neuerer Zeit hätten sich einige andere hinzugesellt. Obwohl der Referent dem ungeheuren Fleiß und juristischen Scharfsinn von Professor Lotmar Anerkennung zollt, glaubt er doch, daß Lotmar nicht immer genau die Grenze zwischen der Darstellung des Rechts und seinem politischen Standpunkt zu halten vermöge. Redner betont, daß die gesamte Literatur es anerkennt, daß die Fortentwicklung auf sozialem Gebiete wesentlich ein Verdienst der Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und des Verbandes sei, er fordert weitere Beharrlichkeit in dem Drange nach Fortschritt und weist namentlich auf den beschämenden Zustand hin, der durch die Bestimmungen des § 153 der Reichsgewerbeordnung gegeben ist. — Auch an dieses Referat knüpft sich eine Diskussion nicht an.

Es spricht nunmehr Magistratsrat Böbling, Berlin über: „Vertretung vor dem Einigungsamt“.

Der Referent stellt folgende Thesen auf: 1. Das Einigungsamt soll nach Möglichkeit auf für die Rechtsverbindlichkeit der abzugebenden Erklärungen ausreichende, von nachträglicher Genehmigung unabhängige Vollmachten, erforderlichenfalls auf die Erweiterung der Verhandlungsvollmacht im Laufe des Verfahrens setzen. 2. Die Vorstände und Beamten von Berufsvereinen sind als Vertreter dieser und anderer Beteiligten vor dem Einigungsamt zuzulassen. 3. Die durch Mehrheitsbeschluß in einer Versammlung der Beteiligten bestellten Vertreter gelten auch als Vertreter der anwesenden Minderheit, so weit sie nicht sogleich in berechtigter Weise gegen den Beschluß Einspruch einlegt. Die Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung muß vorher öffentlich bekanntgegeben sein. 4. Eine Vollmacht zum Abschluß eines Tarifvertrages berechtigt zur Eingehung aller aus einem solchen Vertrage sich ergebenden Verpflichtungen. 5. § 31 des Gewerbevertragesgesetzes findet auf die Vertretung vor dem Einigungsamt keine Anwendung. 6. Die Prüfung der Legitimation der Vertreter vor dem Einigungsamt ist nötigenfalls durch die Gesetzgebung einem besonderen Beamten zu übertragen, der sich geeignetenfalls durch Teilnahme an den Versammlungen der Beteiligten über die Ordnungsmäßigkeit der Bestellung der Vertreter zu unterrichten hat. — Das Referat des Redners erregte sich lediglich auf die Begründung dieser Thesen. Auch dieser Punkt der Tagesordnung wird ohne Diskussion erledigt.

Lebhaftes Interesse zeigte sich dagegen bei dem nachfolgenden Referat des Magistratsrats Dr. v. Schulz, Berlin über:

„Angliederung der Schlichtungskommissionen an die Einigungsämter.“ Redner führt hierzu aus, daß die Schlichtungskommissionen ihre Aufgabe, einigend zu wirken, in bester Weise erfüllen. Vorbildlich habe hier der Bauarbeiterverband gewirkt. Redner geht dann auf das Wesen der Tarifverträge, auf die Einrichtung der Tarifämter und Schlichtungskommissionen ein. Verlangt wird zur besseren Information, Fortbildung und Ueberwachung von Tarifverträgen, daß die Arbeiten des unparteiischen Vorsitzenden besonderen Bureaubeamten übertragen werden, was eine Anerkennung der Richtigkeit solcher Kommissionen durch die gesetzgebenden Körperschaften im Gefolge haben müsse. Bedeutsam erscheint die Forderung, daß ein solches von der oberen Verwaltungsbehörde einzusetzendes Tarifamt auch die Befugnis haben soll, bei wesentlicher Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse oder der Marktlage einen Tarif auch vor Ablauf seiner Kraft zu setzen.

Cohen-Werlin führt Beschwerde darüber, daß das Berliner Gewerbegericht, dem Herr v. Schulz vorsteht, unter Vorbehalt des Magistratsrats Dr. Wert entschieden habe, daß Vertreter von Arbeiterorganisationen, die nicht mehr im Verufe tätig sind, nicht Sit und Stimme in den Schlichtungskommissionen haben können, während nach Ansicht des Redners gerade diejenigen Arbeiter, die nicht mehr im Verufe tätig sind, die geeigneten Vertreter seien. Cohen meint, Theorie und Praxis ständen hier in Widerspruch. — Gewerkschaftssekretär Köster-Werlin begründet seine Anfrage, ob auch Widersprüche in einem Betriebe allgemein gültige Tarife abschließen können, im verneinenden Sinne mit der Begründung, daß ein solches Verfahren das Wesen der Tarife der Lächerlichkeit übergeben würde. — Gewerkschaftssekretär Grösel greift Abreden entgegen mit dem Einwande, daß, so lange außerhalb des Arbeitsvertrages liegende Gründe die Arbeiter auch in verschiedene Organisationen trenne, so lange dürfe man deren Bewegungsfreiheit durch Majoritätsbeschlüsse nicht einschränken. — Köster und Paepelow-Hamburg führen demgegenüber aus, daß es sich darum handelt, daß solche Minderheitsstarke nicht die offizielle Anerkennung bekommen. — Magistratsrat Böbling suadet die von Cohen erwähnte Beschwerde auf Rißerständnisse zurückzuführen.

Stadttrat Dr. Feisch, Frankfurt a. M. stellt fest, daß man sich in der Hauptsache einig sei. Er singt dann ein etwas schön gefärbtes Loblied auf die Tätigkeit der Gewerbegerichte und spricht sich gegen den Gesetzentwurf über Arbeitskammern aus, indem er befürchtet, daß man das, was die jetzigen Instanzen Gutes geschaffen, durch die Zusammenlegung der beiden Gebiete wieder verderben werde. Der Entwurf schwäche die Aktionsfähigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte erheblich ab. Die Funktionen, welche man den Arbeitskammern zugelegt, könnten von den Gewerbegerichten versehen werden. Redner spricht sein Bedauern darüber aus, daß von den gutachtlichen Äußerungen der Gewerbegerichte, die eine ungeheure Summe von Sachkenntnis und Autorität in sich vereinigen, so wenig Gebrauch gemacht werde; er räumt dann noch die vorbildlichen Einrichtungen der von Professor Abbe geschaffenen Karl Feisch-Stiftung und fordert als „Parole der Zukunft“ ein Zusammengehen der fortgeschrittenen Unternehmer mit den Arbeitern gegen Reaktion und Rückschritt.

Oberbürgermeister Cuno-Jagen gibt dann ein Resümee von den gepflogenen Verhandlungen, aus denen bemerkenswert ist, daß er betont, man solle Professor Abbe nicht als den „Wohltäter“ seiner Arbeiter hinstellen, das habe dieser nicht sein wollen, sondern er habe den Arbeitern ihr soziales Recht gegeben. Das Beispiel müsse für die künftige Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses vorbildlich sein, Professor Abbe habe die Kühnheit der Idee zum erstenmal in die Praxis umgesetzt. Es folgen dann noch die Wahlen des Ausschusses, in den die bisher als Vertreter der Arbeiter Paul Starke-Dresden delegiert wird.

Aus Industrie und Handel.

Westfälische und schlesische Kohle.

Die Preispolitik des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels trägt nicht unwesentlich dazu bei, daß die Absatzverhältnisse sich für die Syndikatszeden in Rheinland-Westfalen zusehends ungünstiger gestalten als für die Zeden in anderen Fördergebieten, namentlich in Oberschlesien. Für die Syndikatszeden geht der Absatz merklich zurück. Um aber die Preise zu halten, muß die Förderung eingeschränkt werden. Und wenn auch die Förderung auf ein Minimum sinken würde, in einer absoluten Abnahme der Kohlenmengen äußert, sondern bei den gestiegenen Beteiligungsquoten auch bei starker Einschränkung sich noch immer eine Zunahme der Förderung im Vergleich zu 1907 ergibt, so bleibt doch nicht zu verkennen, daß die Förderung der nicht zum rheinisch-westfälischen Kohlenhandels gehörigen Zeden sich im laufenden Jahre günstiger gestaltet als die der Syndikatszeden. Es betrug nämlich in den Monaten Januar bis Juli die Förderung in Tonnen:

	1907	1908	Zunahme in Proz.
bei den Syndikatszeden	45 801 672	47 725 730	4,0
bei anderen Kohlenzeden	86 466 208	88 181 117	4,7

Die Syndikatszeden müßten danach mit ihrer Förderung etwas mehr zurückhalten, als die übrigen, besonders aber die schlesischen Kohlenzeden. Es ist sogar anzunehmen, daß sich das Verhältnis noch weiter zu Ungunsten der Syndikatszeden verschleift, während der Absatz in Oberschlesien nach wie vor befriedigend bleibt. Im Juli speziell wurden im Obergerichtsbezirk Breslau Steinkohle und Braunkohle zusammen um 6,8 Proz. mehr gefördert als 1907, während in Dortmund die Förderung im Juli nur um 2,8 Proz. größer war. Im Jnlande ist die Nachfrage der schlesischen Eisenindustrie nach wie vor lebhaft geblieben. Hat doch die Kohleenerzeugung im laufenden Jahre gerade in Oberschlesien noch eine kleine Steigerung zu verzeichnen. Aber vom Jnlande abgesehen, hat sich auch der Absatz der ober-schlesischen Kohlenzeden ins Ausland günstig entwickelt. Der Teil der deutschen Kohlenausfuhr, der nach Oesterreich-Ungarn geht, wird zum größten Teil von Oesterreich geliefert. Oesterreich-Ungarn hat sich aber im laufenden Jahre noch als äußerst aufnahmefähig erwiesen. Es betrug nämlich die Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn in den ersten sieben Monaten in Tonnen bei:

	1907	1908
Steinkohlen	4 761 218	5 090 483
Koks	410 433	574 554
Brechkohlen	28 888	106 510

Die Steinkohlenausfuhr allein ist um mehr als 6 Proz. gestiegen; bei Koks betrug die Exportsteigerung sogar beinahe 40 Proz. und die Brechkohlenausfuhr hat sich gegenüber 1907 fast verdreifacht.

Zur Krise.

Eine soeben aufgenommene Statistik der Posener Maurer ergibt folgendes Bild: Es waren beschäftigt in der Stadt Posen 1904: 1377 Maurer, 75 Poliere und 301 Lehrlinge bei 71 Unternehmern; 1906: 947 Maurer, 103 Poliere, 393 Lehrlinge bei 83 Unternehmern; 1908: 1191 Maurer, 91 Poliere, 292 Lehrlinge bei 107 Unternehmern; 1907: 1119 Maurer, 78 Poliere, 289 Lehrlinge bei 65 Unternehmern; 1908: 601 Maurer, 55 Poliere, 162 Lehrlinge bei 37 Unternehmern. Die unverhältnismäßig niedrigen Zahlen aller vier Kategorien in diesem Jahre zeigen mit unheimlicher Deutlichkeit die Etappe der Krise und ergeben ein Bild, von welchem die Arbeiter lernen können.

Gerichts-Zeitung.

Bestrafte Nichtbefolgung der Aufforderung eines Straßenbahn-Schaffners.

Das Straßenbahnwesen Berlins betrifft die Polizeiverordnung vom 8. Dezember 1906, welche in ihrem § 10 bestimmt: „Die Fahrgäste haben die zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Fahrdienst erforderlichen Anordnungen der Bahnbediensteten zu befolgen und auf Erfordern den Wagen sofort oder bei der nächsten Haltestelle zu verlassen.“ Diese Bestimmung sollte der Arzt Dr. Vestien übertreten haben. Er benutzte in der Nacht vom 20. Oktober 1907 einen Wagen der Linie 67. Diese endet an sich in Wilhelmstraße. Nur der letzte Wagen fährt darüber hinaus bis zum Straßenbahnhof in Steglitz. Am den letzten Wagen handelte es sich hier. Der Angeklagte, der einen Fahrchein für 10 Pf. hatte, wollte über Wilhelmstraße hinaus fahren, was der Schaffner zu verhindern trachtete. Der Arzt erklärte sofort mitzufahren, wie es ihm passe, worauf der Schaffner erwiderte, daß er dann einen neuen Fahrchein lösen müsse. Nach den gerichtlichen Feststellungen forderte der Schaffner ihn vergeblich auf, abzusteigen, und ließ erkennen, daß er seiner Instruktion gemäß handle. — Das Landgericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe und führte aus: Fahrplanmäßig sei die Fahrt in Wilhelmstraße zu Ende. Es könne ausfallen, wie die Frage zivilrechtlich zu behandeln wäre. Die Ordnung im Fahrdienst würde untergraben, wenn dem Schaffner, der in Ausübung seiner Instruktion handelte, Widerstand entgegengekehrt werden dürfte. Die Weisung, den Wagen zu verlassen, sei zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Fahrdienst ergangen. Sie hätte befolgt werden müssen.

Der Angeklagte legte Revision ein und suchte die Gültigkeit der angewandten Bestimmung an und machte ferner geltend, daß die Ordnung des Verkehrs nicht gefährdet worden sei, wenn er noch länger im Wagen saß und über Wilhelmstraße hinausfuhr. Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision mit folgender Begründung: Die Polizeiverordnung sei rechtmäßig. Sie finde ihre Stütze im § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts und im § 6b des Polizeiverwaltungsgesetzes, denn sie habe zum Zweck die Aufrechterhaltung der Ordnung im öffentlichen Verkehr. Die Vorschrift sei auch richtig angewendet worden. Es könne nicht darauf ankommen, ob die Aufforderung des Schaffners objektiv erforderlich war, um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Es komme lediglich darauf an, ob der Beamte glaubte, seine Aufforderung sei notwendig zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung. Demgegenüber sei es gleichgültig, ob etwa der Angeklagte einen zivilrechtlichen Anspruch auf Weiterbeförderung hatte und ob der Tarif der Straßenbahn Gültigkeit besaß oder nicht. Die Verurteilung sei gerechtfertigt.

Wieder ein Kautionschwindler.

Eine Spekulation auf die Spargroschen armer und geschäftsunkundiger Leute führte gestern den Kaufmann Verhold-Kenner unter der Anlage des verlustigen und vollendeten Betrages in 13 Fällen vor die 3. Ferienkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hat schon eine sehr ereignisreiche Vergangenheit hinter sich, die ihn zweimal mit dem Strafgesetz in Konflikt gebracht hatte. Nach Verbüßung einer dreimonatigen Strafe, die ihm wegen Kontursvergehen zudiktiert worden war, eröffnete er in der Romintener Straße ein Hypothekenvermittlungsgeschäft. Da er selbst völlig mittellos war, hoffte er sich die erforderlichen Mittel durch Geschäftseinnahmen zu verschaffen. Durch Ingerate und mit Hilfe von Stellenvermittlungsbüreaus suchte er Kaffierer und Geschäftsführer, die in der Lage waren, eine größere Kautions zu stellen. Es meldeten sich eine große Anzahl Personen, die in der Hoffnung, eine gutbezahlte Lebensstellung zu erlangen, gern ihre Ersparnisse hingaben. Der Angeklagte sprach bei den ersten Verhandlungen mit den Stellungsfindenden stets nur von einer Kautions. Als es dann zum Abschluß des Anstellungsvertrages in dem Bureau eines Rechtsanwalts kam, verstand es der Angeklagte in sehr geschickter Weise das Wort „Kautions“ mit „Geschäftseinnahme“ zu verwechseln, so daß sich hierdurch ein ganz anderes Rechtsverhältnis ergab. Schon nach einigen Tagen merkten die als Kaffierer

ober Geschäftsführer angestellten Personen, daß sie einem Schwindler zum Opfer gefallen waren, dem in der „Geschäftslasse“ befand sich nicht ein roter Pfennig, ebenso bestand die Tätigkeit der Geschäftsführer lediglich aus Adressenschriften. Durch dieses betrügerische Gebaren des Angeklagten gelang es ihm, in kurzer Zeit über 5000 Mark zu erschwindeln. Vor Gericht war Kemmer zum Teil geständig. — Das Gericht erkannte den Antrage des Staatsanwalts gemäß auf ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, da der Angeklagte in der gewissenlofen Weise arme Leute um ihre mühsam gemachten Ersparnisse gebracht habe.

Die Raube der Verlassenen.

Ein Mordmattentat führte gestern die 10jährige Arbeiterin Emma Grieger unter der Anklage der gefährlichen Körperverletzung vor die erste Strafkammer des Landgerichts I. — Vor etwa zwei Jahren lernte die damals noch nicht 17jährige Angeklagte den Arbeiter Lugest kennen. Zwischen ihnen entwickelte sich ein sehr intimes Liebesverhältnis, welches nicht ohne Folgen blieb. Als das Kind zur Welt kam, ließ L. die Angeklagte einfach sitzen, um sich an dem untreuen Vater ihres Kindes zu rächen, kaufte sich die Angeklagte eine Flasche Salpetersäure, mit der sie dem L. aufwartete und ihm eine größere Quantität der Säure in das Gesicht goß. Wegen dieses Mordattentats wurde die G. von dem Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen verurteilt. Trotz dieses Vorfalls trafen die beiden Leute wieder zusammen. Das bisherige intime Verhältnis währte wiederum längere Zeit, bis sich zum zweitenmal Folgen einstellten. Der Liebhaber nahm es auch jetzt mit seinen Vaterpflichten nicht sehr genau, sondern zog es vor, die Angeklagte mit ihrem Kinde zum zweitenmal sitzen zu lassen. Einmal dieses Jahres sah L. in einem Lokal in der Schönhauser Allee. Hier erschien die Angeklagte ganz unvermutet und legte ihrem Geliebten das laider eingewickelte Kind auf den Tisch. Zugleich zog sie eine Flasche mit Salpetersäure hervor und goß sie dem L. in das Gesicht. Nur dadurch, daß L. rasch den Kopf wegwendete, konnte er sein Augenlicht retten. Inzwischen erzeugte die ätzende Säure umfangreiche Verbrennungen. Vor Gericht war die Angeklagte vollst. geständig und erklärte, sie habe sich an ihrem Geliebten rächen wollen, weil sie erfahren habe, daß L. längst verheiratet war. Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis, der durch die erlittene Untersuchungshaft als verübt erachtet wurde.

Aufgehobenes Todesurteil.

Das Schwurgericht Erfurt hatte am 29. Juni die Arbeiterin Wally Liborius aus Erfurt zum Tode verurteilt, weil sie am 4. April ihren zweijährigen Sohn mit einem Lederrücken erwürgt und an das Fenstergitter gehängt hat und dann versuchte, sich mit Tefol zu vergiften. Die von der Angeklagten beim Reichsgericht eingelegte Revision hatte Erfolg. Die Sache wurde zur nochmaligen Verhandlung an das Schwurgericht zurückverwiesen.

Aus der Frauenbewegung.

„Mutterglück“.

In die Tiefe des sozialen Elends leuchten die Fragebogen, die der Bund für Mutterglück hat ausfüllen lassen. Aus den starren Zahlen, die sich da anreihen, spricht namenloses Weh und Unglück. Treffender können die Schäden der heutigen Gesellschaftsordnung gar nicht illustriert werden, als durch diese sozialen Zusammenhänge. Aus dem Jahresbericht des Bundes für Mutterglück ergibt sich, daß in 457 Fällen eingegriffen wurde. Interessant ist, daß neben 404 Müttern der evangelischen und 51 der katholischen Religion nur zwei jüdischen Glaubens in Betracht kommen. 28 Frauen, die die Hilfe des Bundes in Anspruch nahmen, mußten vor der Brutalität des Ehemannes flüchten. 53 Mädchen wurden schon im jugendlichen Alter von 15—19 Jahren Mutter. Unter den unehelichen Müttern waren die Dienstmädchen wieder am stärksten vertreten, 144 an der Zahl; 84 Stützen, Krankenschwestern, 98 Handlungsgeschäftlichen, Telephonistinnen, 78 Heimarbeiterrinnen, Schneiderinnen, 84 Arbeiterinnen, 4 Schauspielerinnen, 9 Lehrerinnen, 9 Obdachlose, 1 Prostituierte, 1 Geistesranke.

Der Bericht teilt mit, daß die Mütter fast durchweg die letzten Monate vor der Entbindung stillungslos waren. 20—25 Mark Kostgeld konnten sie, auch wenn sie wieder arbeiten, kaum erschwingen; kommt doch auch noch die nötige Wäsche und Kleidung in Betracht. Immerhin weigerten sich noch einige von diesen Unglücklichen, den Vater ihres Kindes, der zur Heirat geneigt war, zu ehelichen, da sie sich an dessen Seite nichts Gutes versprachen.

Nur zwei Kinder konnte der Verein von 4—500 in Familien an Kindesstat. unterbringen. Die Väter gehören fast allen Kreisen an, kaum die Hälfte konnte aber ermittelt werden. Um den Vater zu schonen, weigerten sich einige Mütter, dessen Namen preiszugeben. Von den Vätern war einer 17 und ein anderer 62 Jahre alt.

Das sind ergreifende Bilder und hier entziehen Fragen, die auch der Bund für Mutterglück, so lobenswert und segensreich seine Arbeit ist, in der heutigen Gesellschaft nimmermehr lösen kann.

Theater.

Sonntag, den 29. August.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Die Lamme im Wald.
Neues Königl. Operntheater. Lucia de Lammermoor. Deutsches. Ein Sommernachts-traum.
Kammerspiele. Frühlings Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Salome. Festzug. Der Hund der Sabine- rinnen.
Neues. Der Dieb.
Neues Schauspielhaus. Die Dollardprinzessin.
Kleines. D.X. = 5.
Komische Oper. Der Jenseits.
Residenz. Der Floh im Ohr.
Zustimmung. Die blaue Maus.
Orion. Die kleine Soliste — meine Frau.
Deutsches. Ein Walztraum.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Oberon.
Schiller Charlottenburg. Die Philister. Die Lore.
Hebbel. Frau Warrens Gewerbe.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Geschlossen.
Luisen. Staatsanwalt Alexander.
Talia. Das Ritternächtsmärchen.
Gerhard Rose. Das Geheimnis von New York.
Metropol. Das muß man sein.
Apollo. Vera Violetta. Spe- zialitäten.

Gebäude Heerenfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachleben.
Passage. Spezialitäten.
Jules-Caprice. Die lustige Witwe. Die Brautjungfer.
Berliner Prater. Die Welt ein Paradies. (Anf. 7 Uhr.)
Carl Haderland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Die Gold- denprinzessin. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Valhalla. Spezialitäten.
Urania. Tandemstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sternwarte. Juvaldenstr. 57/52.

Hebbel-Theater.
Königsgraben Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten v. Bernard Shaw.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:

Der Floh im Ohr.
Schwank in 3 Akten von G. Hebbel.
Deutsch von Wolf Jacoby.
Morgen und folgende Tage: Der Floh im Ohr.

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213,8
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12^{1/2} Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12^{1/2} Uhr mittags hochinteressante Raubtierdressur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachsene u. 25 Pf. L. Kinder.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.
Ziegel. Montag, den 31. August, abends 8^{1/2} Uhr, pünktlich, Pese- abend unter Leitung des Genossen Heing. Aufnahmen neuer Mitglieder. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Verfammlungen.

Die Filiale Berlin I des Steinmetzerverbandes hielt am 27. August im Gesellschaftshaus der Musiker eine gutbesuchte Mit- gliederversammlung ab, in der zunächst über den Gewerk- schaftskongress in Hamburg berichtet wurde. Das meiste Interesse erregte dabei die Reisefrage. Der Referent Gene erklärte, daß er gegen die bekannten Abmachungen gestimmt habe, weil seiner Meinung nach die Aufbringung der Unterstützungsmittel für die Reiseausgaben nicht den Ortsorganisationen allein über- lassen werden dürfe, sondern vielmehr die Zentralkassen dazu herangezogen werden müßten. Er, Redner, habe auf dem Ge- werkschaftskongress auch die Ueberzeugung gewonnen, daß die Ver- treter der großen Organisationen der Reise zur allzu apfahst gegen- überständen, was allerdings auch darauf zurückzuführen sei, daß sie eine größere Verantwortung für die Reisekosten überneh- men. In der Diskussion war die Ansicht vorherrschend, daß eine bessere Regelung der Unter- stützungsfälle notwendig sei. Ein Redner erklärte, daß er kein Freund der Reise sei, und daß die Opfer, die sie erfordere, ihrem Nutzen nicht entsprache, was jedoch starken Widerspruch her- vorrief. Jergendwelche Beschlüsse wurden über diese Frage nicht gefaßt.

Es wurde sodann das Ergebnis der Berufsstatistik be- kanntgegeben, die sich auf die Zeit eines Jahres, nämlich vom 1. Juli 1907 bis zum 30. Juni 1908 erstreckt. Daran beteiligten sich 401 Steinmetzen, das sind 75,7 Proz. der Mitglieder der Filiale. Ihr Jahresverdienst betrug im Durchschnitt 1802,30 M., wogegen bei der Statistik im vorigen Jahre, an der sich übrigens nur 358 Mitglieder beteiligten, ein Durchschnittsverdienst von 1071,48 M. festgestellt wurde. 261 der Beteiligten arbeiteten für Zeitlohn, 122 teils für Zeitlohn, teils für Akkordlohn und 18 nur für Akkordlohn. 163 erreichten den ermittelten Durchschnittsver- dienst nicht; 600—700 M. verdienten 3, bis 800 M. ebenfalls 3, bis 900 M. 2, bis 1000 M. 10, bis 1200 M. 14, bis 1300 M. 11, bis 1500 M. 45, bis 1700 M. 44, bis 1800 M. 81, bis 1900 M. 33, bis 2000 M. 40 und über 2000 M. 49. Das Durchschnittsalter der Beteiligten war 33 Jahre 8 Monate und 3/4 Tage; über 60 Jahre waren nur 2 alt. Krank im Laufe des Berichtsjahres 129 in 160 Fällen, und zwar im ganzen 4687 Tage. 45 der Erkrankten hatten Hals- oder Lungenleiden, 17 Rheumatismus, 27 hatten Unfälle erlitten. Todesfälle wurden 9 ermittelt, und in 8 Fällen war die Berufskrankheit, Lungenschwindsucht, die Todes- ursache. Die Arbeitslosigkeit war nicht ganz so groß wie im vorigen Berichtsjahre. Sie erstreckte sich auf 327 der Beteiligten, 1010 Fälle und 15 856 Tage, wogegen nach der vorigen Statistik 328 Arbeits- lose, 1450 Fälle und 18 949 Tage der Arbeitslosigkeit gezählt wurden. Für einen Teil der Steinmetzen war die Arbeitslosigkeit außer- ordentlich langwierig. Sie dauerte für 55 13—28 Wochen und für 11 sogar über 26 Wochen.

Neben der allgemeinen Jahresstatistik sind besondere Er- hebungen über die Arbeits- und Organisations- verhältnisse der Steinmetzen Berlins veranstaltet worden. Diese Kontrolle umfaßt 19 Bau- und 24 Grabsteingeschäfte, die 393 Steinmetzen auf 132 Arbeitsstätten beschäftigten. In der Bau- branche waren 98 Proz. für Zeitlohn tätig, und zwar erhielten 80 Proz. den Minimallohn (85 Pf.), 10,5 Proz. höherer, und 0,5 Prozent niedrigeren Lohn. 2 Proz. arbeiteten auf den Werkplätzen in Akkord. In der Grabsteinbranche ist das Akkordsystem vor- herrschend. Im Bereich der Kontrolle wurden 39 unorganisierte Steinmetzen gezählt, also 10 Proz. der an den Erhebungen beteiligten. Die Filiale hat übrigens 599 Mitglieder. Die Kontrolle ergab ferner, daß 184 der Beteiligten Abonnenten des „Vorwärts“ waren, was durch Vorgeigung der Abonnementquittungen fest- gestellt wurde, und daß 135 auch Wahlvereinsmitglieder waren. — Im allgemeinen zeigen die Erhebungen, daß die Steinmetzen alle Ursache haben, in ihrem Streben für weitere Aufklärung und Stärkung der Organisation zu sorgen, was auch im Anschluß an dem Bericht über die Kontrolle vom Vorsitzenden Binkler hervor- gehoben wurde.

Der folgende Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zu den Arbeitsverhältnissen in den Kunststein- betrieben, wurde eifrig diskutiert, kam jedoch der vorgeschrit- tenen Zeit wegen nicht zur Erledigung und wurde auf die nächste Versammlung verlagert.

Essentielle Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Ver- nutzung für jedermann. SW., Alexanderstr. 23. Geöffnet täglich von 5^{1/2}—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitschriften und Reichsblätter jeder Art und Richtung aus. — Die Ausleihe-Bibliothek ist bis auf weiteres geschlossen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 30. August, vormittags 9 Uhr, in der Halle der Gemeinde, Pappalallee 15—17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 10^{1/2} Uhr in der Schulaula, Kleine Franzfurter Str. 6: Vortrag von Franzlein Ida Altmann über: „Glauben, Wunderglauben, Aberglauben“. Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter Hamburg. (G. d. B.) Filiale Baumhüttenweg. Heute, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokal von Käding, Baumhüttenstraße 67: Mitgliederversammlung.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Ursowalde-Friedeberg. Sonntag, den 30. August, abends 6 Uhr, bei Kamm, Küster Straße 79: Mitgliederversammlung. Die Delegierten des Kreises zur Provinzialkonferenz sind anzufordern.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstags- wahlkreis Jülichau-Schwiebus-Krossen-Zommerfeld (Wahlverein Berlin). Sonnabend, den 29. d. M., abends 8^{1/2} Uhr bei Hofmann, Köpen- straße 47: Versammlung. Die Kreisdelegierten zur Provinzialkonferenz werden anwesend sein.

Berliner Jugendorganisation (Abteilung Steglitz). Heute, abends 8 Uhr, bei Käpfer, Marksteinstraße 1: Versammlung. Vortrag. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Weltgeschichte. Lieferung 18—27. Herausgegeben von Professor Dr. J. v. Mühl-Gartung. Lieferung 60 Pf. Verlag: Ullstein u. Co., Berlin SW. 68.

Das Staats- und gemeindeteuerpflichtige Einkommen der Ar- beiter. Von R. Kühne, 80 Pf. Verlag: A. Harmsch Wagf., Berlin SW. 48.

Geschäftsbericht des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Verwaltungs- stelle August 1907. 40 Seiten. Selbstverlag.

Das Pflanzbuch Nr. 35. Herausgeber D. J. Eigenstein. 30 Pf. Verlag: H. Ebel, Berlin W. 30.

Die freie Energie als Grundgesetz der Natur. Von G. Hartmann. 2,20 M. Selbstverlag.

Die christlichen Gewerkschaften. 40 Pf. — **Arbeitgeberverbände.** 30 Pf. — Verlag: Weltdeutsche Arbeiterzeitung, W. Glatthaar.

Protokoll der 6. Generalversammlung des Verbandes Deutscher Buch- drucker 1908. 223 Seiten. Selbstverlag.

Wiener Sittenstudien. Romane und Skizzen von C. B. Jellak. Geb. 3 M. — **Wenn es Licht wird.** Romane von Lulla Grün. Sarasin-Bellevue. 3 M. — Verlag: C. Koenig, Wien I. Opernring 3.

Reclam's Liederbuch. Heft 48. 30 Pf. Verlag: G. Reclam in Leipzig.

Der Weg zum Heil. Von L. Schwarz. 1,25 M. Verlag: A. Veih u. Sohn, Bielefeld.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde Andre Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, ~~an~~ ~~Fach~~ ~~408~~ wochentäglich abends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr. Geöffnet 7 Uhr Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezeichnung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Wid zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

H. W. 3. Ja. — S. G. 100. 1. Wenn Sie eine solche Laufbahn einschlagen wollen, erkundigen Sie sich an den maßgebenden Stellen. 2. Reichel u. Co. Berlin, Dönhofs- 2. — **S. S. 20.** Sie bewegen sich. Nach neueren Forschungen gibt es nichts Feststehendes im Weltanraum.

Antifischer Marktbericht der hiesigen Marktflagen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktlagen: **Marktflage:** Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft flau, Preise unverändert. **Wid:** Zufuhr sehr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise anziehend. **Geflügel:** Zufuhr reichlich, Geschäft ziemlich rege, Preise wenig verändert. **Fische:** Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise gedrückt. **Butter und Käse:** Geschäft lebhaft, Preise unverändert. **Gewürze, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr reichlich, Geschäft flau, Preise gedrückt.

Witterungsübericht vom 28. August 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Niveau 1100 m)	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Temp. u. d. Temp. u. d. Temp. u. d.	Stationen	Barometer (Niveau 1100 m)	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Temp. u. d. Temp. u. d. Temp. u. d.
Schwetzingen	755	SW	2	wolkig	17	Saparanda	743	NRD	2	bedeckt	11
Darmstadt	754	SW	4	bedeckt	14	Bretersburg	751	SW	2	Regen	12
Berlin	756	SW	2	bedeckt	16	Esslitz	751	SW	4	bedeckt	15
Franzbrunn	757	SW	4	bedeckt	16	Aberdeen	741	SW	3	wolkig	12
München	759	S	4	wolkig	17	Paris	758	SW	3	bedeckt	14
Wien	761	SW	1	halbd. kl.	18						

Weiterprognose für Sonnabend, den 29. August 1908.
Sommerabend demüßigt mit Regenschauern und mäßigen nördlichen Winder. Temperatur wenig verändert.

Waterlands-Nachrichten
Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Waterland	am 27. 8.	leit 28. 8.	Waterland	am 27. 8.	leit 28. 8.
Remel, Tuff	102	+4	Saale, Großh.	133	-11
Bregel, Jüterburg	-14	+1	Havel, Spandau	52	+4
Bereg, Thon	106	-12	Rathenow	30	0
Oder, Rathenow	138	-23	Spree, Spremberg	66	0
Strohm	110	+4	Beeskow	83	+1
Krausnitz	113	-2	Bären	-2	-23
Wartbe, Schirmin	48	+2	Röhren	18	+4
Landberg	16	-2	Rhein, Mühlentau	360	-4
Rege, Sordamm	-15	-3	Kauz	200	-5
Eide, Zeitmerz	-41	-5	Röln	232	+1
Dresden	-150	+24	Redar, Heildorn	54	-4
Borb	72	+6	Maln, Wertheim	109	+14
Magdeburg	84	+1	Rosel, Trier	49	-12

+) + bedeutet Wind, - Fall, -) Unterpegel.

Schiller-Theater.

(Ballner-Theater.) Moritz-Oper. Sonnabend, abends 8 Uhr: Populäre Vorstellung d. halb. Preisen zum letztmal:
Oberon, König der Elfen. Sonntag, nachm. 3 Uhr, bei halben Preisen zum letztmal:
Undine. Sonntag, abends 8 Uhr: Zum letztmal: **Die Jüdin.** Montag, abends 8 Uhr letzte Opernvorst. d. halben Preisen: **Fidelio.**
Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, abends 8 Uhr: Lustspiel in 3 Akten v. Joh. Stegand. Hierauf: **Die Lore.** Komödie in 1 Akt v. O. G. Hartleben.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Maria Stuart.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Hans Hucklebain.** Montag, abends 8 Uhr: **Ein Fallissement.**

Castan's Panoptikum
Friedrichstraße 165
(Ecke Behrenstraße)
Psehhorrpalast.
Ohne Extra-Entree!
Letzter Sonntag:
GOLDINI
Vom 1. September ab
ohne Extra-Entree:
Im Reiche der Zwerge!

Casino-Theater
Lothringner Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Familie August Knoche.
Berliner Gesangsfolge in 3 Akten. August Knoche: Dr. Hans Berg. Vorher d. glänzende Erstlingsopere.

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rustikana und die unheimliche Bursche „Berlin steht Kopf“. Anfang Sonnt. 8. Wochent. 8^{1/2} Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 49/49.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich nachm. 5 Uhr:
Gr.Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— die Hälfte. —

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Ein Walztraum.
Operette von Oskar Strauß.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Steis neues Programm.
Gr. Elite-Soireen
Emauer vlv. und Tanzfränzchen.
Sonntags Beginn 5, wochent. 8 Uhr.
Morgen: Hoffm. Nord. Sänge. Tanz.

Reichshallen-Theater
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anf. Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese
aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
BELLINI
der König aller Gedankenleser
mit seinen noch nie gesehenen,
aus Unglaubliche grenzenden
Gedankenübertragungen
Das großartige August-Programm!
Grote Gallus, Fritz Steidl usw. usw.

Metropol-Theater
Zum 346. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Die Attraktions-
Novitäten.

9 1/4
Vera Violetta.
Soubrette-Operette von Ed. Choler.
10 1/4: **Grat Zeppelin** auf seiner
großen Fahrt.
Ab 7 1/4 Uhr: Konzert im Theatergarten.

WINTERGARTEN
**Eröffnungs-
Programm.**
The Zancigs — Joseph Josephi, Sänger
— Ephraim Thompson, dressierte
Elephanten — Okabe, Japaner-
Truppe — Die 5 Mowatts, Keulen-
Jongleure — Die 12 Tiller-Girls,
engl. Genanges- u. Tanztruppe —
Cornalla und Eddie, amerikanische
Exzentriks — Der Zukunftspreis,
Wettrennen m. lebenden Pferden.
Karl Hertz, Zauberkünstler.
Boyer de Lafory, französ. Sängerin.
Der Biograph.

Folies-Caprice
Linienstr. 132, a. d. Friedrichstr.
Heute 8 Uhr:
Premiere
Die lästige Witwe
Vorher:
Die Brautschau
und bunter Tell.
Vorverkauf von 11-2 Uhr
an der Theaterkasse.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.
Große Benefizdarstellung zum Besten
der Hauskinder:
Der Fluch des Goldes.
Erstklassige Spezialitäten.
The Heros Kurt Ellys
Paul Coradini, Mr. King and Miss Cooke
Bügler 8 wilde Königslöwen.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

**Gebrüder
Herrnsfeld-
Theater.** Vorverk.
8 Uhr. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57

**Das kommt
davon!**
mit dem Vorspiel:
**Es lebe das
Nachtleben.**
Komödie in 3 Akten von Anton
und Donat Herrnsfeld.

Gewerkerschaftshaus, Engelufer 15.
Sonntag, den 6. September, abends 7 1/2 Uhr:
Kunst-Abend.
Leitung: **Margarete Walkotte.**
Mitwirkende: Margherita Simonetti, Koloratur-Sängerin. —
Fr. Rossi, Violin-Virtuosin aus Rom. — Margarete Walkotte. —
Herr Bruno Tuerschmann, Vortragsmeister am Hebbel-Theater.
Am Flügel: Herr Bernhard Nitzsche. — Herr Otto Wiemer,
Rezitator ostpreussischer Dialektgedichten.
Nachdem: **Tanz.**
Entree 50 Pf. Abendkasse 60 Pf.
Vorverkauf bei Herrn Horsch, Zigarrenhandlung, Engelufer 15.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Geschlossen.
Sonntag, den 30. August, abends
8 Uhr, zum Besten der Abgebrannten
in Denkmälerdingen: **Die Diebin-
Gründung d. Winter-Saison 1. Sept.:**
Edmont.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Das Geheimnis v. New York
Anf. 8 Uhr. Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne:
Benefiz für **Karl Braun.**
Theaterauff. Spezialitäten.
Anfang 4 1/2 Uhr

**Diez' Spezialitäten-
Theater**
Landsberger Allee 76/79,
direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach
allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Ob Regen!
Täglich:
Das neue und beste
Programm Berlins.
Anf. 3 Uhr. Entree Wochen 20,
Sonntags 30 Pf.
Täglich:
Volkbelustigungen aller Art.

**Schweizer
Garten.**
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung,
Spezialitäten und Ball.
Jeden Abend **Berliner Leben.**
10 Uhr:
Volkst. mit Gesang in 3 Bildern.
Jeden **Kinderfreundfest.**
Wittmoos:
Volkbelustigungen. Kinematograph.
Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist Saal u. Garten
an Vereine zu Festlichkeiten zu
vergeben.

**Walhalla-
Varieté-Theater**
Weinbergweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Nur noch wenige Tage!
Das große August-Programm.

Gstbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
**Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.**

Joseph Frankes Festsäle
Badstraße 19. Fernsprecher: Amt III 4944.
Empfehle meine täglich neu umgebauten Festsäle, 150-1000 Personen
fassend, zu Vereinsfestlichkeiten und Versammlungen. 12305*
Sonnabende im September und Oktober noch frei.

Wo? machen wir am Sonntag
unsern Ausflug? Nach
Pichelswerder zum
Alten Freund.
Empfehle auch diesen Sommer mein Lokal zu Land- u. Wasserpartien.

Ab Michaelsbrücke
an der Michaelskirchstraße.
Heute Sonnabend: Letzte diesjährige **Mondscheinfahrt** mit
Musik nach **Müggelwerder** mit Rundfahrt auf dem Müggelsee. Da-
selbst: **Großer Ball.** Abf. 9 1/2 Uhr abends. Preis hin und zurück 50 Pf.
12735
Rederei G. Zachow. Tel. Amt IV, 5621.

Gänse! Gänse!
Gänsefleisch mit Keulen — Gänserücken ohne Keulen
sowie sämtliche Gänse-Artikel empfehle täglich frisch zu billigsten Tages-
preisen 152/2
Hermann Leibner, Berlin C., Klosterstr. 95,
Eckhaus Kaiser-Wilhelmstr. 11.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
**Berlin wie es weint
und lacht.**
Volkstück mit Ges. in 3 Akten
und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr.
Im Saale: **Täglich gr. Ball.**

Neue Welt
Hasenheide 108-114.
**Gr. Bayerisches
Kellerfest**
Heute:
**Große Extra-
Tanz-Reunion**
Morgen:
Letzter Tag.

**Max Kliems
Sommer-Theater.**
— Hasenheide 13-15. —
Kritische Leitung: Bernhard Lange.
Täglich: **Großes Konzert, Theater-
und Spezialitäten-Vorstellung.**
Wittmoos: **Kinderfest.**
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Fröbels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:

Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Königin Luise.
Vaterländisches Schauspiel in 4 Akten
mit lebendem Bild und Allegorie.
Anf. d. Konzerts 7, d. Vorstellung 8 Uhr.
Sonntag zum letztenmal: Angekündigt.

**Gustav
Behrens-
Theater.** Goltzstr. 9.
Neu! Neu! Neu!
Die Guldenprinzessin.
Operette.
Wiederauftritt von Gustav Behrens
und 10 erstklassige Spezialitäten.
Dunkes Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr

Unser neues Credit-System

Unsere Vorbereitungen sind getroffen.
Was wir bieten
wird das Tages-
gespräch bilden.

Beachten Sie unsere
Anzeige
in der morgigen
Ausgabe.

**KAUFHAUS
„UNIVERSUM“**
Julius Ittmann G. m. b. H.
Linkstrasse 2
Ecke Potsdamerstr.
Telephon Amt VI, 5483.
Gesetzl. gesch.

Anerkannt vorzüglichster Schuhputz.

Immalin

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Sonabend, den 29. August 1900:
**Großes Sommer-Fest mit
Sommernachts-Ball**
arrangiert vom
Verband der Vöttcher.
Konzert, Theater, Spezialitäten-
Vorstellung.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 35462*
**Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.**
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Greift zu!
den besten 38562
Monatsanzüge . . . v. 9.50 an
Abonnementsanzüge . . . 13.00
Wandelanzüge . . . 11.00
Partieanzüge . . . 12.00
Gehrockanzüge . . . 14.50
Anzüge, Erft. f. Maß . . . 20.50
Paletots . . . 9.50
Sofen . . . 2.00
Moldauer
Prinzenstraße 64, im Laden.
— Strahendenberggürtel.

Modernes Kaufhaus
für elegante
Herrn-Bekleidung
Fertig und nach Maß
eventl. auf Teilzahlung
Wochenrate v. 1 Mk. an
Barzahlung 10% Rabatt.
Kein Waren-Kreditkauf.
J. KURZBERG
Rosenthalerstrasse 40-41
(Hackescher Markt) und
An der Jannowitzbrücke 1, 1
Bahnhof Jannowitz-
Brücke.

**Paul Drenske Nachfolger
Otto Berlett**
Hutfabrik
Oranienstraße 172
empfeht sein großes Lager in 13853L*
Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.
Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse
des In- und Auslandes stets am Lager.
Reparaturen schnell, sauber und billig.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die Fortsetzung der letzten Generalversammlung findet am Sonntag, den 6. September, 12 Uhr mittags, in Kellers Festsaal (Inhaber Freyer), Köpenickerstraße 29, statt.

Die Delegiertenkarten gehen den Kreisen noch heute zu, die anderen Berechtigten erhalten die Karten direkt vom Verbandsbureau.

Da der Saal um 5 Uhr geräumt werden muß, bitten wir um pünktliches Erscheinen.

Der Aktionsauschuß.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalkasse. Die freiwillige Feuerwehr der Firma Steffens u. Rölle in Tempelhof feiert heute im Lokal von Kreideweiß dortselbst ihr Stiftungsfest.

In Johannisthal (L. B.) steht uns das Lokal „Neues Gesellschaftshaus“, Joh. Erdmann, Friedrichstr. 6, von jetzt ab zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Vorsigwalde-Wittenau. Am Montag, den 31. August, abends 8 Uhr, in den Vorsigwalder Festsaal: Dessenliche Versammlung.

Mahlsdorf a. d. Ost. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokale von Linke, Kolonie Grunowstraße, die Versammlung des Wahlvereins statt.

Schenkendorf. Der sozialdemokratische Wahlverein veranstaltet am Sonntag, den 30. August, im Lokale des Herrn Poetsch und im Freien ein Volksfest unter Mitwirkung der „Freien Sänger“ von Königs-Wusterhausen (M. d. S.-W.) und der „Freien Turnerschaft“ von Schenkendorf.

Kowaves. Am morgigen Sonntag findet das Einkassieren der Beiträge des Wahlvereins statt, und zwar vormittags von 9 bis 12 Uhr in folgenden Lokalen: 1. Bezirk: Otto Hiemeke, Wallstr. 55; 2. Bezirk: Karl Grubel, Priesterstr. 60; 3. Bezirk: Ludwig Richter, Großbeerenstr. 50.

Berliner Nachrichten.

Moderne „Kaffeeklappen“.

Die oft recht unheilige Hermandad hat von jeher jenen „gastronomischen Kulturstätten“, die in ihrem Ausschmückungsstücke einen buntgemalten Kapstuchen und eine Bunzlauer Kaffeelanne tragen, regste Aufmerksamkeit geschenkt.

lich auch dieselben geblieben sind, lassen im Innenleben deutlich die Wandlung erkennen. Den echten Vorstadtberliner, den „kleinen Mann“, der seine paar Groschen nicht in Alkoholen legen will, geniert heute die Kaffeekneipe nicht im mindesten mehr.

Die „lohnende“ Heimarbeit.

Daß die Heimarbeiterinnen unermesslich ausbeutet werden, ist allgemein bekannt. Diese Tatsache ist weiteren Kreisen durch die vor Jahresfrist stattgefundenen Heimarbeitersammlung recht augenfällig zu Gemüte geführt worden.

Nicht genug aber damit, daß für Heimarbeit äußerst miserable Löhne gezahlt werden, gibt es sogar Leute, die fremde Arbeit sich ganz umsonst aneignen.

Giltsaktion für Donaueschingen. Der Stadtverordnetenversammlung Berlin ist eine Magistratevorlage zugegangen wegen der Bewilligung von 5000 M. für die Abgedrannien von Donaueschingen und Ueberweisung dieser Summe an das Norddeutsche Schiffskomitee.

Verkehrsbeschränkungen. Aus Anlaß der am 1. September d. J. vormittags 9 Uhr, auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Parade wird die Tempelhofer Chaussee von etwa 8 Uhr an bis zur Abendigung der Parade für jeden Verkehr gesperrt.

Der Militärschiffbau auf der Luftstreife. Der Luftballon des Majors Groß ist nach mehrstündiger Pause gestern vormittags um 11 1/2 Uhr mit Hauptmann Sperling, Oberingenieur Wasenach und der üblichen Mannschaft aufgestiegen.

Einen Zeppelin-Platz soll es nach einem Beschluß des Magistrats in Zukunft in Berlin geben. Hierzu ist der Platz DX 1 zwischen Rudolf-Birchow-Krankenhaus und Müllerstraße auszuweisen.

Zigarettensteuer und Post. Die Zigarettensteuer, die die Finanzbehörden schon so oft beschäftigt hat, hat jetzt auch eine Anordnung des Reichspostamts notwendig gemacht.

Som Magen der Kirche. Auch von Juden versucht die evangelische Kirche Kirchensteuern zu erhalten. Ein jüdischer Dezer schreibt der „Jüdischen Zeitung“: „Ich bin von Geburt Jude, lebe seit 14 Jahren in Berlin“

Vom Neubau abgestürzt ist vorgestern der 30 Jahre alte Maurer Albert Rißch aus der Eijabeststr. 23. M. hatte auf einem Neubau in der Ofener Straße gearbeitet.

Unter einem einstürzenden Kohlenkapel begraben wurde vorgestern der 45jährige Arbeiter Hermann Fischer aus der Velle-Alliance-Straße 4. M. hatte mit anderen Kohlentragern große Vorräte an Kohlen nach dem Grundstück Sandestr. 31 geschafft.

Auf der Straße vom Tod überrascht wurde vorgestern abend eine unbekante etwa 35 Jahre alte Frau. Sie hatte soeben die Vertrautenbrücke passiert, als sie plötzlich zusammenbrach.

Ein Sittlichkeitsattentat auf ein Nebenjähriges Mädchen ist vorgestern in der Nähe des Bahnhofs Sabowa verübt worden. Als die Tochter des Kaufmanns S. aus Kolonie Kaulsdorf-Süd, die in Berlin die Schulbesuch, gegen 1 Uhr mittags sich auf dem Wege nach Hause befand, wurde sie zwischen dem Bahnhofs Sabowa und der Kolonie von einem fremden, etwa 50 Jahre alten gutgekleideten Mann angesprochen.

Von einem Postwagen überfahren und schwer verletzt wurde vorgestern abend gegen 10 Uhr die 25 Jahre alte Verkäuferin Rosa Weich aus der Auguststr. 24. Die Weich verlich zur genannten Zeit an der Haltestelle vor dem Hause Leipziger Straße 130 einen Straßenbahnwagen, als ein Postwagen herannahende, der ohne Rücksicht auf die absteigenden Passagiere an dem Bahnwagen vorbeifahren wollte.

Eine Kinderleiche ist am Luisenstädtischen Kanal aufgefunden worden. Vor dem Grundstück Luisenufer 23 wurde der Leichnam eines mehrere Tage alten Knaben aus dem Wasser gezogen.

Eine traurige Aufrührung hat das Verschwinden der 77 Jahre alten Witwe Auguste Burckhardt, die in dem Hospital in der Potsdamerstr. 37 gewohnt hatte, gefunden.

Aus Gram über den Verlust des Gatten. Ein erschütterndes Familiendrama hat sich gestern in den frühen Morgenstunden im Hause Maderstraße 131 abgespielt. Der dort wohnende Kaufmann Dr. A. Brandt war an den Folgen eines Herzleidens kurz vor Mitternacht gestorben.

Feuer in einer Telephonfabrik. In einem Fabrikraum der Telephonbauanstalt und Telephonfabrik von B. J. e n i s h u. W o e h m e r in der Kraussstr. 4/5 sollte gestern ein Versuch gemacht werden.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht am Sonntag, den 30. August, nachmittags 5 Uhr Herr Dozent Jens Lützen über das Thema: „Ist der Mars bewohnt?“ und um 7 Uhr: „Ueber Sedungen und Senkungen der Erdoberfläche“; am Montagabend 9 Uhr über: „Die Entfernungen im Weltensysteme“. Die Vorträge, die mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet und gemeinverständlich sind, finden während des Neubaus der Treptow-Sternwarte im Restaurant Knappe (vormals Jenner), Hörsaal, eine Treppe, statt. Mit dem großen Fernrohr wird jetzt am Tage die Sonne, abends Doppelsterne und Saturn mit seinem interessanten Ringssystem gezeigt.

Ein Kunstabend findet am Sonntag, den 6. September, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, unter Leitung der Violistin Margarete Wallotte statt. Mitwirkende: Margherita Simonetti, Koloraturfängerin, Fräulein Kossi, Violinvirtuosin aus Rom, Margarete Wallotte, Herr Bruno Luersmann, Vortragsmeister am Geibel-Theater. Am Flügel: Herr Bernhard Nischke, Herr Otto Wiemer, Rezitator ostpreussischer Dialektdichtungen. Entree 50 Pf., Abendkasse 60 Pf.

Seugen gesucht! Seugen, welche gesehen haben, wie am Freitag, den 12. Juni cr., mittags 12½ Uhr, Ede Charlotte- und Kronenstraße ein Privatautomobil mit einem Radfahrer zusammenstieß, werden gebeten, ihre Adressen an Herrn Rechtsanwält Deude, Berlin N. 4, Chausseest. 5, einzusenden. Unkosten werden erstattet.

Feuerwehrbericht. Der 13. Zug wurde nach dem Schiffbauerdamm 18 alarmiert. Dort war in der Tischlerei des Kleinen Theaters durch Fahrlässigkeit Feuer ausgebrochen; ein Tisch, auf dem ein Gasfoder aufgestellt war, brannte. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden. Der 18. Zug hatte in der Müllerstr. 28 zu tun. Dort war ein Mann durch Einatmen von Schwefeldämpfen bewusstlos geworden. Durch Einflößen von Sauerstoff wurde der Mann gerettet. Vom 15. Zuge wurde ein Zimmerbrand in der Stephanstr. 17 gelöscht. In der Alten Jakobstr. 84 brannte eine Wäscheube und Alt-Knobel 45 ein Schornstein. Ferner rückte die Feuerwehr nach der Ackerstr. 113 und anderen Stellen aus.

Vorort-Nachrichten.

Wilmsdorf.

Sieht die Wählerliste nach!

Zu den Stadivorderneuwahlen für Wilmsdorf, die im Herbst dieses Jahres vollzogen werden, wird jetzt mit den Vorbereitungen begonnen. Zunächst werden die Wahlberechtigten sorgfältig die Wählerliste kontrollieren müssen, die, wie alljährlich, in der ersten Hälfte des September öffentlich ausgelegt wird. Die Liste wird ausgelegt in der Reide- und Wahlabteilung (Pauenburger Straße 19, parterre rechts), sie kann dort eingesehen werden in der Zeit vom 1. September bis einschließlich 15. September, an den Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und an den Sonntagen von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags. Einsprüche gegen die Wählerliste und Anträge auf Verichtigung sind in der Zeit vom 1. September bis einschließlich 15. September an den Magistrat zu richten. Es ist leider sehr notwendig, die Wählerliste zu kontrollieren; denn erfahrungsgemäß ist die Liste reich an Fälschungen aller Art. Schon mancher Wahlberechtigte ist um sein Wahlrecht gekommen, weil er es unterlassen hatte, sich um die Wählerliste zu kümmern und sich zu vergewissern, ob er nicht aufgenommen worden war. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht mitwählen!

Den Wählern aus den minderbemittelten Bevölkerungsschichten ist ohnedies kein sehr weitgehendes Wahlrecht eingeräumt, da soll kein Arbeiter durch eigene Säumigkeit erschuldigt, daß er überhaupt der Möglichkeit beraubt wird, an der Wahl teilzunehmen. Die Gegensätze zwischen den drei Wählerklassen werden bei den diesjährigen Wahlen noch wieder schärfer als bisher hervortreten, noch schlimmer als sonst ist die Entziehung der breiten Masse der Bevölkerung, der Wähler dritter Klasse, die auf die Zusammensetzung des Stadiparlaments nicht mehr Einfluß haben als eine Handvoll schwerreicher Wähler erster Klasse. Im vorigen Jahre standen in der Liste überhaupt 11 471 Wähler mit 2 811 117 M. Steuern, in diesem Jahr sind es 12 902 Wähler mit 3 442 384 M. Steuern. Im vorigen Jahr reichte die dritte Klasse bis zum Steuerbetrag 248 M., die zweite Klasse bis zum Steuerbetrag 1397,40 M., und in der ersten Klasse war 38 810,60 M. der überhaupt höchste Steuerbetrag, in diesem Jahr dagegen reicht die dritte Klasse noch bis 273,85 M.

die zweite bis 1529,40 M., und in der ersten ist diesmal 44 999,00 M. der überhaupt höchste Steuerbetrag. Hieraus ergaben sich im vorigen Jahre für die dritte Klasse 9142 Wähler, für die zweite 1972 Wähler, für die erste 357 Wähler, dagegen zählt diesmal die dritte Klasse 10 370 Wähler, die zweite 2158 Wähler, die erste 374 Wähler. Erhöht hat sich der Steuerbetrag, der erforderlich ist, um in die zweite Klasse hineingelangen, erhöht auch derjenige, den ein Wähler aufzuweisen können, wenn er zur ersten Klasse gehören will. Beträchtlich zugenommen hat die Zahl der Wähler dritter Klasse, minder beträchtlich die der Wähler zweiter und erster Klasse. Die Zunahme der Wählerzahl ist in der dritten Klasse reichlich 13 Proz., in der zweiten knapp 9½ Proz., in der ersten noch keine 5 Proz. Jedem Wähler erster Klasse standen im vorigen Jahre gegenüber etwa 26 Wähler dritter Klasse, jedem Wähler erster Klasse stehen diesmal gegenüber etwa 28 Wähler dritter Klasse. Der Gegensatz ist also wieder noch krasser geworden.

Für die Arbeiterbevölkerung wird der Kampf in der dritten Klasse, den sie führen muß, diesmal noch heftiger als sonst werden. Da die Grenze zwischen der dritten und der zweiten Klasse hinaufgerückt ist, so sind eine ganze Anzahl Wähler, die bisher zur zweiten Klasse gehört hatten, in die dritte „hinabgesunken“. Es läßt sich denken, daß diese „Spitzen“ der Wählerliste dritter Klasse bei der Wahl nicht für die Sozialdemokratie eintreten werden. Ihre Stimmen werden den Gegnern der Arbeiterklasse zugute kommen, die im Stadiparlament möglichst unter sich bleiben möchten, um ungefört schalten und walten zu können. Um so mehr muß jeder Wähler, der zum Wohle der minderbemittelten Bevölkerung eine Mitarbeit der Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung wünscht, zunächst durch gewissenhafte Prüfung der Wählerliste dafür sorgen, daß für die Sozialdemokratie jeder ihrer Wähler am Wahltag seine Stimme in die Wagschale werfen kann.

Charlottenburg.

Großfeuer kam am Donnerstag nachmittags um 2 Uhr in dem Eckhaus Goethestr. 74 und Schlüterstr. 71a zum Ausbruch. Das Haus hat drei Aufgänge und wird von zahlreichen Parteien bewohnt. Um 1 Uhr waren Frauen aus dem Hause auf dem Boden gewesen, kurz darauf stand der Dachstuhl schon in großer Ausdehnung in Flammen. Es konnte sofort vorläufige Brandstiftung festgestellt werden. Der Brandstifter hatte mit Petroleum nicht gespart und an mehreren Stellen damit den Fußboden begeben. Als die Feuerwehr mit dem vor dem Hause stehenden Feuermelder alarmiert wurde, war die Situation schon eine sehr bedenkliche und der Angriff infolge der enormen Verqualmung sehr erschwert. Der Zug 2 griff von der Goethestraße über eine große mechanische Leiter und vom Nachbarhause an. Der Automobilzug leistete von der Schlüterstraße aus wirksamen Beistand.

Die Dachstühle beider Häuser sind total niedergebrannt. Von dem Inhalte der vielen Vordächerläge konnte nichts gerettet werden. Der Schaden ist ganz gewaltig und trifft zum Teil Mieter, die nicht in Charlottenburg anwesend waren, sondern in Südwestafrika, Sanderode usw. weilen. Von dem Täter fehlt natürlich jede Spur.

Waidmannslust.

Eine allmächtige Terranggesellschaft

(Scheint die Hermsdorfer Boden-Aktiengesellschaft zu sein. Diese Gesellschaft besitzt in Hermsdorf und Waidmannslust erhebliche Terrains, von denen bereits einiges bebaut ist. Um dieses Terrain wertvoller zu machen, trat diese Gesellschaft mit den Gemeinden Hermsdorf und Säbars-Waidmannslust in Verhandlungen wegen des Baues einer Brücke über das Fließ, das zwischen beiden Gemeinden die Grenzscheide bildet. Nach dem Projekt der S. V. A. B. sollte die Brücke nur aus Holz hergestellt werden mit einem Kostenaufwande von 5-6000 M. Die Gemeinde Waidmannslust sollte die Hälfte und Hermsdorf und die Gesellschaft je ein Viertel der Baukosten tragen. Ueber dieses Projekt kam es aber zu keiner Verständigung. Hermsdorf fand den Brückenbau zu primitiv, andererseits die Unterhaltungskosten zu hoch.

In einem am 20. August an die beteiligten Gemeinden gerichteten Schreiben ermächtigt die Gesellschaft die Kosten, die sich nunmehr auf 4000 M. stellen, weil die Arbeitslöhne fortstiegen. Obwohl nun die Verhandlungen mit den beteiligten Gemeinden bis heute noch nicht zum Abschluß gelangt sind und die Gemeinden zur Ausführung des Brückenbaues noch gar keine Zustimmung erteilt haben, erschienen am 27. August, also am Donnerstag früh Pioniere, um

mit dem Brückenbau zu beginnen. Die Einwohner in den genannten Gemeinden sind ganz erstaunt ob dieser Maßnahme. Allgemein wird erörtert, wie diese Terranggesellschaft dazu kommt, eine Brücke zu bauen, zu deren Bau die Gemeinden noch gar keine Zustimmung gegeben und deren Kostenfrage noch gar nicht geklärt ist. Dann aber muß Erstaunen erregen, daß Pioniere die Brücke bauen; Pioniere im Interesse einer Privatgesellschaft, um wie sie sagt, die Kosten für Arbeitslöhne zu sparen. Seit wann sind Pioniere zu diesen Zwecken da? fragt man allgemein.

Ist denn eine Privatgesellschaft so allmächtig, daß sie machen kann, was sie will?

Die beteiligten Behörden werden nicht umhin können, sich über diesen aufsehenerregenden Vorgang öffentlich zu äußern.

Reinickendorf-Ost.

Gemeinderat wurde am 27. August 1908. In öffentlicher Sitzung wurde zuerst das Gesetz der Großen Berliner Straßenbahn um Konzessionsverlängerung auf 90 Jahre mit 11 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Wie man sieht, besitzt diese Gesellschaft auch in unserer Gemeindevertretung viele recht warme Freunde; besonders in Herrn Nicolaus, der für „Verständigung“ plädierte. Ausgerechnet mit derselben Gesellschaft, die vor Jahresfrist für die Herstellung einer Verbindung zwischen dem östlichen und westlichen Ortsteil einen Zuschuß von 100 000 M. und eine Garantie von 85 Pf. pro Wagenkilometer verlangte. Jetzt soll sie allerdings erheblich vorteilhaftere Angebote gemacht haben. Sie glaubt eben der Gemeinde einen mageren Wille als Köder hinwerfen zu müssen. Dem Zepellinfonds wurden unter Protest unserer Genossen 300 M. bewilligt; den Abgebrannten von Donaueschingen dieselbe Summe. In die Revisionskommission wurde an Stelle unseres verstorbenen Genossen Schilling Herr Jode als Bürgerdeputierter gewählt. Für die 5. Gemeindegasse in der Birkenstraße wurde die Schaffung einer Schuldienststelle mit Wirkung vom 1. Oktober beschlossen. Sodann gelangten zwei Baupläne für das neu zu errichtende Realprogymnasium zur Vorlage. Zur Annahme gelangte das Projekt, welches eine bebante Fläche von circa 1850 Quadratmeter vorrächt und inzulasse Direktorwohnhaus circa 491 000 M. kosten wird; hinzu treten noch die Kosten für die Einrichtung der Physik- und Chemieklassen im Betrage von circa 18 000 M., so daß also die ganze Schule einen Kostenaufwand von circa 510 000 M. ohne Grund und Boden beanspruchen wird. Vergleichend sei hierbei erwähnt, daß die letzte Gemeindegasse circa 248 000 M. Baukosten erforderte, allerdings nur eine bebante Fläche von circa 957 Quadratmeter bedeckte.

Johannisdahl.

In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins am 25. August referierte Genosse Bräuner über „Die Arbeiterschaft im Staat und ihre Gleichberechtigung“. Referent beleuchtete eingehend die heutige Lage der Arbeiterschaft, und wies nach, daß nur durch politische und gewerkschaftliche Organisation eine Verbesserung möglich sei. Genosse Schmidt teilte mit, daß bei ihm und dem Genossen Sobin Formulare zum Austritt aus der Landeskirche unentgeltlich zu haben sind. Den Bericht von der Kreis-Generalversammlung gab Genosse Wendler, den von Groß-Berlin Genosse Gammisch. Zum Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende die Genossen auf, für die Konsumgenossenschaft zu wirken. Das Lokal Erdmann, Friedrichstr. 6, steht der Arbeiterschaft zur Verfügung.

Potsdam.

Um die Aufstellung eines Zeitungspavillons auf einem öffentlichen Platz oder einer Straße ist hier ein harter Kampf entflammt. Obwohl ein Unternehmer dies seit langem beabsichtigt, war aber immer nicht die Genehmigung einer der verschiedenen in Frage kommenden Behörden zu erlangen. So soll die Aufstellung auf dem Luisenplatz bei Sandowicz nicht die Genehmigung der Hofgartenverwaltung gefunden haben. Vielleicht wollte man einen „königlichen“ Platz nicht durch den Verkauf von politischen Zeitungen entweihen. Man denke, es wäre ja auch schrecklich, wenn man dort den „Vorwärts“ kaufen könnte. Städtischerseits steht man der Sache aber sympathischer gegenüber. Man hat jetzt einen neben dem Steuerturme auf der Kaiser-Wilhelm-Brücke befindlichen unbewachten Raum (eigentlich bestimmt zum Parken von Gänsen, Hammeln usw. beim Eintrieb in die Stadt) zum Zwecke der hier noch bestehenden Fleischsteuer an den Händler verpachtet. Hier hat aber die königl. Polizeidirektion die Aufstellung aus verkehrsrechtlichen Gründen nicht genehmigt. Auch bei der Verlegung des Verkaufs auf den Platz hat die Polizei Schwierigkeiten bereitet. Man ist doch gar zu sehr für die geistige Kost der lieben Potsdamer besorgt, die sonst vielleicht „verdorben“ werden könnten.

Wegen den Rührer-Ladenstich im Handelsgewerbe agitiert man in Kaufmannskreisen augenblicklich recht lebhaft. Eine vom Magistrat jetzt vorgenommene Abminderung unter den Geschäftsinhabern der Papierwarenbranche gibt den hauptsächlichsten Anlaß. Man beschränkt in den rücksichtlichen Kleinkrämerkreisen dann auch eine Ausdehnung auf die Zigarren- und Lebensmittelbranche und steht jetzt schon den Untergang vor Augen, weil — dann die Konsumenten nicht mehr so viel kaufen. Wie nau!

Sie sollten's wissen

das gerade wir durch die Vereinigung unserer teilweise 4-6 Etagen umfassenden Häuser jedem Käufer so enorme Vorteile bieten wie nirgends weiter. In erster Linie sind dies: **unserst niedrige Preise, allerbeste Ware und kleinste Ratenzahlungen.** Unser System: An jedem Gegenstand 2 deutlich sichtbare Preise und zwar **1 Kassapreis u. 1 Teilzahlungspreis** bürgt für reelle Bedienung

Blendend grosse Auswahl guter gediegener

Möbel

In jeder gewünschten Preislage. Garantie für jedes einzelne Stück, auch bei den billigsten Einrichtungen.

Kredit

erhält Jedermann ohne Ausnahme auf leichte diskrete Art und Weise.

Einrichtung

bestehend aus Stuhl und Küche kostet **bei Barzahlung 174 M auf Teilzahlung 193 M**

Anzahlung schon v. **15-20** Mark an.

Einrichtung

bestehend aus Stuhl und Küche kostet **bei Barzahlung 253 M auf Teilzahlung 270 M**

Anzahlung schon v. **25-30** Mark an.

Einrichtung

bestehend aus: 1 Wohn-, 1 Schlafzimmer und 1 Küche kostet **bei Barzahlung 596 M auf Teilzahlung 672 M**

Anzahlung schon v. **50-60** Mark an.

Einrichtung

bestehend aus: 1 Salon, 1 Schlaf-, 1 Speise-, 1 Wohnzimmer und 1 mal Küche kostet **bei Barzahlung 1125 M auf Teilzahlung 1250 M**

Anzahlung schon v. **100** Mark an.

Die erste Grossmacht
M. Glogau C. Wachsmann & Co.

nur Alte Jakobstr. 73, Ecke Dross. Str. Reinickendorferstr. 15, Ecke Ravenstr. a. Weddingplatz.

Paul Neugebauer Nachf.

Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 31.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Vater, unser guter Vater, der Welt entrückt ist.

Julius Schüler
im Alter von 47 Jahren am 27. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Städtischen Krankenhaus aus nach dem Dankes-Kirchhof statt.

Um stille Teilnahme bitten Frau Anna Schüler nebst Kindern, Berlin N., Panitzstraße 51a.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 27. August verstarb unser Mitglied, der Schankwirt **Julius Schüler** Panitzstr. 51a.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Städtischen Krankenhaus aus nach dem Dankes-Kirchhof statt.

Um rege Beteiligung ersucht 229/3 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Bezirk II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Julius Schüler**, Panitzstraße 51a, am 27. August verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Städtischen Krankenhaus aus nach dem Dankes-Kirchhof, Müllerstraße, Ecke Blankenstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 75/14 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter Zweigverein Berlin. Sektion II.

Am 27. August starb nach langen, schweren Leiden unser Mitglied, der Glasfensterarbeiter **Eduard Willoweit** (Vord. II) an der Proletarierkrankheit.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. August, mittags 12 Uhr, von der Halle des Himmelshaus-Gemeinde-Friedhofes in Nordend aus statt. 43/15

Böhrliche Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Drucker **Julius Aster** am 29. August an Halskreislid gestorben ist. 120/13

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, den 29. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Beth aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Bernhard Ebert** am 29. August an Lungenerleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Jakob-Kirchhofes in Nitzdorf, Hermannstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir hierdurch allen Kollegen und Kolleginnen, dem Verein „Antons Ruh“ sowie allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 12055 Bertha Pfeife und Kinder.

Von der Reise zurück.
Dr. Sommerfeld, Schöneberg, Haupt-Strasse 20. 12715

Anzüge nach Maß
Daletots nach Maß
aus Ia Stoffen. Reines u. nicht abgeholte Sachen staunend billig.
Maßschneiderei Voß, nur Brunnenstr. 3, 1 (Rosenhof, Tor).

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Hof I. Amt III. 1239. Charlottestraße 3. Hof III. Amt III. 1987.

Sonntag, den 30. August 1908, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung

der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend

im großen Saale der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23.

Tages-Ordnung:

1. Die Antwort der Arbeitgeber auf unseren Vorschlag und unsere Stellungnahme. Referent: Kollege Gaudle. 2. Diskussion.

Kollegen! In dieser Versammlung wird es sich entscheiden, ob der Kampf im Rohrlegergewerbe vermieden werden kann oder ob wir zum Kampfe rufen müssen. Da hier also die wichtigsten Interessen des einzelnen sowohl wie der Allgemeinheit in Frage kommen, so ist es doppelte Pflicht eines jeden von Euch, alle Berufsgenossen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Laßt Euch nicht von irgend einer Seite abhalten, in unsere Versammlung zu kommen, sondern beweist durch den Massenbesuch, daß Ihr zu Euren Organisationen volles Vertrauen habt. 121/11

Darum muß dafür gesorgt werden, daß alle Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend am Sonntag vormittag in dem Versammlungslokal, der Brauerei Friedrichshain, anwesend sind. — Keiner darf fehlen. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.
Verband der Kupferschmiede, Filiale Berlin.
Verband der Schmiede, Zahlstelle Berlin.

Eine schön eingerichtete **Wein- und Vikorstube mit Bierauschank** kann ein gewandter, bewillkommener Gastmann unter sehr günstigen Bedingungen übernehmen. Näheres bei **Hermann Meyer & Co., Akt.-Ges.**, Berlin N. 21, Wollstr. 11/12.



Das hervorragendste Erzeugnis der deutschen Schuh-Industrie

Fordern Sie Musterbuch ✓

Einheitspreis **12 50**

SALAMANDER

SCHUH-GES. m. b. H.

CENTRALE: W. Friedrichstr. 182
C. Königsstr. 47
SW. Friedrichstr. 221.

Neue Verkaufsstelle

Rosenthaler Tor.

Eine Mark
höchste Qualität, elegant, fest
1899

Herren-Garderoben
Seit für Kopf, Ausfertigung nach Maaß, Kabinett-Anfertigung

Julius Fabian,
Schneidemeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, II
Eingang Straßberger Weg.

HOPPEGARTEN.

500 Morgen, direkt am Bahnhof, zu Villenbauzwecken, sehr billig mit 50 Mark Anzahlung und beliebig hohen Ratenzahlungen. Vorkontierungen nimmt entgegen. Allgem. Bau- und Anst.-Ges. m. b. H. C. 25, Alexander Platz 2.

Bestes Teilzahl-Geschäft für **Brennabor-Räder!**
Sein Leben! Günstigste Bedingungen. Berlin SO., Louis Barth, Brückenstr. 10a, pt.

D. PERLEBERG

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung
Chausseestr. 63, Ecke Liesenstr.

Besonders preiswertes Angebot in

Konfirmanden-Anzüge

Enorme Auswahl in allen Stoffarten. Weltbekannteste Garantie für Haltbarkeit des Stoffes, vorzügliches Tragen und tadellosten Sitz.

Schwarz Cheviot

12- 14- 16- 18- 20- 22- 24- 26-

Schwarz Kammg.-Cheviot

14- 16- 18- 20- 22- 24- 26- 28-

Schwarz Tuch-Kammgarn

16- 18- 20- 22- 24- 26- 28- 30-

Konfirmanden-Hüte 1.90 2.50 2.90

Prüfungs-Anzüge

in unerreichter Auswahl und Preiswürdigkeit

5.50 9.50 11.50 13.50 15.- 18.- 21.-



Partei-Expeditionen:

Zentrum I: Brig Sinte, Mauerstr. 69.
Zentrum II: Albert Hahnig, Auguststr. 50, Eingang Kochlinstraße.
2. Wahlkreis, West: Gustav Schmidt, Kirchhofstr. 14, Kochlinstraße.
Süd und Südwest: Hermann Berner, Scheidestr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Pauli, Ringstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Ost: Robert Engels, Röhrensborferstr. 3, am Köhlerplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Ost: Paul Böhm, Köhlerplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Ruch, Fichtelstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (West und Ost): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Heide, Nazarethkirchstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Kachle, Kaserstr. 36, Eingang Kalkbrennerstraße.
Gesundbrunn: J. Krapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Schlegelstr. 128.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II.
Charlottenburg: Gustav Schärberg, Feinhermerstraße 1, Ecke Gorchowstraße, Laden.
Wilmerdorf-Halensee: Tillie, Eigmaringenstr. 5.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seitel, Kronprinzstr. 50, I.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Mi.-Vorhagen 66.
Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeifer, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus.
Rixdorf: W. Heinrich, Bedarstraße 2, im Laden.
Schmargendorf: Gustav Kaminski, Guntzstr. 2.
Schöneberg: Wilhelm Bämler, Raritätstr. 51, im Laden.
Tempelhof: W. Müller, Berlinstr. 41/42.
Ober-Schöneberg: Julius Grünow, Edlstr. 10, I.
Nieder-Schöneberg: Bonatowski, Haselwerderstr. 2.
Johannisthal: Bielde, Köhler-Wilhelm-Platz 4.
Adlershof: Erich Steiner, Gadenbergstr. 5, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Amisgarten 3.
Köpenick: Friedrich Woid, Nickerstr. 6, Laden.
Friedenau-Steglitz-Südende: H. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I, im Steg. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Nohr, Duppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Köpenickstr. 15a.
Mariendorf: Hermann Reichardt, Gausstr. 27.
Baumschulenweg: H. Dornig, Parientalstr. 13, I.
Treptow: Rob. Gramenz, Kleinhofstraße 412, Laden.
Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: R. Gursch, Grünweg 46, I.
Tegel, Hirsigwalde, Wittenau, Waldmannaust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Hirsigwalde, Mühlstr. 10.
Pankow-Niederschönhausen: Mühlstr. 73.
Bernau-Röntgenal: Heinrich Prose, Hohenstr. 74, part.
Eichwalde, Zeuthen, Miessdorf und Hanksels Ablage: Erich Jimmernann, Eichwalde, Köhler-Friedrich-Str. 8.
Teltow: Wilhelm Kehler, Hohenstr. 7.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Bräuerstr. 46.
Spandau: R. Hopen, Jagowstr. 9.
Hahnsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Nollendorf, Balderstr. 14.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden. 24571

Herrenkleidung in 1 Mark

höchste Qualität, sehr gut, auch mit Anrede, liefert das bekannte **Versandhaus Berliner Herren-Moden**, nur **Straßauer Str. 28**, am Steinhilberplatz. Beratung halberer Stoffe unter Garantie für tabakoliten Stoff. Bezug mit Wahren jederzeit. Nichtbelegte Bestellungen (Monatsbestellung) werden nur im **Consumhaus Frankfurter Allee 188, Ecke Müggelstrasse**, im bestmöglichen Warenvermögen nur gegen Baßa verkauft. Unter Consum-Anzug, sehr haltbar und praktisch, kostet nur 12,75 Mark.

Wir empfehlen unseren Lesern die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

- Bett 1: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Christoffer. Muss in Fabriken, Werkstätten, auf Gasplätzen vorhanden sein.
- Bett 2: Das erste Lebensjahr von Dr. Silberstein. Jeder junge Mutter zur Heilung zu empfehlen.
- Bett 3: Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Hirtzfeldt. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
- Bett 4: Der Achtstundentag von Dr. Zadeh. Eine praktische Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
- Bett 5: Alkoholfrage und Arbeiterklasse von Dr. Frühlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbrochüre.
- Bett 6: Das Schulkind von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.
- Bett 7: Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Bett 8: Nahrung und Ernährung von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Bett 9: Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. P. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Bett 10: Der Arbeiterschutz von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstattkassen.
- Bett 11: Frauenleiden und deren Verhütung von Dr. J. Zadeh. Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. (Text-Druck.)
- Bett 12: Vom medizinischen Aberglauben von Dr. E. Cheiling. Eine lehrreiche Abhandlung für Jedermann.
- Bett 13: Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters von Dr. S. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
- Bett 14: Verhütung und Heilung des Stotterns von Louis Jordan, Leipzig. Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen mit 5 Text-Illustrationen.
- Bett 15: Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiter-Familie von Dr. Julian Warkale.
- Bett 16: Zähne und Zahnpflege von Gertrud Kewald. Mit zahlreichen Illustrationen.
- Bett 17: San und Leberstätigkeit des menschlichen Körpers mit Illustrationen. von Dr. Christoffer.

— Jedes Heft kostet 20 Pfennig —
Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstraße 89, Laden.

Hygienische Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anark.
V. Prof. u. Aerzt. empf. bill.
Apoth. S. Schweitzer Fab.
hyg. Präp., Berlin O., Holz-
marktstr. 69-70. Preis. gratis.

Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Die schönsten
Herrn - Sommer - Paletots
und Anzüge in neu
sowie speziell
Monats-Garderobe
von feineren getragene Sachen,
samt neu, für jede Figur passend,
speziell auch Anzüge sind in
großer Auswahl stets zu haaren
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Sachverständiger Kattun-Ver-
kauf. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Siehe erschienen: 247/5*

Hochkonjunktur u. Wirtschaftskrisis
von Max Schippel.

Inhalt:
I. Der Zusammenbruch in Amerika.
II. Deutschland bis zur amerikanischen Krise.
III. Der Niedergang der Produktion und der Arbeitsmarkt.
IV. Schlussbemerkungen.

Diese hochaktuelle Schrift kann jedem Parteigenossen
bestens empfohlen werden.

Preis 1.- M.
Billige Ausgabe 50 Pf.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW.,
Lindenstraße 69, Laden.

Zur Einsegnung
Schwarze, weisse u. farbige Kleider
aus willenen Stoffen mit
Spachtel- u. Borsteorganierg.

Jackette u. Paletots
8, 10, 12 M.

Elegant **Kostüm-Röcke** Neueste
verarbeitet, Schnitt.
aus prima Batintuch | aus englischen Stoffen
9, 12, 15, 18 M. | 3, 6, 10, 15 M.

Ein groß. Posten gefällter weisse Blusen 3,50 M.
Tüll-, Spitzen- und seidene Blusen.

Jackett- und Paletotkleider 10, 15, 20 M.

Stielmann & Rosenberg
Kommandanten-, Ecke Lindenstr.
3 Häuser vom Obhoffplatz. 12 Schaufenster.



**Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**
die Lederhose Merkules tragen.
Unerreichte Leistungsfähigkeit.
Min. Verkauf. Sehr hartes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Rapp-
nähte. Haltbarste Pilot- u. Jagden.
Große Hüden umsonst. **4 M. 50**

Monteur - Jackets „Edison“,
schöne Hüden oder Dreif 2 M. 65
Monteur - Hosen „Edison“,
schöne Hüden oder Dreif 2 M. 35
Rancher - Hosen Gamsdrills 1 M. 75
Rancher - Jackets Gamsdrills 1 M. 75
Faler - Mittel 3,50, 2 M. 25
Fischer - Mittel (braun) 3,50, 2 M. 25
Fischer - Mittel (schwarz) 4,50, 3 M. 25
Fischer - Anzüge . . . 7,25, 6.-, 5 M. 50
Weiße Jackets für Jäger, Kellner,
Konditoren, Röcke usw.
Die Preise gelten für normale Größen.

Sommerpreise.
A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
gegründet 1893.
Haupt-Kontor und L. Geschäft:
Berlin O. 24, Brombergstr. 16.
II. Geschäft: O. 17, Fenchelstr. 13.
Preise für nur 10 Marken ab 100
von 10 Jtr. an: 350/42*
Prima la Galbaine (bekannte
Marken). pr. Jtr. 92 Pf.
Ferdinand-Brickstein
pr. Jtr. 92 Pf.
Huns ob. Waldmannscheit
pr. Jtr. 94 Pf.
Pfanterstraße 96 Pf.
la Diamant pr. Jtr. (110
bis 120 Stk.) 100 Pf.
la Rife o. Rho. pr. Jtr. 100 Pf.
la Anthrazit Cobd. J. 2,25 Pf.
Koks, Steinkohlen usw. zu den
billigsten Tages- und Konventions-
preisen. Anlieferung frei Keller je
nach Quantum pr. Jtr. 10-15 Pf.
mehr. — Bei Originalwaggons und
größeren Abzählungen verlangen Sie
meine Spezial-Offerte.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.
Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, **88571A**
sicht an der Potsdamer Straße,
gegründet 1899

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen
monatliche Teilzahlung unter sehr kulanten Bedingungen. Große Auswahl in
einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger**
Garantie für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Uebertreibung ausgeschlossen, da
an jedem Stück der Preis in Zahlen deutlich vermerkt ist. — Anzahlung
bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 40—60 Mark. Monatliche Zahlung
10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.

Kein Abzahlungs-Geschäft.

Baer Sohn
Chausseestr. 29/30, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Katalog gratis und franko.
Bei Bestellung von Hosen in die
Länderweite und die Schnittlänge, bei
Jackets und Mitteln die Brustweite
anzugeben. 35092*

Wiedereröffnung
des **Alten Pankgrafens**
Pankstr. 8.
Allen lieben Freunden und Gönnern
teilt dies mit und bitte mich gütlich
zu unterstützen. Täglich bei festem
Entrée **Künstler-Konzert.**
Gute Speisen u. Getränke, Gr.
Berechnung. Mehrere Saal zu
vergeben. 1872b
Es ladet herzlich ein
Carl Kasemierski, Koch.

Einsegnungs-Anzüge 14.50—29.— Mk. Nur eigene Konfektion
Anzüge nach Maß von 24.50 Mk. an.

M. Schulmeister, Dresdener Str. 4
am Kottbuser Tor. **Schneidermeister.** 4050L*

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
und Schlußstellen-Anzeigen 5 Pfg., das erste Wort
(setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Ihr die nächste Nummer werden in den Annehm-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenflecken, Fadit-
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
Barthel, Neuerhoff, Boxmühlens
6 Prozent Rabatt. 12018*

Hauerkrieg, Der deutsche, von
Heideck Engels, Broschüre 1,50 Mark,
gebunden 2.— Mark. Expedition,
Lindenstraße 69, Laden.

Waffen zu Preis Gunst und
Gülden und Lacroix, Die wahre Ge-
heim des Schießens, von August
Bebel, Preis 75 Pf., billige Ausgabe
30 Pf. Expedition Lindenstraße 69,
Laden.

Süßlaktose und Händler kaufen
Bronsgeatronen, Zugampeln, Gas-
bedarfsgegenstände, Öfen, Gas-
brenner aller Art, Großhandlung
alle Gasbedarfsgegenstände, Gas-
brenner, Gasbrenner, Gasbrenner
100/108*

Steyppeden, Spottbillig, Fadit
Große Frankfurterstraße 69, 29938*

Teppiche (leiderlos) in allen
Größen für die Halle des Bettes
im Teppichlager Baum, Godeker
Markt 4, Rahndorf. 25411*

Paletots, Monatsanzüge, wenig
getragen, von 5 Mark an, große
Auswahl für jede Figur, auch neue
elegante Garderobe aus erster Be-
zugsquelle, 20 Prozent billiger wie
im Laden, direkt vom Schneider-
meister Paul Hertzgenz, nur Rosen-
felderstraße 10. 20917*

Verkaufmachung! Große Waren-
anmeldung im Wandbleichhaus,
Hermannplatz 6, bildet wiederum den
ausnahmsweise extrabilligen Waren-
verkauf! Jedermanns allerbilligste
Verkaufsanzeige! Besteht aus
Verbindung Großberlin! Stauend-
billige Paletots, Monatsanzüge,
Herrnhosen! Sommerpaletots!
Winterpaletots! Kleidenanzüge!
Händerverkauf! Brautgeschenke! Gol-
dene Schmuckstücke! Kettenanzüge!
Ringanzüge! Extrabillige Hand-
arbeiten! Kämmen! Schürzen!
Händerverkauf! Brautgeschenke!
Wandbleichhaus! Allererste Billig-
keit! Nur Hermannplatz 6. Sonn-
tags ebenfalls geöffnet. +102*

Gasatronen, dreifach 4,50,
Salongasatronen 7,50, Gaszuglampen
8,00, Gaszylinder 1,45, Gasmandarine
0,55, 98 Zylinder Große Frankfurter-
straße 92, Billale Ravensstraße 6.

Monatsanzüge und Sommer-
paletots von 5 Mark, sowie Hosen
von 1,50, Monatsanzüge von 12,00,
Preis von 2,50, sowie für luxuriöse
Figuren. Neue Garderobe zu haaren
billigen Preisen, aus Wandbleich-
verkauften Sachen, kauft man am
billigsten bei Hof, Mühlstraße 14.

**Kindergarten, Sportwagen, Kinder-
bestelle.** Größere Raten Kauffpreis,
zurückgekauft, gebrauchte Sportbillig
Lindenstraße 69. 32651*

Uhren, Goldwaren billigst Werner,
Friedrichstr. 3. 85098*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus
1a Stoffen, Monats- und nicht
abgeholte Sachen haaren billig.
Wahrscheinlich Hoh. Brunnenstraße 3,
eine Treppe, am Kolonnenpark.

Monatsgarderobenhaus. Ele-
gante Monatsanzüge in allen Prei-
slagen nur Lindenstraße 54. 10048*

Monatsgarderobenhaus. Hoch-
elegante Monatspaletots, einzelne
Hosen, sehr preiswert nur Linden-
straße 54. 10038*

Gardinenverkauf. Portieren,
Decken, Bänke, Vorhänge, Kleider-
stücke, Spottbillig Wandbleichhaus
Händerverkauf 7.

Wandbleichhaus!! Rindorf, Berg-
straße 58. Spottbilligster Betten-
verkauf! Kissenverkauf! Gardinen-
verkauf! Teppichverkauf! Portieren-
verkauf! Steppdecken, Herren-
garderobe, Möbelstücke, Uhrenverkauf,
Schmuckwaren. Spottbillig 10818*

Hundbleichhaus! Rindorf, Berg-
straße 58, Schwan Stralunnenstraße.
Stauendbillige Paletots, Monats-
anzüge! Spottbilligster Betten-
verkauf! Brautbetten! Grobartige
Kleideranzüge! Wandbleichhaus!
Teppichverkauf! Goldene Damen-
uhren! Herrenuhren! Preiswürdiger!
Schmuckwaren. Bis neun geöffnet!

Sofaofferte. Woll, Filz,
Mocquet, Spottbillig. Teppichhaus
am Lehnre, Oranienstraße 158.

Bronsgeatronen, Hängelicht, drei-
fach, mit kompletten Gas-
brennern, Glas, Glühbirnen,
20 Mark, Zugampeln, Gasbrenner,
12 Mark komplett. Alle Gasbe-
darfsgegenstände. 10838*

Teppiche mit Farbenflecken für die
Halle. Vorwärtsleser 6 Prozent
Ermäßigung. Thomas, Oranien-
straße 100, Oranienplatz. 10589*

Beredsam und Prostitution als
soziale Armutserscheinungen von
Paul Hirsch, Preis 2.— Mark, geb.
2,30 Mark. Expedition Vorwärts,
Lindenstraße 69.

Klassiker-Ausgaben, Goethe, Heine,
Reuter, Schiller, Schopenhauer, je vier
Bände 8.— Mark. Eigentumskauf. Je
zwei Bände 3,50 Mark. Bürger,
Heine, Renan, Uhlend, Wieland und
andere, je ein Band 1,75 Mark. Ex-
pedition, Lindenstraße 69, Laden.

Freitagsverkauf! Scholz, Hefen-
straße 16. 11058*

Eine gebrauchte Pianosanweisung
zu verkaufen. Wolf, Grunewald-
straße 27. +146*

Drehrolle veräußert. Müllerstraße 28.

Vorjährige Herren-Jacketsanzüge,
neu, nach Maß bestellt, nicht ab-
geholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis
Brenzlauerstraße 28, II, Alexander-
platz. Wahrscheinlich. 15116

Whiebiges Kinderwagen, Bettstellen,
allerbilligste, Teilzahlung, Kottbuser-
damm 12a. 1797*

Kinderwagen, neu, bringen.
16,00. Rißgasse, Egerstraße 25.

Geschäftsverkäufe.

Restaurant preiswert veräußert.
Anstalt Lokal Petersburgerstraße 7.

Gurgelgeschäftsveräußerung. Hering-
geschäft veräußert Röhrenstraße 116.

Eine Lande mit Maschinenver-
kauf und Generalpacht ist zu ver-
kaufen. Zu erfragen bei Hof, Eisen-
straße 85. +6

Schankgeschäft wegen Ver-
änderung veräußert Theaterstraße 5.

Restaurant, mehrere Vereine und
Balkone, Kaufgegenstand, sofort zu
veräußern. Schützenstraße 42.

Milchgeschäft unvollständig ver-
äußert Charlottenburg, Anoboldstr.
22. Heroldstr. 11018

Vorkauf, Gemüsegeschäft veräußert
Kottbuserstraße 53. +146

Restaurations billig zu verkaufen.
Zu erfragen Kaufherplatz 2. +6

Möbel.

Möbel sowie ganze Wohnungs-
einrichtungen aus Teilzahlung bei
geringer Anzahlung erhalten solide
Leute in der Möbelstraße August
Krause, Schützenstraße 73/74. 9248*

Wahagone, Kirschbaum, Teu-
mann, Chaiselongue, Tisch, Kamin, Kamin,
Hühnerständer, englische Tischdecken
siehe billig Frankfurter Allee 129,
Anstalt. 10878*

Kasse Sonntag ununterbrochen von
8-2 geöffnet! Wollen Sie eine
billige, aber trotzdem gute, realle
Wohnungseinrichtung kaufen, so müs-
sen nach Köpferstraße 26 hin-
gehen! Komplette Wohnungsein-
richtung mit moderner Küche, Kamin,
250.—, bessere 325.—400.—525.—1500
Mark! Speisezimmer, Küche, komplett
mit 6 Leberstühlen 650.—, größere
750.—800.—1500.— Herrenzimmer, Sa-
lons, Schlafzimmer, Ankleidekabinen,
Lindane, Säulenarmaturen, Leber-
stühle, Schreibtische, Büttel, Bett-
stellen, tiefe Kleiderschränke, Verfü-
gung moderner Küchen, komplett 68-190
Mark, Transport auch weite Vor-
orte frei, Auslieferung kostenlos!
Hofmanns Gelegenheitskäufe in
besseren Möbeln! Kottbuserstraße 26,
Hof, Speicher. 12675*

Blüchhof, Kirschbaumveräußerung,
Kottbuserstraße 43, III. links.

Selten günstiges Angebot! Wie
wiederkehrende Gelegenheiten bietet sich
Käufern, da durch rüchliche Blü-
schlüsse große Kosten Möbel fast zum
halben Preise veräußert kann.
Darunter Wohnungseinrichtungen
von 150.— an, Kleiderschrank 24.—,
Bettsofa 27.—, Ausziehtisch 15.—,
Bettstellen mit Matratze 19.—, Tisch-
sofa 20.—, elegante Tisch-
sofa 44.—, Büttel 100.—, eng-
lische Bettstellen mit Matratze und
Kleiderschrank, Herrenschreibtisch 28.—,
moderne Küchen von 40.— an.
Lagerung, Transport frei. Möbel-
haus am Kottbuser Tor 29, Kott-
buserstraße. Sonntags geöffnet.

Kauf Teilzahlung. Möbelveräußerung,
Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark
an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an.
Verkaufen gewogene Möbel spottbillig.
„Berolina“, Kastanienallee 49. 11048*

Fahrräder.

Fahrräder, Teilzahlungen. In-
denstraße 20 Staligerstraße 40. 3208*

Fahrräder, Gramophone, Teil-
zahlungen, ohne Anzahlung, Kott-
buserstraße 40. 6748*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad
wie neu, 45,00, Holz, Blumen-
straße 36 b. 9778*

Herrenfahrrad, nagelneues, Ge-
raniet, Holz, Blumenstraße 36, b.
Egerstraße 25, III. links. +148*

Brennfahrrad, 40,00, sofort,
Kottbuserstraße 45, parterre rechts. +148

Geschäftsfahrrad, äußerst billig,
50,00, Holz, Blumenstraße 36 b.

Prachtfahrrad, jeden Preis, Neue
Schönhauserstraße 1a, II. +148*

Herrenfahrrad, fast neu, jeden
Preis, Deusselstraße 21, Bernwaller. *

Kunstgegenstände u. Louisa,
Berlin O., Chausseestraße 11a, Reha-
natur, Sonderleistungen preis-
wert. 8715*

Kunstgegenstände von Frau Kottbuser,
Schlachterstr., Kurze 8, III.

Jesche, Ensemble Gesellschaften-
straße 3. +71*

Abendkurse zur Ausbildung von
Zeichnern und Verarbeitern für
Kunsttechnik und Maschinenbau.
Prospekte frei. Technische Akademie
Berlin 45, Markgrafstraße 100.

Platina, Gold, Silber, Gebilde,
Kunstgegenstände, sämtliche Rückstände laufen
Goldschmelze, Köpenickerstraße 29,
Telephon IV, 6968. 179/3*

Kleiderverleihung. Jeweils, Drei-
vier, Fahrradrepatur, Fahrrad-
zubehör, Emailieren, Bemalen
billig, Fahrradkäufe 30,00, Große
Frankfurterstraße 14, Kottbuser Tor.

Klavierverleihung, Monatspreis 3,00.
Klavierverleihung frei! 20 Klavier. (Wohlf-
platz, Kottbuser Tor.) Dramen-
straße 147, Albrecht, Kottbuser Tor.

Wasser freigelegt moderner Küchen-
möbel, 15 Mark, Leubner, Ober-
straße 6.

Tanzunterricht! Gruppe, Ammen-
straße 16, Aufängerkurs, Herren
4,00, Damen 3,00 monatlich. Kott-
buser Tor. 179/6*

**Ein großes möbliertes Ballon-
zimmer oder ein kleines, Wilhelm
Stolzstraße 8, Gartenhaus III links.**

Möbliertes Zimmer (Hermann)
Kottbuserstraße 78, II. Stock. 10948*

Möbliertes Ballonzimmer billig
Hildebrandt, Kottbuserstraße 43, dort.
Anfragen nach 5. +69

Freundlich möbliertes Zimmer
für einen, auch zwei Herren. Kott-
buserstraße 2, III. rechts. +27

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, 10,00, an-
ständige Küchen, Kamin, Gubener-
straße 16, Obergebäude II. +42

Schlafstelle, einen oder 2 Herren.
Kottbuserstraße 193, Ober-
gebäude. +82*

Möblierte Schlafstelle, Kottbuser,
Kottbuserstraße 3, dort III. +143

Möblierte Schlafstelle vermietet
Hildebrandt, Kottbuserstraße 7.

Möbliertes (und Schlafstelle, Kott-
buserstraße 185. +6

Möblierte Schlafstelle zu ver-
mieten. Johns, Große Frankfurter-
straße 187, Kottbuser Tor, 4 Treppen.

Freundlich möbliertes Zimmer
für einen, auch zwei Herren. Kott-
buserstraße 80, dort parterre der Lehmann,
Kottbuser Tor. +6

Vermietungen.

Wohnungen.

Moderne Zweizimmerwohnungen,
26 Mark, Kottbuserstraße 17, neben
Verkaufshaus. 10938*

2 Stuben, Küche, Balkon 34,00.
1 Stube, Küche 19,00, Kott-
buserstraße 17, Osten. +85*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer (Telephon)
Kottbuserstraße 33, III. links. +6

Ein freundliches Zimmer an einen
oder zwei Herren. Kottbuser-
straße 7, hinter Seitensüßel II.

Möbliertes Ballonzimmer zu
vermieten Baumgartenweg, Kott-
buser Tor 6 (Kottbuser Tor).

Sofort möbliertes Zimmer an
1-2 Herren a 15 inklusive vermietet
Reuter, Kottbuserstraße 52. 6065

Möbliertes Vorderzimmer, ein,
auch zwei Herren, Urbanstraße 65,
rechter Ausgang II. +744b

Leere Stuben dreizehn, Küchen
mit Kaminern vierzehn Mark Kott-
buserstraße 21, Kottbuser Tor. +27*

Gemühtes Zimmer, Schlaf-
stelle, Frau Kottbuser, Kottbuserstraße 13.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, Berlin. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.